SCHWEIZER GEMEINDE COMUNE SVIZZERO VISCHNANCA SVIZRA COMMUNE SUISSE

Zeitschrift für Gemeinden und Gemeindepersonal | Revue pour Communes et leur personnel
Rivista per Comuni e i loro impiegati | Rivista per Vischnancas e ses personal

**DER JAHRESRÜCKBLICK
AUS SICHT DER GEMEINDEN**

**LA RÉTROSPECTIVE DE L'ANNÉE
DU POINT DE VUE DES COMMUNES**

**IL BILANCIO DELL'ANNO
DAL PUNTO DI VISTA DEI COMUNI**

Denn ich baue auf starke Partner

Die Previs Vorsorge gehört zu den zehn grössten Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen. Eine langjährige Tradition im Service Public, flexible Vorsorgelösungen und Servicequalität auf höchstem Niveau – dafür engagieren wir uns seit über 60 Jahren.

Zwei starke Partner: Schweizerischer Gemeindeverband SGV und die Previs.

www.previs.ch

Eidgenössischer Abschluss

«Spezialistin/Spezialist öffentliche Beschaffung»

Wir gratulieren allen Absolvent/-innen!

Ein grosser Applaus geht an:

<p>Nicolas Gardette Sascha Bachmann Daniela Keller-Widmer Adrian Strobel Seraina Hug Hannelore Bannwart</p>	<p>Katya Berndonner Arne Rädke Christian Kaufmann André Berger Philipp Meyer</p>
---	--

Nächster Lehrgangstart
im Blended-Learning-Konzept

15. April 2023
Zürich / Bern

www.procure.ch/spez-oeb

5 Editorial

Rückblick auf ein turbulentes Jahr
Retour sur une année mouvementée
Retrospectiva di un anno turbolento

6 Retrospectiva politica dell'anno

I temi più importanti dell'anno per i comuni e l'impegno dell'ACS

12 Energia e ambiente

Sostegno ai comuni per attuare le loro politiche energetiche e climatiche

14 Rétrospective politique de l'année

Les principaux thèmes de l'année pour les communes et l'engagement de l'ACS

18 La commune

Olivier Gfeller, syndic de Montreux (VD), raconte son année

22 La commune

Les communes genevoises expliquent leurs missions au public

25 Politique sociale

Nouveautés dans la statistique de l'aide sociale

32 Politischer Jahresrückblick

Die wichtigsten Themen für die Gemeinden und das Engagement des SGV

36 Institution Gemeinde

So hat die Gemeindepräsidentin von Hallau (SH) 2022 erlebt

42 Energie und Umwelt

Weihnachtsbeleuchtung und Strom sparen: Was machen die Gemeinden?

45 Soziales

Die Sozialhilfestatistik wird moderner und aktueller

50 Raumplanung und Verkehr

Wie Augmented Reality die Raumplanung revolutioniert

52 Energie und Umwelt

Unterstützung für Gemeinden beim Umsetzen ihrer Klimapolitik

54 Wirtschaft

Luzern: Kanton und Gemeinden packen die Standortförderung gemeinsam an

56 Institution Gemeinde

Tipps für Gemeinden im Umgang mit Fake News

59 Raumplanung und Verkehr

Canobbio hat sein Dorfzentrum vorbildlich umgestaltet

10

Aggregazioni comunali

Il sindaco Jean-Claude Binaghi traccia un bilancio del primo anno di vita del Comune di Val Mara.

20

Perspectives

Comment une commune de montagne et une commune d'agglomération ont-elles vécu 2022? Rétrospective avec Muriel Favre de Vérossaz (VS, photo) et Thomas Iten d'Ostermundigen (BE).

40

Rückblick

Martin Harris war 20 Jahre lang Geschäftsführer des Verbands der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich. Nun geht er in Pension und blickt auf seine Schaffenszeit zurück.

Titelbild/Couverture

Die Gemeinden hatten dieses Jahr mit vielen Krisen zu kämpfen, wie unser Jahresrückblick-Cartoon zeigt./Les communes ont dû faire face à de nombreuses crises cette année, comme le montre la caricature.

Bild/illustration: Giger Graphics, Gabriel Giger

Auswirkungen von Wassermanagementlösungen auf die zunehmende Urbanisierung und Wasserknappheit inmitten des Klimawandels

Qualität, die verbindet

Die Weltbevölkerung wächst rapide von aktuell ca. 8 Mrd. und wird voraussichtlich im Jahr 2050, ca. 10 Mrd. (Quelle: UN-Prognose zur Entwicklung der Weltbevölkerung) erreichen. Die zunehmende Urbanisierung bringt Herausforderungen für die Versorgung, Gesundheit und das Wohlbefinden der Stadtbewohner mit sich. Wasserknappheit entsteht dort, wo die Nachfrage die Verfügbarkeit übersteigt. Dies wird in den kommenden Jahrzehnten aufgrund des Klimawandels, eine Herausforderung sein. Nur 0,6% der Wasserressourcen auf der Erde sind Süsswasser, die wiederum in Quellwasser, Grundwasser und Oberflächenwasser aufgeteilt sind. Unter der Annahme, dass Trinkwasser geografisch nicht gleichmässig verteilt ist, wird die Wasserknappheit in naher Zukunft das Öl des 21. Jahrhunderts werden.

Es entstehen Kosten bei der Aufbereitung des Trinkwassers, welches dem Endkunden über Leitungsverluste nicht im vollen Umfang zur Verfügung steht. Durch den Bau von Infrastruktur in Form von Reservoirs zur Speicherung von Wasser, konnte der Ressourcenknappheit entgegengewirkt werden. Die Vermeidung von Leckagen innerhalb des bereitgestellten Leitungsnetzes ist eine weitere wesentliche Lösung zur Bekämpfung der Wasserknappheit. Diese Leckagen zu eruieren, stellt jedoch eine enorme Herausforderung dar. Unser Wasserleistungsnetz in der Schweiz umfasst ca. 53'000 Kilometer, mit welchem man die Erde 1,3-mal umrunden könnte. Aus diesem Grund sind innovative Technologien wie IoT (Internet of Things) unerlässlich, um zukunftsichere und nachhaltige Lösungen in der Trinkwasserbranche zu gewährleisten.

Innovative Messgeräte mit Funk-Datenübertragung sind der Schlüssel zu ökonomisch und zukunftsorientierten Lösungen, die auf IoT basieren. Die Digitalisierung kann dazu beitragen, eine bessere Agilität innerhalb des Verteilnetzes zu schaffen, da Daten in Echtzeit gemessen und übertragen werden. Somit können Versorgungsanomalien oder Aktionen effizienter reagieren.

D-Box

Die D-Box liefert dem Kunden die nötigen Informationen wie Eingangs- und Ausgangsdruck, Hub, Durchfluss und ermöglicht auf eine Anomalie zu reagieren, um ein Regelverhalten und eine nachhaltige Versorgungssicherheit eines Leitungsnetzes zu gewährleisten.

D-Schacht und D-Storz

Brunnenstuben, welche Quellfassungen und Armaturen enthalten sowie Hydranten, die an das Trinkwassernetz angebunden sind, sind grundsätzlich für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Der D-Schacht und D-Storz sind mit einem elektronischen Sensor ausgerüstet, welcher unerlaubtes Öffnen und Schliessen sowie das Umfahren eines Hydranten detektiert. Jede Manipula-

tion wird erfasst und an die nötige Instanz weitergeleitet. Die zuständigen Personen sind in der Pflicht die Alarmierung zu überprüfen und die nötigen Massnahmen einzuleiten.

Vom Versorger bis zum Verbraucher kann das gesamte Wasserversorgungsnetz digitalisiert werden. In den kommenden Jahren werden weitere innovative Lösungen auf den Markt kommen, welche die Trinkwasserbranche revolutionieren werden. Die Nachfrage an Multikommunikationstechnologien steigt, da mit sehr wenig Aufwand eine effiziente Datenvernetzung gewährleistet werden kann.

Hawle Armaturen AG,
Hawlestrasse 1
8370 Sirnach

Kombinierte LoRaWAN- und NB-IoT-basierte Sensorlösungen (v.l.n.r.): D-Box, D-Storz und D-Schacht.

Rückblick auf ein turbulentes Jahr

2022 bot den Schweizer Gemeinden wenig Gelegenheiten durchzuatmen. Kaum waren die Massnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie gelockert, trafen die Nachrichten vom Krieg in der Ukraine ein. Kurze Zeit später kamen die ersten ukrainischen Flüchtlinge in der Schweiz an. Die Solidarität war gross, der Krieg in der Ukraine macht betroffen. Für die Gemeinden bedeutet die Flüchtlingswelle mit der Bereitstellung von Unterkünften und der plötzlichen Einschulung von vielen Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine eine grosse Herausforderung. Der SGV ist seit Beginn des Krieges im Sonderstab Asyl vertreten und setzt sich dafür ein, dass die Anliegen der Gemeinden auf Bundesebene gehört werden.

Je länger der Krieg dauert, desto präsenter wird für die Gemeinden das Thema Energie und insbesondere die potenzielle Energiemangellage. Vorbildlich gehen viele Gemeinden beim Stromsparen voran: Sie senken die Temperatur in Verwaltungsgebäuden, reduzieren die Weihnachtsbeleuchtung oder schalten nachts die Strassenlampen aus. Der SGV unterstützt die Stromsparbemühungen als Gründungsmitglied der Energiespar-Alliance und hat auf seiner Homepage auf einer eigens eingerichteten Plattform sämtliche nützlichen Informationen für Gemeinden zusammengetragen.

Die Krisen bestimmten den Rhythmus des ablaufenden Jahres. Wir wollen in dieser letzten Ausgabe des Jahres aber auch auf die Erfolge des SGV zurückblicken. Und vor allem lassen wir die engagierten Menschen aus den Gemeindebehörden zu Wort kommen und sie das Jahr 2022 reflektieren. Im Namen des SGV wünsche ich Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gutes Jahr 2023.

Retour sur une année mouvementée

L'année 2022 n'a guère laissé de pause pour respirer aux communes suisses. A peine les mesures pour lutter contre la pandémie de coronavirus étaient-elles assouplies que la guerre éclatait en Ukraine. Et, peu de temps après, les premiers réfugiés ukrainiens entraient en Suisse. La solidarité a été grande, le conflit en Ukraine interpellant les gens. Pour les communes, cette vague de réfugiés constitue un gros défi, avec la mise à disposition de lieux d'hébergement et la scolarisation rapide de nombreux enfants et jeunes. L'ACS est, depuis le début de la guerre, représentée au sein de l'état-major spécial Asile, où elle s'efforce de défendre les intérêts des communes à l'échelon fédéral.

Plus la guerre dure et plus le thème de l'énergie et plus particulièrement des potentielles pénuries d'énergie devient actuel pour les communes. De nombreuses communes montrent l'exemple en matière d'économies d'énergie: elles baissent la température dans les bâtiments administratifs, réduisent les illuminations de Noël et éteignent l'éclairage public la nuit. En tant que membre de l'Alliance pour les économies d'énergie, l'ACS soutient les efforts pour économiser l'électricité et a réuni sur son site, sur une plateforme spécialement dédiée à ce thème, toutes les informations utiles pour les communes.

Les crises ont marqué le rythme de l'année écoulée. Dans cette dernière édition de l'année, nous voulons toutefois aussi rappeler les succès engrangés par l'ACS. Et nous donnons notamment la parole à des personnes engagées au sein des autorités communales qui livrent ici leurs réflexions sur l'année 2022. Au nom de l'ACS, je vous souhaite une période de l'Avent propice au recueillement et une bonne année 2023.

Retrospektiva di un anno turbolento

Il 2022 non ha lasciato un attimo di respiro ai comuni svizzeri. Le misure per combattere la pandemia di coronavirus erano state da poco allentate che già giungeva la notizia della guerra in Ucraina. Poco tempo dopo, i primi rifugiati ucraini facevano il loro ingresso in Svizzera. Una grande prova di solidarietà, la guerra in Ucraina desta preoccupazioni. Per i comuni, l'ondata di rifugiati rappresenta una sfida impegnativa, con gli alloggi da mettere a disposizione e i numerosi ragazzi provenienti dall'Ucraina che improvvisamente si trovano iscritti a scuola. L'ACS è stata rappresentata nello Stato maggiore Asilo sin dall'inizio della guerra e lavora per garantire che le preoccupazioni dei comuni trovino ascolto a livello federale.

Più la guerra si protrae, più il tema dell'energia – e soprattutto della sua eventuale penuria – diventa di attualità per i comuni. Molti di loro stanno dando il buon esempio con le misure per risparmiare energia elettrica: abbassano le temperature negli edifici amministrativi, riducono le luminarie natalizie oppure spengono i lampioni di notte. L'ACS, quale membro fondatore dell'Alleanza risparmio energetico, s'impegna per risparmiare energia elettrica e ha raccolto tutte le informazioni utili per i comuni in una piattaforma creata appositamente sulla propria homepage.

Le crisi hanno segnato il ritmo dell'anno che volge al termine. In questo ultimo numero del 2022 desideriamo però ripercorrere anche i successi conseguiti dall'ACS. In particolare, lasciamo la parola alle persone impegnate delle autorità comunali e ascoltiamo le loro considerazioni sull'anno che sta per concludersi. A nome dell'ACS, vi auguro un Natale all'insegna della riflessione e un buon 2023.

*Hannes Germann
Präsident SGV
Président ACS
Presidente ACS*

Lanciato lo sviluppo digitale nei comuni

La digitalizzazione dei servizi della pubblica amministrazione procede a ritmi serrati. A livello federale è stata fondata l'Amministrazione digitale Svizzera, mentre a livello cantonale alcuni progetti, tra cui «fit4digital», hanno segnato tappe importanti.

Dall'inizio del 2022, la nuova organizzazione Amministrazione digitale Svizzera (ADS) lavora a livello nazionale per promuovere «la trasformazione digitale tra i tre livelli statali». La nuova istituzione è nata dalle due organizzazioni precedenti, e-gouvernement Svizzera e la Conferenza svizzera sull'informatica CIS. Aspetto fondamentale è che tutti e tre i livelli statali – Confederazione, cantoni e comuni – attuano gli obiettivi di comune accordo. Anche l'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) partecipa all'ADS.

I comuni sono probabilmente il livello statale più a stretto contatto con la popolazione ed è per questo motivo che diventano gli attori fondamentali nel poter offrire i servizi della pubblica amministrazione in formato digitale in futuro. L'ADS sostiene questo obiettivo tramite progetti concreti. Questo approccio può creare il valore aggiunto auspicato, soprattutto per i servizi nazionali comuni, come l'identità elettronica (Id-e).

I principali progetti di attuazione si svolgono tuttavia ben lontano dalla Berna federale, laddove i cantoni collaborano con i comuni. Il Cantone di Argovia, per esempio, insieme ai propri comuni ha fondato l'organizzazione per l'attuazione «fit4digital», che si occupa della digitalizzazione dei servizi delle autorità centrali cantonali e comunali. L'organizzazione è finanziata congiuntamente dal cantone e dai comuni. Anche il Cantone di Turgovia si avvale di questo modello e ha lanciato il programma dedicato all'amministrazione digitale turgoviese «Digitale Verwaltung Thurgau». Entrambi i programmi comunali-cantonali si concentrano su soluzioni che prevedono un portale centrale; in futuro i servizi della pubblica amministrazione saranno offerti indipendentemente dal singolo livello statale. Nel Cantone di Friburgo esiste da tempo uno sportello virtuale di E-Government che,

La digitalizzazione è una delle principali preoccupazioni dei comuni.

Foto: Shutterstock/13_Phunkod

per esempio, consente di ottenere gli estratti digitali del registro esecuzioni e fallimenti, gli estratti del registro di commercio, le patenti di pesca, i documenti di stato civile e tanto altro ancora. Altri cantoni, tra cui Soletta, hanno adattato questa soluzione. Contrariamente a molte voci allarmanti, lo sviluppo digitale è stato avviato a livello comunale e gradualmente sta prendendo piede in tutta la Svizzera.

Tavola rotonda dell'esperienza e pionieri digitali

L'ACS sostiene attivamente questo sviluppo. Attraverso l'associazione «Myni Gmeind» vengono sostenuti vari progetti, come per esempio la «Digitale Dorfstrasse Adelboden». In occasione di eventi mensili dedicati allo scambio di esperienze, organizzati sotto forma di videoconferenze di un'ora, le persone prendono ispirazione dagli altri sulla base di buoni esempi e soluzioni adottate nei comuni; nel 2022 questi eventi si sono potuti organizzare per la prima volta anche nella Svizzera francese. Anche il corso di base «Digital-Pionier», incentrato sulle competenze digitali di base

con il supporto di esperti e scuole universitarie professionali, ha riscosso grande successo nel 2022. Ai tre corsi hanno partecipato la segretaria comunale e il sindaco. Altri corsi sono in programma per il 2023 e gli anni successivi. L'ACS sta facendo tutto il possibile per garantire che il corso di base «Digital-Pionier» continui la sua storia di successo.

Christoph Niederberger
Direttore ACS
Vicepresidente associazione
Myni Gmeind»

Traduzione: Annalisa Cipolla

ePubblicazione: pubblicazione ufficiale digitale

Tramite il portale del Foglio ufficiale digitale, utilizzato da diversi cantoni come piattaforma di pubblicazione, i comuni e le città possono utilizzare l'«ePubblicazione» per rendere accessibili i documenti ufficiali in formato digitale. In questo modo, beneficiano di una soluzione semplice, sicura dal punto di vista operativo e legale. Non occorre ricorrere a lunghe e costose procedure di appalto; la fatturazione avviene per ciascuna voce inserita. Finora solo i comuni di Zurigo utilizzano questa applicazione anche se, teoricamente, sarebbe a disposizione di tutti i comuni svizzeri. Dal 2023, il primo comune di Berna si servirà del portale digitale per le proprie pubblicazioni. L'ACS sostiene la soluzione «ePubblicazione per le città e i comuni» e garantisce così l'accesso a livello comunale.

Per una custodia di bambini complementare alla famiglia sostenibile

Nel 2022 la politica sociale si è concentrata sui temi della custodia di bambini complementare alla famiglia e sul ricalcolo delle rendite AI. L'ACS si è impegnata in maniera proficua affinché si tenesse conto delle preoccupazioni dei comuni.

I comuni sono attori centrali nella custodia di bambini complementare alla famiglia. I comuni e le città creano un'ampia gamma di servizi di supporto e compiono ingenti sforzi per rafforzare il settore prescolastico. La custodia di bambini complementare alla famiglia è importante anche dal punto di vista della politica locale, poiché migliora la conciliabilità tra famiglia e lavoro ed è quindi uno strumento efficace per combattere la carenza di lavoratori qualificati. Negli ultimi anni sono successe molte cose. Serve però un maggiore impegno congiunto per individuare soluzioni sostenibili, soprattutto per ridurre in maniera efficace i contributi dei genitori. Quest'ultimo è un obiettivo

continuo e non può essere semplicemente imposto ai cantoni e ai comuni. La Costituzione federale prevede una co-responsabilità da parte della Confederazione. Ed è proprio quello che prevede il progetto per l'attuazione dell'iniziativa parlamentare 21.403 del Consiglio nazionale. Con il costante finanziamento federale per ridurre i costi di custodia dei bambini per i genitori, la Confederazione fornisce un contributo essenziale e realizza i propri obiettivi di legislatura per una migliore conciliabilità tra famiglia e lavoro. Il contributo federale costante dà ai cantoni e ai comuni una sicurezza di pianificazione e non prevarica i sistemi di sovvenzione esistenti. La Confederazione mantiene un ruolo sussidiario e rispetta la libertà organizzativa dei cantoni e dei comuni. In secondo luogo, gli accordi programmatici con i cantoni consentono di sviluppare ulteriormente la custodia di bambini complementare alla famiglia in base alle esigenze. L'ACS ha contribuito sistematicamente e ha lavorato in maniera proficua per garantire che le pre-

L'ACS chiede di ridurre i contributi dei genitori per l'assistenza familiare integrativa ai bambini. Foto: unsplash/Sigmund

occupazioni dei comuni trovassero ascolto. Il prossimo passo sarà la decisione del Parlamento su quello che l'ACS considera un progetto equilibrato e importante.

Calcolo realistico dell'AI

Un altro punto focale è stato l'impegno dell'ACS per il ricalcolo delle rendite AI. La Confederazione basa il calcolo del grado IV sui salari che le persone con disabilità non possono assolutamente percepire. Le conseguenze sono di vasta portata: molte persone non beneficiano della riconversione professionale o della rendita AI o finiscono direttamente all'assistenza sociale. Ciò significa che i costi effettivamente imputabili all'AI vengono scaricati sui comuni. L'ACS si è battuta per un calcolo corretto dell'AI ed è intervenuta in Parlamento, con successo. La necessità di agire è stata chiaramente riconosciuta da entrambe le Camere del Parlamento e le votazioni hanno parlato chiaro: in futuro, le possibilità di reddito realistiche per le persone con un danno alla

salute saranno prese in considerazione ai fini del calcolo del grado di disabilità. Grazie a un'ampia mobilitazione, la mozione 22.3377 sulle basi di calcolo dell'AI è stata approvata a una netta maggioranza in Parlamento. Ciò conferisce al Consiglio federale, più precisamente all'Ufficio federale delle assicurazioni sociali competente, un chiaro mandato per affrontare rapidamente il lavoro e implementare una nuova base di calcolo dell'AI entro la fine del 2023.

Claudia Kratochvil-Hametner
Direttrice supplente
Ambiti politici: formazione,
sanità, integrazione e socialità
ACS
Traduzione: Annalisa Cipolla

Altri temi legati alle questioni sociali

A maggio, davanti alla Commissione delle istituzioni politiche del Consiglio degli Stati, l'ACS ha espresso il proprio parere sulla naturalizzazione agevolata della seconda e terza generazione di stranieri e ha sottolineato che la naturalizzazione ordinaria deve rimanere di competenza dei comuni. Inoltre, l'ACS ha preso posizione in merito alla revisione della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento, sostenendo le modifiche che dovrebbero consentire alle persone interessate di trovare nuovi modi per vivere senza debiti. Infine, nell'ambito del Dialogo culturale nazionale l'ACS ha avuto uno scambio di opinioni sulle sfide che il settore culturale deve affrontare e ha fatto pressione per i provvedimenti COVID a livello federale.

Diverse sfide nel settore dell'asilo

L'anno 2022 è stato caratterizzato dalla crisi ucraina e da un forte aumento delle domande di asilo nell'ambito delle procedure ordinarie. La messa a disposizione di alloggi è una sfida significativa per molti comuni.

Con l'attivazione dello statuto di protezione S nel marzo 2022, le persone in fuga dalla guerra in Ucraina ottengono in Svizzera una protezione collettiva e rapida dal punto di vista burocratico. Dopo la registrazione nei centri federali d'asilo, i beneficiari dello statuto S vengono rapidamente assegnati ai cantoni. Il cantone o il comune di assegnazione, a seconda dell'organizzazione cantonale, ne assume la responsabilità dell'alloggio e dell'assistenza. Ad oggi, più di 69000 persone hanno ottenuto lo statuto di protezione (stato 01.12.2022). I comuni sono stati fortemente sollecitati nella ricerca di alloggi. Hanno inoltre assunto rapidamente il compito di provvedere alla scolarizzazione dei bambini ucraini.

La decisione presa dal Consiglio federale all'inizio di novembre di non revocare lo statuto di protezione S prima del marzo 2024, salvo se la situazione cambierà radicalmente prima di allora, fornisce una certa sicurezza in termini di pianificazione. Inoltre, la Confederazione dovrà iniziare a preparare il rientro dei cittadini ucraini, in collaborazione con i cantoni e i comuni.

Allo stesso tempo, negli ultimi mesi, è aumentato il numero delle domande di asilo nell'ambito delle procedure ordinarie. Per continuare a garantire un numero di posti sufficiente ad accogliere i richiedenti appena arrivati nelle sue strutture, la Segreteria di Stato della migrazione (SEM) assegna, in via provvisoria, una parte dei richiedenti l'asilo ai cantoni in anticipo rispetto a quanto avviene normalmente. Questa misura, attuata alla fine di ottobre, sarà revocata a partire dalla metà di dicembre.

I comuni sono stati fortemente sollecitati nella ricerca di alloggi per le persone in cerca di protezione provenienti dall'Ucraina.

Foto: Shutterstock/Halfpoint

La messa a disposizione di ulteriori posti di alloggio in tempi brevi ha posto una forte pressione su cantoni, città e comuni.

L'attivazione dello statuto S è stata accompagnata da domande pratiche e questioni di fondo. A settembre, l'ACS ha preso posizione nell'ambito della valutazione dell'attuazione dello statuto S da parte di un gruppo di lavoro della Confederazione, sollevando anche alcuni punti critici. Un aspetto critico per quanto riguarda l'alloggio presso privati è il fatto che molti arrivi siano avvenuti in modo non coordinato con le autorità. Poiché lo statuto S è uno statuto «orientato al ritorno», si pone inoltre la domanda di quanto debba essere anche «orientato all'integrazione» e, a

lungo termine, in che misura il contributo finanziario della Confederazione per sostenere l'acquisizione della lingua e l'accesso al mercato del lavoro sia sufficiente. Secondo l'ACS, sono essenziali regole chiare che determinino le responsabilità nel campo dell'integrazione e dell'assistenza. Il rapporto intermedio del gruppo di valutazione dello statuto S è stato appena pubblicato e presenta delle conclusioni preliminari.

L'anno 2022 ha messo in evidenza il fatto che il settore dell'asilo è un compito congiunto di Confederazione, cantoni, città e comuni. Per garantire una gestione della crisi e un coordinamento efficaci, il livello comunale deve essere consultato e coinvolto nelle discussioni. L'ACS è rappresentata nei gruppi di lavoro istituiti per affrontare la situazione straordinaria creata dal conflitto russo-ucraino, primo fra tutti lo Stato maggiore speciale Asilo (SONAS), convocato per la prima volta nel marzo 2022. L'ACS è altresì rappresentata nei gruppi di lavoro «ordinari» che si occupano di alloggio e procedure d'asilo o ancora del programma Resettlement.

*Luisa Tringale
Responsabile progetti
Ambiti politici:
asilo e migrazione, partecipazione
ACS*

Penuria di energia: ennesima crisi?

Nel 2022 molte candidate in lizza si sono contese il titolo di «crisi dell'anno». Dopo un'estate torrida, le conseguenze della guerra in Ucraina hanno occupato l'attualità, compresa un'eventuale penuria di energia.

La Svizzera importa l'80% della propria energia. Ciò significa che il nostro paese è indipendente dal punto di vista energetico solo per il 20%. Finora queste importazioni avvenivano a prezzi molto bassi. Con il calo dell'offerta, soprattutto del gas russo, i prezzi sono esplosi, mettendo l'economia e i privati sotto una pressione finora inimmaginabile. L'attuale situazione molto tesa e l'offerta limitata ci hanno fatto entrare in una crisi che, se la domanda dovesse superare la produzione, sfocerebbe in una situazione di penuria. Se questa situazione diventerà realtà, le interruzioni di corrente colpiranno la Svizzera con conseguenze disastrose sia per l'economia che per i privati.

Cinque criteri sono determinanti per i prossimi mesi: il rischio di penuria è legato direttamente al clima invernale.

Anche le nostre importazioni sono fondamentali per il nostro approvvigionamento. L'attenzione è attualmente rivolta all'industria francese e alla sua capacità di riavviare le centrali nucleari. Lo sviluppo del conflitto ucraino influenza inoltre l'evoluzione delle esportazioni, che attualmente si attestano a un livello di circa il 5%. Le precipitazioni, che determinano il riempimento delle nostre dighe, assumono un ruolo decisivo per le nostre infrastrutture, che sono state fortemente colpite dalla canicola estiva. Infine, l'evoluzione della situazione all'interno degli altri Stati europei, che potrebbero – o meno – riuscire a soddisfare le loro esportazioni.

Dunque: spegniamo tutto?

Ogni misura di risparmio energetico deve essere analizzata singolarmente, in quanto i comuni rispondono alle

Spegnere o non spegnere? Molti comuni si stanno ponendo questa domanda.

Foto: Shutterstock/Altrendo Images

norme e alle leggi in vigore. I comuni sono al contempo datori di lavoro (amministrazioni comunali), gestori di immobili (patrimonio edilizio e locali, come palazzetti dello sport e piscine), specialisti dell'infanzia (asili nido e doposcuola) e persino progettisti degli spazi esterni (parchi, giardini e cementifici).

Le diverse leggi cantonali sulla circolazione stradale prevedono l'obbligo di illuminare tutte le strade cantonali in corrispondenza degli attraversamenti pedonali. Per il momento il Cantone di Neuchâtel è l'unico ad aver eliminato questo obbligo, permettendo così ai comuni di spegnere le luci a orari precisi.

Il Münster di Berna, inizialmente spento di notte come altri edifici storici della città, è stato presto riacceso di notte. Il motivo: l'edificio si trova sul corridoio

aereo dell'aeroporto di Belp. A causa del suo carattere storico, è sprovvisto di luce rossa sulla propria sommità. Questi due esempi permettono di avere un'idea della complessità e dell'effettivo margine di manovra dei comuni. Le regole per la protezione dei lavoratori, dei bambini, delle persone con disabilità e della sicurezza stradale sono tutte variabili dell'equazione decisionale.

La scelta di ogni misura avviene soppesando la legislazione, i possibili risparmi e la qualità della vita. La spinosa questione delle luminarie natalizie ne è un esempio: la maggior parte dei comuni ha scelto di mantenere l'illuminazione e le attività a un livello ridotto, pur garantendo i legami sociali. La gamma di misure adottate finora e la creatività di alcune amministrazioni dimostrano la capacità di adattamento dei

2145 comuni svizzeri che, pur svolgendo un ruolo esemplare, mantengono il – quasi – normale esercizio delle proprie attività e affrontano un'ennesima crisi.

*Manon Röthlisberger
Responsabile progetti*

Ambiti politici: energia, pianificazione del territorio, ambiente e trasporti

ACS

Traduzione: Annalisa Cipolla

«La sfida è creare la dinamica del nuovo Comune»

Il Comune più giovane del Canton Ticino è Val Mara, nato in aprile dall'aggregazione di Melano, Maroggia e Rovio. Il sindaco Jean-Claude Binaghi ripercorre i primi mesi di legislatura, le sfide attuali e le prime soddisfazioni.

Vista di Maroggia, uno dei tre quartieri del Comune di Val Mara.

Foto: mad/comune di Val Mara

«Ciò che più ha impegnato il Comune nel 2022 è la messa a punto delle basi legali. I lavori erano iniziati già in seno alla commissione di aggregazione, il nuovo Municipio li sta portando a termine. A settembre, il Consiglio comunale ha approvato all'unanimità il Regolamento organico comunale e il Regolamento organico dei dipendenti. Inoltre, sono appena stati licenziati i messaggi municipali su diversi regolamenti comunali e sul Preventivo 2023.

Sono dei passi importanti per il nuovo Comune.

La mole di lavoro è grande, si potrebbe dire che sia «tutto per tre»: le dinamiche dei tre comuni aggregati vanno fatte confluire in quella che sarà la dinamica di Val Mara. All'interno dell'amministrazione ci sono delle differenze di approccio sulle varie tematiche: bisogna uniformare il modus operandi, e quindi dobbiamo cambiare tutti un po'. C'è un tempo di apprendimento che va messo

in conto, sia per l'amministrazione che per noi politici.

La sfida è proprio riuscire a creare la dinamica del nuovo Comune. È importante che il cittadino si senta cittadino di Val Mara. È stato appena approvato il nuovo stemma comunale, su cui figurano tre stelle per i tre quartieri, insieme all'acqua del Lago Ceresio e del torrente Mara e alla peonia del Monte Generoso, elementi fondamentali del nostro territorio. Allo stesso tempo, non dobbiamo perdere l'attenzione sui quartieri. Per

«partire bene», è importante trattare tutti allo stesso modo: si andranno a toccare certe sensibilità puntuali, questo non si può evitare, ma l'intento è offrire più servizi alla popolazione a livello globale.

Altre tematiche importanti sono la pianificazione del territorio e il progetto di potenziamento dell'autostrada tra Lugano e Mendrisio dell'USTRA che ci tocca direttamente e che ha sollevato diverse opposizioni. Per quanto riguarda le crisi globali che hanno segnato il 2022: anche il nostro Comune ha accolto cittadini ucraini; i numeri a cui siamo confrontati non hanno creato criticità per quanto riguarda l'alloggio, mentre è stato più impegnativo per quanto riguarda la scolarizzazione. La crisi energetica suscita preoccupazione nella popolazione. Il Municipio presta attenzione alla comunicazione con i cittadini, emanando raccomandazioni, sulla base di quanto promosso da Confederazione e Cantone. Bisogna dire che a livello amministrativo, per i co-

muni il Covid è stato un apprendistato su come gestire le emergenze.

È ancora presto per fare un bilancio sull'aggregazione. Ciò che emerge è che si hanno molte più possibilità di progettazione. Adesso non ne abbiamo ancora il tempo, perché siamo nel «qui e adesso» e dobbiamo prima mettere a punto tutti i processi amministrativi. Posso dire con soddisfazione che c'è una grande motivazione e un ottimo clima di lavoro.

Un momento che mi è rimasto particolarmente impresso quest'anno è stato il momento di incontro con la popolazione alla conclusione dei lavori di rinaturalizzazione del torrente Mara. All'inaugurazione è arrivata tanta gente, e tanta gente da ogni quartiere, non solo da Maroggia. E lì mi sono detto: Sta succedendo! Come Sindaco del nuovo Comune, è stato un momento emozionante.»

Jean-Claude Binaghi, sindaco del Comune di Val Mara. Foto: mad/Comune di Val Mara

Intervista registrata da Luisa Tringale
Responsabile progetti
Ambiti politici:
asilo e migrazione, partecipazione
ACS

Annuncio

LETTERE AI GENITORI: UN CONTRIBUTO EFFICACE NELLA POLITICA FAMILIARE.

Più di 1300 comuni regalano le lettere ai genitori di Pro Juventute alla nascita del primo figlio. Con informazioni utili riguardo allo sviluppo del bebè e consigli pratici, rafforzano le competenze genitoriali, dalla nascita fino all'inizio della scuola.

**RICHIEDERE
UN'OFFERTA.**

lettereai genitori@projuventute.ch

PROJUVENTUTE.CH

SvizzeraEnergia promuove i comuni attivi

Città, comuni e regioni giocano un ruolo decisivo per raggiungere gli obiettivi della Strategia energetica svizzera 2050. «SvizzeraEnergia per i comuni» li sostiene nella realizzazione dei loro progetti energetici e climatici.

La Confederazione sostiene i comuni nella loro politica energetica e climatica.

Foto: mad

Gli obiettivi della Strategia energetica 2050 e dell'Accordo di Parigi sul clima sono chiari. Essi incentivano, tra l'altro, il passaggio alle energie rinnovabili, l'ottimizzazione dell'efficienza energetica e la promozione della mobilità sostenibile. Le città e i comuni svizzeri sono chiamati a fissare i propri obiettivi energetici e adottare le misure necessarie.

Per la maggior parte dei comuni e delle città, o per le comunità di comuni più piccoli, questa può essere una sfida importante. «SvizzeraEnergia per i comuni», un programma attivo e diversificato di sostegno e incentivazione dell'Ufficio federale dell'energia (UFE), stanziando contributi di incentivazione destinati a città, comuni e regioni.

Il sostegno adatto per ogni comune

Il programma «Promozione dei progetti» di SvizzeraEnergia per i comuni sostiene città, comuni e regioni che perseguono già, o mirano a perseguire, una politica climatica ed energetica attiva. A seconda dello stadio di sviluppo e delle esigenze, la promozione dei progetti prevede diverse categorie di sov-

venzioni: la categoria «Comuni pionieri» si rivolge alle città ambiziose che perseguono già concetti o strategie Smart City e 2000 watt/saldo netto pari a zero e ora vogliono coordinarli tra loro. Città e comuni associati a livello intercomunale possono presentare idee di progetti nella categoria «Regione-Energia». Grazie all'omonima categoria, «Città e comuni all'avanguardia» sotto il profilo della politica energetica e cli-

matica hanno la possibilità di realizzare singoli progetti negli ambiti mobilità, edifici, energie rinnovabili e impianti e processi nei settori industria e servizi. L'ultimo bando 2021 ha visto candidarsi circa 330 città e comuni. Di questi, 250 hanno ottenuto un finanziamento e usufruito di un sostegno finanziario per complessivi 3 milioni di franchi.

Contributi a studi e monitoraggio

L'analisi dei potenziali progetti, aventi ad esempio forma di studi di fattibilità, comporta costi e oneri elevati. Qui interviene la promozione dei progetti: concentrandosi sulla pianificazione strategica e sull'elaborazione di basi e concetti, fino a interessare la progettazione. Fornisce così un impulso alla realizzazione di strategie e progetti nel settore dell'energia e del clima.

Un progetto esemplare del Comune di Triengen

Triengen, nel Cantone di Lucerna, ha ottenuto il finanziamento nel 2021 nella categoria «Città e comuni all'avanguardia» per il progetto «Attuazione del piano territoriale di erogazione del calore e del freddo». L'obiettivo era realizzare le prime misure di pianificazione energetica territoriale nel settore calore

e freddo del comune a partire dal 2020. A tal fine, Triengen ha effettuato un approfondito studio di fattibilità insieme agli operatori attuali e potenziali, i quali hanno analizzato l'evoluzione di una zona servita da una comunità del calore nel centro del comune e di una nuova rete a Winikon. Triengen, però, ha compiuto un ulteriore passo avanti, assumendo un ruolo attivo nello sviluppo delle reti di teleriscaldamento e perseguendo l'analisi precoce dell'allacciamento degli edifici comunali. Inoltre ha introdotto disposizioni sull'energia nel regolamento edilizio e delle zone e pianificato un evento informativo per la popolazione.

Jaqueline Kost, responsabile dell'ufficio tecnico di Triengen: «Con il sostegno alla promozione dei progetti di SvizzeraEnergia per i comuni» possiamo svolgere l'auspicato ruolo più attivo nella definizione degli obiettivi energetici e climatici e implementare importanti misure.»

Una volta completato il progetto, Triengen si augura di avere creato le basi per lo sviluppo della rete di teleriscaldamento. Tutti i proprietari degli edifici del comune, inoltre, devono conoscere le opportunità di riscaldamento rinnovabile per il proprio immobile. Il progetto ha convinto la giuria di esperti grazie agli obiettivi ambiziosi, all'accurata documentazione di candidatura e alle idee innovative. Lo svolgimento è previsto da gennaio 2022 a gennaio 2023.

*Patrick Schenk
Capo di progetto esterno per la promozione dei progetti di SvizzeraEnergia per i comuni*

Bilancio energetico della regione Surselva

Nel 2017 la regione energetica Surselva ha allestito il suo primo bilancio energetico regionale. In tale sede, ha analizzato l'entità del proprio consumo energetico e le modalità per soddisfarlo con le energie rinnovabili. Da allora aggiorna periodicamente il bilancio energetico e dispone così di una base di discussione e di un supporto decisionale per definire e pianificare la propria politica energetica futura. Nell'allestire il bilancio nel 2017 e nell'aggiornarlo nel 2021, Surselva ha potuto doppiamente beneficiare della promozione dei progetti di Regione-Energia. Come emerge dal bilancio aggiornato nel 2021, 1) la regione offre un grande potenziale di energie rinnovabili ancora da sfruttare; 2) la sostituzione dei combustibili fossili è ancora a livello basso e 3) il consumo di calore ed elettricità (assoluto e pro capite) è aumentato negli anni. Su tale base, la regione adotta ora una serie di misure e adegua le tappe successive. Obiettivo: il prossimo bilancio energetico dovrà mostrare i progressi e il successo delle misure lungo il cammino verso il raggiungimento degli obiettivi climatici di Parigi. Decisiva, per il successo del progetto, è stata la scelta di suddividere il bilancio energetico regionale tra i 12 comuni, ognuno dei quali ha ricevuto il proprio bilancio energetico.

Il prossimo bando per i progetti parte il 1° marzo 2023

1° marzo 2023 potrete presentare di nuovo una o più idee di progetto e aggiudicarvi un sostegno alla realizzazione dei vostri obiettivi in ambito energetico e climatico. Il termine di presentazione è il 31 luglio 2023. Trovate ulteriori informazioni (a partire dal 1° marzo 2023) sul programma di promozione dei progetti su <https://www.local-energy.swiss/it/programme/projektfoerderung.html#/>

Le développement numérique dans les communes est lancé

La numérisation des prestations des autorités progresse constamment. Egalement l'année dernière. A l'échelon fédéral, l'Administration numérique suisse a été créée et, au niveau des cantons, des projets comme «fit4digital» donnent des orientations importantes.

La nouvelle Administration numérique suisse (ANS) qui est censée encourager «la transformation numérique entre et à l'intérieur des trois échelons de l'Etat» est opérationnelle au niveau national depuis début 2022. La nouvelle entité remplace les deux anciennes organisations Cyberadministration suisse et Conférence suisse sur l'informatique (CSI). Elément fondamental, les trois niveaux de l'Etat, Confédération, cantons et communes, mettent en œuvre ensemble les objectifs. L'Association des Communes Suisses (ACS) est aussi partie prenante de l'ANS.

Les communes sont l'échelon étatique qui est le plus étroitement en contact avec la population. C'est pourquoi elles sont aussi essentielles lorsqu'il s'agit de numériser les prestations offertes par les autorités. L'ANS soutient ce développement au moyen de projets concrets. Cette approche peut notamment apporter une plus-value pour des prestations communes à l'échelle nationale comme l'identité électronique e-ID.

Les principaux projets de mise en œuvre se déroulent toutefois dans les cantons et les communes, loin de la Berne fédérale.

Le Canton d'Argovie a ainsi créé en commun avec les communes l'organisation «fit4digital» qui se charge de la numérisation des prestations centrales cantonales et communales. L'organisation est financée en commun par le canton et les communes. Le Canton de Thurgovie mise aussi sur ce modèle et a lancé le programme «Administration numérique Thurgovie». Les deux initiatives sur des solutions de portail centrales qui offriront à l'avenir des prestations administratives indépendamment des échelons étatiques respectifs.

Le Canton de Fribourg dispose depuis longtemps d'un guichet virtuel de cybe-

La numérisation préoccupe fortement les communes.

Photo: Shutterstock/13_Phunkod

administration. Il est possible d'y obtenir des extraits de l'Office des poursuites, des extraits du Registre du commerce, des permis de pêche, des documents de l'état civil et bien d'autres choses encore. D'autres cantons comme Soleure ont adapté cette solution. Malgré de nombreuses prévisions alarmistes, la numérisation est lancée au niveau communal et se répand progressivement dans toute la Suisse.

Echanges d'expériences et pionnier digital

L'ACS appuie activement cette évolution. Divers projets comme la «Digitale Dorfstrasse Adelboden» sont soutenus par l'intermédiaire de l'association Ma commune. Des manifestations mensuelles d'échanges d'expériences dans le cadre d'une vidéoconférence d'une heure permettent, grâce à des bons exemples et solutions dans les communes, d'apprendre les uns des autres. Ces événements ont aussi pour la première pu être organisés en Suisse romande en 2022.

Le cours de base de «Pionnier digital», qui permet grâce au soutien d'experts et de

hautes écoles spécialisées d'acquérir des compétences numériques de base, a rencontré un grand succès en 2022. Les trois cours qui ont eu lieu ont été suivis aussi bien par des secrétaires communaux que des présidents de commune. D'autres cours sont prévus en 2023 et les années suivantes. L'ACS mettra tout en œuvre afin que ce cours de base de «Pionnier digital» continue à avoir du succès.

Christoph Niederberger
Directeur ACS
Vice-président association
Ma commune

Traduction: Marie-Jeanne Krill

ePublication: publication officielle digitale

Grâce au portail numérique des feuilles officielles qui est utilisé par divers cantons comme plateforme de publication, les communes et les villes peuvent utiliser «ePublication» pour leurs publications officielles digitales. Elles bénéficient ainsi d'une solution simple et offrant une sécurité juridique et d'exploitation. De longs et coûteux processus d'appel d'offres deviennent inutiles, la facturation se fait par entrée. Jusqu'ici, seules des communes zurichoises ont recours à cette application. Mais elle est en principe ouverte à toutes les communes de Suisse. Dès 2023, une première commune bernoise publiera par le biais de ce portail digital. L'ACS est partenaire de la solution «ePublication pour les villes et communes» et garantit ainsi un accès à l'échelon communal.

Pour un financement durable de l'accueil extra-familial des enfants

Les thèmes de l'accueil extrafamilial des enfants et du nouveau calcul des rentes AI ont été au centre de la politique sociale en 2022. Dans ces deux domaines, l'ACS a défendu avec succès les intérêts des communes.

L'échelon communal est un acteur central de l'accueil extrafamilial des enfants. Les communes et les villes proposent une large offre de soutien et font de gros efforts pour renforcer l'encadrement préscolaire. L'accueil extrafamilial des enfants est aussi important du point de vue de la politique de promotion économique. Il améliore en effet la conciliation entre travail et famille et est un moyen efficace de lutter contre la pénurie de personnel qualifié. Beaucoup de choses se sont passées ces dernières années. Des efforts communs supplémentaires en faveur de solutions durables sont toutefois nécessaires, en particulier pour réduire efficacement les contributions des parents.

Cette réduction est un objectif constant et ne peut pas être simplement reportée sur les cantons et les communes. En vertu de la Constitution, la Confédération est coresponsable. C'est ce que prévoit justement le projet de mise en œuvre de l'lv. pa. 21.403 du Conseil national. Grâce aux aides fédérales permanentes pour alléger les frais de garde supportés par les parents, la Confédération apporte une contribution essentielle et réalise ses propres objectifs de législature en faveur d'une meilleure conciliation entre famille et profession. Ce financement fédéral constant donne aux cantons et aux communes une sécurité en matière de planification et ne prend pas le pas sur les systèmes de subventionnement existants. La Confédération conserve un rôle subsidiaire et respecte la liberté d'organisation des cantons et des communes. Les conventions-programmes conclues avec les cantons permettent de plus de continuer à développer l'accueil extrafamilial des enfants en fonction des besoins. L'ACS s'est engagée de manière systématique et a obtenu que les intérêts des

L'ACS s'engage pour que les contributions des parents pour l'accueil extrafamilial des enfants soient réduites.

Photo: unsplash/Sigmund

communes soient pris en compte. Le Parlement doit maintenant se prononcer sur ce projet que l'ACS juge important et équilibré.

Calcul réaliste de l'AI – dans l'intérêt des assurés et des communes

Un autre point fort a été l'engagement de l'ACS en faveur du nouveau calcul des rentes AI. La Confédération se base pour le calcul du taux d'invalidité sur des revenus que les personnes en situation de handicap ne peuvent simplement pas réaliser. Les conséquences sont considérables: de nombreuses personnes n'ont pas droit à une reconversion ou à une rente AI, et doivent alors recourir à l'aide sociale. Des coûts incombant en fait à l'AI sont ainsi mis à la charge des communes. L'ACS s'est engagée en faveur d'un calcul correct de l'AI et est intervenue avec succès au Parlement. La nécessité d'agir a été clairement reconnue dans les deux Chambres et les votes ont été explicites: lors du calcul du taux d'invalidité, les possibilités de revenu réelles des personnes atteintes dans leur santé doivent à l'avenir être prises en compte. Grâce à une

large mobilisation, la motion 22.3377 sur les barèmes de salaires pour le calcul de l'AI a été nettement acceptée par le Parlement. Le Conseil fédéral, respectivement l'Office fédéral des assurances sociales ont désormais le mandat clair de se mettre au travail rapidement et d'implémenter jusqu'à fin 2023 une nouvelle base de calcul du taux d'invalidité.

*Claudia Kratochvil-Hametner
Directrice suppléante
secteurs politique d'éducation,
de santé, d'intégration
et sociale
ACS*

Traduction: Marie-Jeanne Krill

Autres thèmes dans le domaine social

Au mois de mai, l'ACS s'est exprimée devant la Commission des institutions politiques du Conseil des Etats sur la naturalisation facilitée des étrangers de la 2e et 3e génération et a souligné qu'il fallait que la naturalisation ordinaire reste de la compétence des communes; en septembre, l'ACS a publié sa prise de position au sujet de l'lv.pa. 21.403 sur l'accueil extrafamilial des enfants et a discuté de ce projet lors de la réunion d'automne de l'intergroupe parlementaire politique communale. L'ACS a par ailleurs pris position sur la révision de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite et a soutenu les adaptations offrant aux personnes touchées de nouveaux moyens pour mener une vie sans dettes. Enfin, l'ACS a participé au Dialogue culturel national sur les défis à relever dans le domaine de la culture et s'est engagée au niveau fédéral en faveur des mesures de soutien en lien avec le COVID-19.

Défis à relever dans le domaine de l'asile

L'année 2022 a été marquée par la crise ukrainienne et une nette augmentation des demandes d'asile ordinaires. La mise à disposition d'un nombre suffisant de logements pose des défis d'ampleur pour de nombreuses communes.

L'activation du statut de protection S en mars 2022 a permis d'accorder aux ressortissants ukrainiens cherchant refuge en Suisse une protection collective et rapide du point de vue bureaucratique. Après leur enregistrement dans les centres fédéraux d'asile, les bénéficiaires du statut S sont rapidement attribués aux cantons. Le canton ou la commune d'attribution, selon l'organisation cantonale, en assume la responsabilité de l'hébergement et de l'encadrement. A ce jour, le statut S a été accordé à plus de 69000 personnes (état au 1er décembre 2022). Les communes ont été fortement sollicitées en matière d'hébergement. Elles ont en outre rapidement assumé leur tâche de scolarisation des enfants ukrainiens.

La décision prise par le Conseil fédéral au début du mois de novembre de ne pas lever le statut de protection S avant mars 2024, à moins que la situation sur place ne change radicalement d'ici là, donne une sécurité en termes de planification. D'ailleurs, la Confédération devra commencer à préparer, en collaboration avec les cantons et les communes, le retour au pays des ressortissants ukrainiens. En même temps, le nombre de demandes d'asile dans le cadre des procédures ordinaires a augmenté au cours des derniers mois. Afin de continuer à garantir sa capacité d'accueil, le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) attribue provisoirement une partie des requérants d'asile aux cantons plus tôt qu'auparavant. Cette mesure, mise en oeuvre à la fin du mois d'octobre, sera levée à partir de la mi-décembre. La

Les communes ont été fortement sollicitées en matière d'hébergement des réfugiés ukrainiens.

Photo: Shutterstock/Halfpoint

mise à disposition de places supplémentaires d'hébergement dans des courts délais a posé des défis pour les cantons, les villes et les communes. L'activation du statut S a été accompagnée par des questions pratiques ainsi que par des questions de fond. En septembre, l'ACS a pris position dans le cadre de l'évaluation du statut S par un groupe de travail de la Confédération, exprimant une voix critique à certains égards. En ce qui concerne l'hébergement privé, le fait que nombreuses arrivées se soient déroulées de manière non coordonnée avec les autorités a constitué un aspect critique. Le statut S étant un statut «orienté vers le retour», il se pose en outre la question de savoir dans quelle mesure il devrait également

être «orienté vers l'intégration» et, à terme, à quel degré la contribution financière de la Confédération pour soutenir l'acquisition de la langue et l'insertion sur le marché du travail sont suffisantes. Selon l'ACS, des règles claires qui déterminent ultérieurement les responsabilités dans le domaine de l'intégration et de la prise en charge sont fondamentales. Le rapport intermédiaire du groupe d'évaluation du statut S vient d'apparaître et présente des conclusions préliminaires.

L'année 2022 a mis en évidence le fait que le domaine de l'asile constitue une tâche conjointe de Confédération, cantons, villes et communes. Dans le but d'une gestion de la crise et d'une coordination efficace, le niveau communal doit être consulté et associé aux discussions. L'ACS est représentée au sein des groupes de travail mis en place pour maîtriser la situation extraordinaire engendrée par le conflit russo-ukrainien, en premier l'état-major spécial Asile (SONAS), convoqué pour la première fois en mars 2022. L'ACS est également associée aux travaux des groupes de travail «ordinaires» qui traitent de l'hébergement et des procédures d'asile ou encore du programme Resettlement.

Luisa Tringale
Responsable de projet
Secteurs politiques asile et migration,
participation
ACS

Pénurie d'énergie: une crise de plus?

En 2022, de nombreux événements se disputent le titre de «crise de l'année». Après un été caniculaire, les conséquences de la guerre en Ukraine ont pris le dessus sur l'actualité, notamment une éventuelle pénurie d'énergie.

La Suisse importe 80% de son énergie. Cela signifie que notre pays n'est indépendant énergétiquement qu'à 20%. Jusqu'à maintenant, ces importations s'effectuaient à prix très bas. C'est avec la raréfaction de l'offre, notamment du gaz russe, que les prix ont explosé, mettant l'économie et les privés sous une pression jusque-là inimaginable. La situation actuelle très tendue et l'offre limitée nous ont fait rentrer dans une crise qui, si la demande venait à dépasser la production, déboucherait sur une pénurie. Si cette situation se concrétise, des coupures de courants toucheront la Suisse avec des conséquences désastreuses tant sur l'économie que les privés.

Cinq critères sont déterminants pour les prochains mois: le risque de pénurie est directement lié à la température hivernale. Nos importations sont également clés pour notre approvisionnement. Les regards sont actuellement tournés vers l'industrie française et sa capacité à remettre en marche ses centrales nucléaires. Le développement du conflit ukrainien influence aussi l'évolution des exportations actuellement à un niveau de 5% environ. La pluviométrie, qui détermine le remplissage de nos barrages, joue un rôle déterminant sur nos infrastructures fortement impactées par l'été caniculaire. Puis, finalement, le développement de la situation au sein des autres Etats européens qui seront à même – ou non – d'honorer leurs exportations.

Alors: on éteint tout?

Chaque mesure d'économie d'énergie doit être analysée individuellement car les communes répondent aux règles et

Eteindre ou ne pas éteindre? De nombreuses communes se posent cette question.

Photo: Shutterstock/Altrendo Images

législations existantes. Les communes sont à la fois employeurs (administrations communales), régies (parcs immobiliers et locaux tels que les salles de sport et piscines), spécialistes de la petite enfance (crèches et centres d'accueil extrascolaire) ou encore aménagistes extérieurs (parcs, jardins et cimetières).

Les différentes lois cantonales sur la circulation routière obligent un éclairage de toutes les routes cantonales au niveau des passages piétons. Le Canton de Neuchâtel est pour le moment le seul canton à avoir levé cette obligation et ainsi permettre aux communes d'éteindre les lumières à des horaires déterminés.

Le Münster bernois, d'abord éteint durant la nuit comme les autres bâtiments historiques de la ville, a vite retrouvé son éclairage nocturne. La raison: le

bâtiment se situe sur le couloir aérien de l'aéroport de Belp. Et, étant donné son caractère historique, il n'est pas équipé d'une lumière rouge à son sommet. Ces deux exemples permettent d'apercevoir la complexité et la véritable marge de manœuvre communale. Les règles de protection des travailleurs, de la petite enfance, des personnes en situation de handicap ou encore de sécurité routière sont autant de composantes de l'équation décisionnelle.

La sélection de chaque mesure se fait en mettant en balance la législation, les économies possibles et la qualité de vie. L'épineuse question des éclairages de Noël répond à cette logique avec le choix de la majorité des communes de maintenir un éclairage et des activités réduites tout en garantissant un lien social. L'éventail des mesures prises à ce jour et la créativité de

certaines administrations montrent la capacité d'adaptation des 2145 communes suisses qui, tout en jouant un rôle d'exemplarité, maintiennent l'exercice – presque normal – de leurs activités en faisant face à *une crise de plus*.

*Manon Röthlisberger
Responsable de projet
Secteurs politique d'énergie,
d'aménagement du territoire,
d'environnement et des transports
ACS*

Sur les pas d'Olivier Gfeller, syndic de Montreux

C'est par un mercredi pluvieux qu'Olivier Gfeller, syndic de Montreux, m'accueille dans son bureau. Par la fenêtre, l'on aperçoit le marché de Noël prendre forme. Cette ambiance nous permet de revenir sur une année riche en événements.

Montreux scintille, une photo de l'Avent 2019.

Photo: unsplash/Laura Nardi

Montreux, c'est plus de 26 000 habitants répartis sur 3341 hectares. C'est un festival de Jazz mondialement connu, une commune qui s'étend du lac aux montagnes et une ville de rencontres internationales. Montreux «redémarre» après plus de deux années de pandémie qui a largement impacté le tissu économique régional. Si le début de l'année a été marqué par une «sortie de crise progressive», d'autres événements internationaux et locaux ont rythmé l'année des Montreusiennes et des Montreusiens.

L'arrivée de réfugiées et de réfugiés ukrainiens marque la fin de l'hiver. Avec la mise sur pied rapide d'une cellule

d'accueil et la mise à disposition par les autorités d'un ancien site hospitalier. Parallèlement, le syndic Olivier Gfeller œuvre pour faire «redémarrer la vie culturelle et locale». Il rappelle que Montreux est «une constellation de villages avec des sociétés locales qui vivent grâce au bénévolat». Il relève la «résilience et la créativité» dont les entrepreneurs et le personnel communal ont fait face tant durant le COVID-19 que durant l'épisode marquant de la cyberattaque montreuusienne de 2021.

Au **printemps** dernier, la commune de Montreux s'est réveillée sous le choc. Cinq membres d'une famille se défendent depuis leur balcon d'un im-

meuble du centre-ville. «L'incompréhension était la plus totale» et, même si la police cantonale prend tout de suite en charge cette affaire, le syndic mobilisé sur les lieux «partage l'émotion et le choc des habitants du quartier». Un fait divers qui fait le tour de la Suisse romande et qui émeut au-delà des frontières communales. En parlant de ces événements, Monsieur Gfeller aborde une composante bien particulière de son poste: le lien et la proximité avec les habitants. Cet aspect est, dans ces situations particulièrement éprouvantes, marquant car «rien ne peut préparer à ce genre de tragédie».

C'est sur une note agréable que débute l'été avec une cuvée «magnifique» du Montreux Jazz Festival 2022 sur laquelle le syndic s'arrête quelques instants. «Ces moments ont marqué le retour à la normale avec des milliers de festivalières et festivaliers fidèles au rendez-vous.» Au même moment, ce sont aussi des centaines de cyclistes qui défilent à plus de 40 km/h au bord du lac. Le canton de Vaud s'affiche sur les écrans des fans de cyclisme du monde entier en accueillant le Tour de France sur ses routes. Mais l'été 2022, c'est aussi une canicule qui montre, une nouvelle fois, «la nécessité d'agir». Les projets sont nombreux à Montreux, tels que l'arborisation de certains quartiers, l'augmentation de l'offre de transports publics ou encore un projet de chauffage à distance.

Aux portes de l'automne, la crise énergétique se profile. Une crise qui occupe l'administration et les autorités montreuusiennes. Il est nécessaire de faire des économies tout en conservant «les

aspects les plus rassembleurs de Noël» comme la tenue du célèbre marché. Au cœur des travaux politiques figure la «préparation et l'anticipation» de la pénurie possible. Les employés doivent faire face à «une crise de plus qui met en test permanent l'administration et montre aussi l'adaptabilité des institutions et des employés».

*Manon Röthlisberger
Responsable de projet
Secteurs politique d'énergie,
d'aménagement du territoire,
d'environnement et des transports
ACS*

Olivier Gfeller, syndic de Montreux.

Photo: m&d/Céline Michel

Annonce

SUISSE PUBLIC
Expertise professionnelle suisse pour
les collectivités publiques et les grandes entreprises

Berne, 6–9 juin 2023

**Le plus important salon
suisse du secteur public**

www.suissepublic.ch

NOUVEAU FORMAT
DE SALON :
suissepublicsmart.ch

SMART

Organisatrice

Partenaires de patronage

**SÉCURITÉ AU TRAVAIL
EN SUISSE**

avantageux
éprouvé
complet
numérique

**La solution de branche
pour les Communes**

- Sécurité au travail, protection de la santé, gestion de la santé en entreprise: outil spécifique à la branche de détermination des dangers et de planification des mesures
- Effet préventif contre les accidents et leurs conséquences
- Format numérique, toujours disponible en ligne et hors ligne
- Offre de formations et prestations axée sur la pratique
- Économies de temps et de coûts

www.securite-travail.ch
Contactez-nous : Sécurité au travail en Suisse, +41 24 424 20 44
info@securite-travail.ch

«2022 a été un grand parcours

Comment une petite commune de montagne valaisanne et une grande commune de l'agglomération ont-elles perçu les effets de la guerre en Ukraine et la menace de pénurie d'électricité? La double de Vérossaz (VS) et le maire d'Ostermundigen (BE) Thomas Iten.

Crise du coronavirus, crise ukrainienne, crise énergétique – les situations exceptionnelles semblent ne pas vouloir s'arrêter. Muriel Favre, l'année 2022 a-t-elle été plus difficile que d'habitude pour vous en tant que présidente de la commune de Vérossaz?

Muriel Favre: L'année 2022 a été plus difficile, principalement en raison du climat anxieux qui règne. L'incertitude est latente, et le budget des ménages ainsi que celui de la commune sont incertains.

Suite à l'attaque russe sur l'Ukraine, des dizaines de milliers d'Ukrainiens se sont réfugiés en Suisse – et donc dans les communes suisses. La Confédération et le canton ont-ils suffisamment soutenu les communes?

Je ne souhaite pas porter ici de jugement de valeur tant cette situation est difficile et inédite pour tous les acteurs. Je dirais qu'au vu de l'urgence, chacun a fait au mieux avec les moyens qui étaient à sa disposition.

En Suisse, l'énergie risque de se faire rare. Votre commune a-t-elle décidé de prendre des mesures d'économie?

Des mesures sont en cours depuis plusieurs années avec des investissements réguliers sur le réseau d'éclairage public. Une grande partie du réseau est de type LED et est équipée de capteurs qui permettent de réguler l'éclairage. En dix ans, la consommation liée à l'éclairage public a diminué de 50%. D'autres mesures sont prévues pour l'assainissement énergétique des bâtiments et des installations communales. Nous finançons également des mesures de soutien pour favoriser les installations photovoltaïques et le remplacement des chauffages.

La pandémie pourrait reprendre et la crise ukrainienne s'aggraver. Avec quels sentiments envisagez-vous la nouvelle année?

C'est difficile, émotionnellement parlant. Mais l'optimisme doit rester une priorité, il nous faut nous appuyer sur les expériences du passé pour construire un futur plus serein.

Où se situe votre commune en matière d'administration numérique et d'eGouvernement?

Tout reste à faire, l'implémentation des technologies de cyberadministration, d'information et de communication sont les prochains défis importants qui nous attendent.

Si vous aviez un souhait à formuler dans votre fonction de présidente de commune, que serait-il?

Offrir un bon cadre de vie et maintenir les familles sur la commune. Vérossaz est la commune valaisanne avec le plus grand nombre de jeunes, qui représentent 26% de la population.

*Fabio Pacozzi
Responsable
Communication
ACS*

Muriel Favre plaide pour que l'on mette à profit les périodes difficiles pour réfléchir aux leçons du passé.

Photo: m&d/Muriel Favre

De nombreuses administrations communales se plaignent d'un manque de personnel qualifié. Le ressentez-vous également à Vérossaz?

Notre situation ne nous permet pas de financer des services techniques, nous avons donc opté pour des collaborations intercommunales ainsi que pour des mandats ponctuels avec des bureaux spécialisés. Ces personnes sont donc d'une manière générale impliquées dans la vie locale et dans leur travail.

de montagnes russes»

bernoise ont-elles vécu cette année 2022 mouvementée? Dans quelle mesure interview de fin d'année avec la présidente de commune Muriel Favre

Crise du coronavirus, crise ukrainienne, crise énergétique, les situations exceptionnelles semblent ne pas vouloir s'arrêter. Thomas Iten, l'année 2022 a-t-elle été plus difficile que d'habitude pour vous en tant que président de la commune d'Ostermundigen?

Thomas Iten: J'ai vécu l'année 2022 comme un parcours de montagnes russes. Au début de l'année, nous étions encore confrontés aux tests de masse et à la fermeture de classes. Et ensuite cette guerre terrible. Dans le même temps, des manifestations annulées pendant deux ans ont à nouveau pu avoir lieu en été. L'année a en tout cas été riche en émotions contradictoires.

Suite à l'attaque russe sur l'Ukraine, des dizaines de milliers d'Ukrainiens se sont réfugiés en Suisse, et donc dans les communes suisses. La Confédération et le canton ont-ils suffisamment soutenu les communes?

Au début, cela a pris du temps jusqu'à ce que «le moteur soit lancé». Maintenant, cela marche bien. Nous recevons par exemple une newsletter du canton avec toutes les informations importantes pour les communes.

En Suisse, l'énergie risque de se faire rare. Votre commune a-t-elle décidé de prendre des mesures d'économie?

Dans un bâtiment scolaire, nous avons équipé les radiateurs de capteurs intelligents afin que les salles de classe soient chauffées de manière optimale. Nous avons par ailleurs prévu des installations bicombustibles dans deux immeubles communaux, et un bâtiment sera raccordé plus rapidement que prévu à un réseau de chauffage à distance.

La pandémie pourrait reprendre et la crise ukrainienne s'aggraver. Avec quels sentiments envisagez-vous la nouvelle année?

Société, économie ou culture, nous devons tous appréhender ces thèmes avec le respect nécessaire. Comme l'expérience l'a montré, il est important de rester calme. Dès qu'il y a du stress et de la nervosité, ce ne sont pas forcément

d'évaluation classique du personnel au moyen d'un formulaire avec des croix a été modernisé pour devenir un véritable dialogue.

Où se situe votre commune en matière d'administration numérique et d'eGouvernement?

Notre plus grand pas en matière de numérisation a eu lieu pendant la pandémie. Nous avons par ailleurs mis en place des projets de la Confédération et du canton, par exemple eDéménagement. Nous introduisons maintenant d'autres outils. Personnellement, j'aimerais que la numérisation aille plus vite. Mais on doit aussi tenir compte du fait que la moitié environ de nos collaborateurs et collaboratrices sont rarement en contact avec le «monde numérique» dans leur travail quotidien.

Si vous aviez un souhait à formuler dans votre fonction de président de commune, quel serait-il?

Nous devrions réfléchir à nos valeurs, davantage débattre des problèmes en commun autour d'une table et avoir le courage d'essayer quelque chose de neuf.

*Fabio Pacozzi
Responsable
communication
ACS*

Traduction: Marie-Jeanne Krill

Thomas Iten, président de la commune d'Ostermundigen, jette un regard rétrospectif sur une année 2022 mouvementée, dans un sens positif mais aussi négatif.

Photo: mäd/Christoph Ammann Photography

ment les meilleures solutions qui se dégagent.

De nombreuses administrations communales se plaignent d'un manque de personnel qualifié. Le ressentez-vous également à Ostermundigen?

La pénurie de personnel qualifié est un thème partout. Nous nous y sommes attaqués en introduisant un nouveau système salarial. Lorsqu'il est difficile de repourvoir un poste, nous pouvons nous adapter à la situation du marché grâce à un salaire plus élevé. L'entretien

Les communes genevoises font campagne

«Ma commune, mon quotidien» est le slogan de la campagne d'affichage des communes genevoises qui valorise le rôle qu'elles jouent dans la vie quotidienne de leurs citoyens et citoyennes.

Une des illustrations de la campagne de l'Association des communes genevoises.

Illustration: màd/ACG

«Ça ne se voit pas, mais qu'est-ce qu'on bosse!», a déclaré Gilbert Vonlanthen récemment aux médias, président de l'Association des communes genevoises (ACG), relevant que l'objectif de la nouvelle campagne de l'ACG est «d'informer la population sur la diversité des services proposés par leurs communes, car ils restent méconnus!». L'idée de la campagne est partie du constat que la population ne fait pas le lien entre les prestations dont elle bénéficie et les communes, quand bien même les communes genevoises représentent l'échelon institutionnel le plus proche des citoyens et citoyennes. Grâce la campagne, «on découvre en un coup d'œil les différents domaines gérés par les municipalités à Genève».

Les communes genevoises ont du mérite

Genève figure parmi les cantons dans lesquels les communes ont le moins de compétences propres. En effet, contrairement à leurs consœurs des autres

cantons, les communes genevoises ne perçoivent qu'environ 20% des contributions fiscales prélevées sur le canton. Néanmoins, malgré cette répartition, elles réussissent à consacrer des montants importants à des politiques publiques comme la culture et le sport, les loisirs, les crèches, les écoles et le service parascolaire.

C'est dans le cadre de cette petite portion – dont elles font usage pour la reverser comme contribution sous forme de services et de prestations à la population – que les communes genevoises ont estimé qu'il était important de «faire leur pub» et de communiquer avec la puissance des images.

Le rôle des communes souligné dans cette campagne est d'autant plus important, puisqu'elles ont des obligations légales qui les lient à des charges dynamiques qui, elles, ne cessent de croître! L'exemple le plus emblématique est le service parascolaire: un service obligatoire inscrit dans la Constitution genevoise et à charge des com-

munes. A lui seul, il représente un budget conséquent qui avoisine les 100 millions de francs.

C'est un fardeau onéreux, certes, mais dont les communes sont fières, étant donné que Genève accueille, de manière inconditionnelle et à des prix adaptés aux revenus des parents, les élèves fréquentant l'enseignement primaire de l'école publique. La participation financière des parents (environ 20%) est par ailleurs la plus faible de Suisse.

Une organisation faitière pour rassembler leurs intérêts

Si les communes genevoises communiquent aujourd'hui de concert sur leurs prestations, c'est bien parce qu'elles se sont organisées pour mettre en commun une partie de leurs ressources et de les allouer de manière solidaire aux politiques publiques.

Au top de cette organisation se trouve un groupement intercommunal institué par la loi: l'Association des communes

genevoises, qui réunit l'ensemble des magistrats et magistrats communaux des 45 communes genevoises. Elle poursuit un double objectif.

D'un point de vue politique et institutionnel, l'association défend les intérêts des communes genevoises et est l'interlocuteur privilégié du Conseil d'Etat quand il souhaite s'adresser à l'ensemble des communes. Elle porte ainsi, auprès du canton et des entités parapubliques, la voix des communes dont les rôles de proximité et d'écoute des citoyens et citoyennes sont si importants dans notre système démocratique.

D'un point de vue d'efficacité, l'ACG gère des fonds et des groupements (comme le Groupement intercommunal pour l'animation parascolaire, GIAP) pour ses membres. La force des communes réside dans ce modèle de solidarité intercommunale, qui s'est concrétisé par les renforcements de la péréquation financière intercommunale ainsi que par le développement des fonds intercommunaux, à l'exemple du Fonds intercommunal qui finance les projets d'importance intercommunale (des projets culturels, sportifs, et autres).

Les communes sont conscientes de la disparité de traitement en fonction du lieu de résidence des contribuables. Dès lors que le canton de Genève souhaite transférer davantage de tâches, les communes ont mis en place un système qui, au travers de la péréquation intercommunale, permet de redistribuer des ressources des communes les plus riches vers les communes les moins aisées, afin de prendre des responsabilités supplémentaires de manière égalitaire.

Et bien entendu, dans l'intérêt des citoyens et citoyennes, pour qui leur commune est leur quotidien!

Leila Bernasconi
Conseillère de direction,
chargée de la communication
Association des
communes genevoises

Informations:

<https://geneve-communes.ch>

Que font les communes genevoises?

Les communes genevoises aménagent et entretiennent les parcs, fontaines et places de jeux. Elles veillent à l'entretien et à la propreté des routes, du patrimoine bâti et mettent en place des points de collecte de déchets et des démarches de développement durable. Sur le canton, elles déploient 360 agents et agentes municipales. Elles financent l'art, la culture et les bibliothèques, et les infrastructures sportives. Elles organisent ou soutiennent des fêtes et manifestations. Elles proposent des activités stimulantes aux jeunes et apportent leur soutien aux personnes âgées. Elles mettent à disposition des places en crèches et d'accueil familial de jour

afin de permettre aux parents de concilier vie familiale et vie professionnelle. Dans la même intention, elles fournissent des repas équilibrés aux écoliers, et organisent les activités parascolaires. Elles financent et entretiennent les bâtiments scolaires. Organisées en groupement intercommunal, les communes financent la prévention des sinistres et la lutte contre les incendies. C'est aussi dans leur commune que les citoyennes et citoyens bénéficient des services des mairies. Ces dernières célèbrent les mariages, enregistrent les naissances et offrent plusieurs démarches administratives concernant l'état civil.

Le but de la campagne est d'informer la population sur la diversité des services proposés par leurs communes.

Illustration: mād/ACG

CADDY 75 litres

SÄNTIS 150 litres

CERVIN 400 litres

SAN GOTTARDO 500 litres

Pour bien préparer l'hiver.

TAUFIX Box.

Conteneurs pour sel à dégeler.

Attractif, robuste, sûr, mobile, anti-corrosion et sans entretien.

Une marque des
**SCHWEIZER
SALINEN
SALINES
SUISSES**

Contactez-nous:
T 061 825 51 15 ou ksc@saline.ch
Salines Suisses SA
Schweizerhalle, CH-4133 Pratteln 1, www.salz.ch

TAUFIX®
SCHWEIZER AUFTAUSALZ
SEL À DÉGELER SUISSE
SALE DISGELO SVIZZERO

Car je m'appuie sur des partenaires forts

Previs Prévoyance compte parmi les dix plus grandes institutions collectives et communes. Une longue tradition dans le domaine du service public, des solutions de prévoyance flexibles et une qualité de service au plus haut niveau: voilà ce pour quoi nous nous engageons depuis plus de 60 ans.

Deux partenaires forts: l'Association des Communes Suisses (ACS) et la Previs.

www.previs.ch

previs
Quand prévoyance rime avec transparence

Modernisation de la statistique de l'aide sociale

La statistique de l'aide sociale, qui fournit des données importantes pour les communes, est en cours de modernisation. Elle doit ainsi devenir plus fiable, plus actuelle et plus simple à utiliser.

La statistique de l'aide sociale est un instrument incontournable de la politique sociale.

Illustration: Shutterstock/kirill_makarov

La statistique des bénéficiaires de l'aide sociale est le fruit d'une collaboration entre la Confédération, les cantons et les communes. Elle fournit des informations de pilotage dans le domaine de l'aide sociale et est un instrument in-

contournable de la politique sociale. Ses fondements théoriques ont été posés il y a plus de 20 ans et vont être adaptés aux besoins actuels dans le cadre d'un projet de modernisation.

La modernisation de la Statistique de l'aide sociale a été menée à partir de janvier 2021 dans le cadre d'un processus itératif. L'Office fédéral de la statistique (OFS) a élaboré les bases conceptuelles au sein de groupes de travail, en

Voix sur la nouvelle statistique de l'aide sociale

Photo: màd/Urs Bucher

Roger Hochreutener, président de la commune d'Eggersriet, délégué de l'ACS

«Pour les communes et les villes, qui sont les principaux livreurs de données, il était clair dès le départ que la collecte des données devait exiger beaucoup moins de travail qu'auparavant. Les grandes communes disposent de systèmes de gestion des dossiers qui peuvent livrer périodiquement les données si l'architecture des données est définie. Les fournisseurs de systèmes de gestion de dossier doivent donc connaître les catalogues de données de base harmonisés pour construire les interfaces nécessaires. Cela exige une certaine anticipation dans la planification des versions informatiques.

Les systèmes de gestion des dossiers peuvent toutefois faire plus que traiter uniquement des données statistiques. Aujourd'hui, les directives du domaine de l'asile et des réfugiés peuvent être traitées avec les plans d'intégration aussi bien que les données financières dans les dossiers individuels. Il était donc décisif que le groupe de projet comprenne aussi des praticiens qui ne recherchent pas uniquement des solutions à large échelle, mais qui se focalisent aussi sur les besoins des services sociaux, plus faciles à cerner. Disposer de données fiables ainsi que d'une gestion de dossiers consolidée importe aussi pour le suivi des thèmes sociaux. Les services sociaux peuvent obtenir des remboursements auprès

d'assureurs et de clients de multiples manières. Pour ce faire, les données doivent être fiables au niveau des versements effectués, des remboursements et des prestations de tiers sur de longues périodes. Dans cette perspective, il n'est plus adapté de maintenir une gestion manuelle des dossiers ni de ne pas mettre à jour les comptabilisations d'aide sociale. Un système de gestion des dossiers intégré s'avère payant, car il permet non seulement de disposer de données statistiques à court terme, mais aussi d'établir des informations sur la durée de perception de la prestation et au-delà. Un changement successif au cours des deux ou trois prochaines années est tout à fait possible et apporte à tous les acteurs une plus-value importante dans le travail quotidien.»

Photo: ACS

Boris Tschirky, membre du comité de l'ACS, président de la commune de Gaiserwald

«La Confédération et les cantons ont demandé une révision de la statistique de l'aide sociale afin que les décisions sur les thèmes sociaux reposent sur des bases plus actuelles et plus diversifiées. Ainsi, les décisions du Parlement suisse et des cantons seront mieux comprises. De plus, les communes et les villes accèderont à toutes les informations pour l'établissement des analyses statistiques via un portail web.

L'Union des villes suisses et l'Association des communes suisses (ACS) accordent une importance particulière au fait que la collecte des données générera moins de travail que le système actuel. Une récolte de données en fin d'année n'apporte pas d'informations importantes sur les cycles annuels; des analyses régulières et automatisées sont de ce point de vue beaucoup plus pertinentes.»

Photo: màd/OFS

Marc Dubach, Office fédéral de la statistique

«Un traitement systématique des séries de données fiables permet l'utilisation multiple des données. L'établissement de résultats anonymisés est également précieux pour les travaux scientifiques. A l'avenir, lorsque les données ne se limiteront pas aux seules données de l'aide sociale, mais qu'elles incluront aussi des données des assurances sociales ainsi que d'autres statistiques, on obtiendra des données globales plus complètes. Pour l'office statistique, cette coopération à tous les niveaux de l'Etat ainsi qu'avec les autres partenaires constitue un projet innovant et tourné vers l'avenir. Il s'avère que même des volumes de données très complexes peuvent être intégrés et traités si les conditions techniques sont réunies et si les partenaires ont la volonté d'atteindre un objectif commun.»

L'illustration montre le flux de données dans la statistique de l'aide sociale modernisée.

Illustration: Office fédéral de la statistique

collaboration avec des représentants des autorités sociales des cantons, des communes et des villes, des services sociaux, des offices cantonaux de statistique et la CSIAS. Se basant sur le choix de la variante en fin 2020, l'OFS a notamment pu contrôler les travaux de conception à l'aide de données pilotes et en discuter avec les fournisseurs. Les travaux ont été consolidés en étroite collaboration avec le groupe de pilotage de la modernisation, composé de représentants de la Confédération, des cantons, des villes et des communes.

Transmission mensuelle

La statistique modernisée consiste en une transmission mensuelle de données productives et issues de la gestion des dossiers des fournisseurs de données. L'analyse des données sera effectuée sur la base de données traitées par l'OFS de manière automatisée. Le catalogue des données à fournir a été considérablement réduit par rapport à la statistique annuelle existante. Les variables que les fournisseurs de données transmettent à l'OFS par le biais de sedex consistent en 20 données de base contenant des informations sur les per-

sonnes et les dossiers. Les autres analyses se basent sur des données provenant de la comptabilité des clients, qui sont extraites sous forme de tableau comptable et harmonisées à l'OFS. Des appariements statistiques permettront d'utiliser des informations provenant d'autres sources statistiques afin, d'une part, d'alléger encore la charge des fournisseurs de données et, d'autre part, de faire progresser l'utilisation multiple des données statistiques pour mettre à disposition des parties prenantes des indicateurs pertinents pour le pilotage. Les résultats statistiques sont publiés sur la page d'accueil de l'OFS, comme par le passé.

Les travaux de mise en œuvre sont prévus de janvier 2023 à fin 2024. Ils créeront les conditions qui permettront aux services fournisseurs de données d'effectuer des livraisons à la Statistique de l'aide sociale selon le modèle modernisé, à partir de janvier 2025. Les fournisseurs de données auront la possibilité de consulter des évaluations mensuelles et de les réutiliser. Ces évaluations en cours d'année peuvent apporter une plus-value au pilotage, surtout en période de forte dynamique.

pas de leur propre système de gestion des dossiers.

Avec les indicateurs mensuels, les fournisseurs de données seront informés de la qualité des données qu'ils livrent et bénéficieront d'un suivi de la qualité pour une optimisation continue des données.

L'OFS relève les plans comptables directement auprès des fournisseurs de données afin de préparer leur harmonisation. Pour ce faire, l'OFS attribue les positions comptables des fournisseurs aux variables d'analyse statistique et garantit ainsi la comparabilité des analyses. Il convient d'automatiser autant que possible le processus de traitement utilisé pour la préparation des livraisons régulières de données. Pendant la phase de réalisation, les traitements seront mis en œuvre à l'aide de livraisons de tests, et l'accès aux résultats par un portail web, prévu dans la phase de conception, va lui aussi être réalisé et testé.

Marc Dubach
 Chef de section Aide Sociale
 Office fédéral de la statistique (OFS)

Informations:
www.bfs.admin.ch

La modernisation de la statistique de l'aide sociale offre les améliorations suivantes:

- renforcement des analyses
- fiabilité et pertinence des indicateurs pour le pilotage
- réduction significative de la durée entre la collecte des données et leur publication
- réduction de la charge pour les fournisseurs de données

Sélectionner et transmettre les données pertinentes

Avec la statistique modernisée, les données productives seront extraites des systèmes de gestion des dossiers et transmises chaque mois. Il s'agit pour les fournisseurs de sélectionner les données administratives et comptables pertinentes et de les transmettre à l'OFS selon une procédure définie. Dans la phase de réalisation, l'extraction et la transmission des données sont testées avec des livraisons de tests. Un outil de saisie sera mis à la disposition des services ne disposant

SuisseEnergie encourage les communes actives

Les villes, communes et régions ont un rôle décisif à jouer pour atteindre les objectifs de la Stratégie énergétique suisse 2050. «SuisseEnergie pour les communes» les soutient pour mettre en œuvre leurs projets.

La Confédération soutient les communes dans leur politique énergétique et climatique.

Photo: màd

Les objectifs de la Stratégie énergétique 2050 et de l'Accord de Paris sur le climat sont clairs. Ils demandent notamment de passer aux énergies renouvelables, d'optimiser l'efficacité énergétique et de promouvoir la mobilité durable. Les villes et communes suisses sont invitées à fixer leurs propres objectifs énergétiques et à prendre les mesures nécessaires, ce qui peut représenter un grand défi pour la plupart d'entre elles ou pour les associations de communes, généralement plus

petites, qui manquent souvent tout simplement de moyens. «SuisseEnergie pour les communes», un programme actif et varié, d'encouragement et de soutien de l'Office fédéral de l'énergie (OFEN), met des subventions à disposition des villes, des communes et des régions.

Un soutien adapté à chaque commune
Le «Programme de soutien» de SuisseEnergie pour les communes apporte

son support aux villes, communes et régions qui mènent déjà activement une politique énergétique et climatique ou qui aspirent à le faire. Ce programme propose différentes catégories de soutien, selon le stade de développement et les besoins. La catégorie «Communes pionnières» s'adresse aux villes ambitieuses qui appliquent déjà des concepts ou des stratégies Smart City ou 2000 watts/zéro émission nette et qui souhaitent les harmoniser. Les villes

et les communes faisant partie d'un réseau intercommunal peuvent soumettre des idées de projets dans la catégorie «Région-Energie». Les «Villes et communes innovantes» en termes de politique énergétique et climatique ont la possibilité, grâce à la catégorie du même nom, de réaliser des projets individuels dans les domaines de la mobilité, du bâtiment, des énergies renouvelables ainsi que des installations et des processus dans le secteur de l'in-

bilité, génère des coûts et des efforts importants. C'est là qu'intervient le programme de soutien: il se concentre sur la planification stratégique et l'élaboration des bases, allant des concepts jusqu'à l'élaboration du projet, et donne ainsi un élan à la réalisation de stratégies et de projets dans les domaines de l'énergie et du climat.

Projet pionnier de la commune de Triengen

Triengen, dans le canton de Lucerne, a obtenu une subvention en 2021 dans la catégorie «Villes et communes innovantes» pour son projet «Mise en œuvre de la planification territoriale de l'approvisionnement en chaleur et en froid». L'objectif est de réaliser les premières mesures de la planification énergétique territoriale dans le domaine de la production de chaleur et de froid de la commune datant de 2020. Triengen réalise à cet effet une étude de faisabilité approfondie en collaboration avec les

exploitants actuels et des exploitants potentiels. Ensemble, ils étudient la poursuite du développement d'une zone alimentée par un réseau de chaleur au centre de la commune ainsi que la réalisation d'un nouveau réseau à Winikon. Mais Triengen va encore plus loin: la commune joue un rôle actif dans le développement des réseaux de chaleur et s'efforce d'examiner le plus tôt possible le raccordement des bâtiments communaux au réseau. En outre, la commune a introduit des dispositions en matière d'énergie dans le règlement des constructions et des zones et planifie une séance d'information pour la population.

Jaqueline Kost, responsable du secteur des constructions à Triengen, dit: « Grâce au soutien visant à encourager les projets de «SuisseEnergie pour les communes», nous pouvons davantage assumer le rôle actif souhaité dans la définition des objectifs énergétiques et climatiques et mettre en œuvre des mesures importantes.»

Le but de Triengen est, au terme du projet, d'établir les bases nécessaires au développement de son réseau de chaleur. De plus, tous les propriétaires de la commune devront être informés des possibilités de chauffage renouvelable pour leur bien immobilier. Le projet a convaincu le jury d'experts par ses objectifs ambitieux, son dossier de candidature impeccable et ses idées innovantes. Ce projet est en cours depuis janvier 2022 et se déroulera jusqu'en décembre 2023.

Patrick Schenk

Chef de projet externe du Programme de soutien de

SuisseEnergie pour les communes

Bilan énergétique de la Région Surselva

La Région-Energie Surselva a établi son premier bilan énergétique régional en 2017. Elle a examiné quelle était sa consommation d'énergie et la manière dont celle-ci pouvait être couverte par des énergies renouvelables. Depuis lors, elle actualise régulièrement son bilan énergétique et dispose ainsi d'une base de discussion et d'une aide à la décision pour concevoir et planifier son avenir énergétique. Lors de l'établissement du bilan initial en 2017 et de sa mise à jour en 2021, Surselva a pu profiter à deux reprises du programme de soutien Région-Energie. Le bilan actualisé en 2021 a montré que 1) la région offrait un grand potentiel d'énergies renouvelables encore inexploité, 2) le remplacement des combustibles fossiles plafonnait à un niveau plutôt bas et 3) la consommation de chaleur et d'électricité (absolue et par habitant) n'a cessé d'augmenter. Sur cette base, la région a pris des mesures et adapté la suite de son action. Son objectif: le prochain bilan énergétique doit démontrer les progrès et le succès de ces mesures en vue d'atteindre les objectifs climatiques de Paris. La réussite du projet repose sur le fait que le bilan énergétique régional a été réparti sur les douze communes de la région et que chaque commune a obtenu son propre bilan énergétique.

dustrie et des services.

Lors du dernier appel à projets en 2021, quelque 330 villes et communes ont posé leur candidature. Parmi celles-ci, 250 ont été retenues et ont bénéficié de subventions d'un montant total d'environ 3 millions de francs.

Des subventions pour des études et le monitoring

L'examen de projets potentiels, par exemple sous forme d'études de faisabilité,

Le prochain appel à projets sera lancé le 1^{er} mars 2023

Profitez vous aussi des subventions de SuisseEnergie pour les communes! A partir du 1^{er} mars 2023, vous pourrez à nouveau soumettre une ou plusieurs idées de projet et obtenir un soutien pour réaliser vos objectifs énergétiques et climatiques. La date limite de soumission est le 31 juillet 2023. Vous trouverez davantage d'informations dès le 1^{er} mars 2023 sur le programme de soutien sur <https://www.local-energy.swiss/fr/programme/projektfoerderung.html/#/>

Renoncer à l'éclat des lumières de Noël

Dans de nombreuses communes, les illuminations de Noël ne seront pas au rendez-vous cette année. Face aux menaces de pénurie d'énergie, les autorités veulent montrer l'exemple.

La petite ville de Sursee ne renonce que partiellement à l'éclat des lumières de Noël.

Photo: mäd/Bruno Meier

Worb (BE) est depuis 2005 dotée du label Cité de l'énergie et a, selon ses propres dires, fait de «très grands progrès en matière d'économies d'énergie et d'approvisionnement en énergie durable», notamment grâce à des installations photovoltaïques sur cinq toits de bâtiments d'école et de jardins d'enfants ainsi qu'au raccordement de quatre bâtiments scolaires au réseau de chauffage à distance. Selon le conseiller communal Adrian Hauser, les économies d'énergie ont notamment été réalisées grâce au passage à des éclairages LED pour les rues et les bâtiments. En raison des menaces de pénurie d'énergie, le Conseil communal de la commune de 11 566 âmes a décidé de prendre diverses mesures pour économiser l'énergie dans l'espace public. Parmi elles figure la renonciation aux illuminations de Noël cette année.

Peu de réactions

Pour Worb, cette décision signifie concrètement: pas d'étoiles lumineuses sur les lampadaires, pas d'arbres de

Noël avec des guirlandes lumineuses dans l'espace public pendant la période de l'Avent et de Noël. «Nous avons pris cette décision parce que nous avons voulu en tant que commune assumer notre rôle de modèle vis-à-vis de la population et des entreprises», argue Adrian Hauser. Selon lui, cette mesure a plutôt un caractère de signal car les économies obtenues grâce à la renonciation aux illuminations de Noël ne devraient pas être si importantes. Jusqu'ici, il n'y a pas eu de réactions du côté de la population ou des entreprises. «Nous sommes persuadés que

les gens peuvent comprendre ces mesures», affirme-t-il.

Dans la commune argovienne d'Oftringen, le Conseil communal renonce également cette année aux quelque 120 étoiles de l'Avent le long des axes principaux, explique le maire Hanspeter Schläfli. Les arbres de Noël sont en revanche aussi décorés cette année, mais avec des guirlandes LED. «Une telle décision est en principe regrettable, mais c'est aussi un signe des temps de prendre les mesures adaptées dans des situations difficiles et donner l'exemple», fait valoir Hanspeter Schläfli.

«Nous sommes persuadés que les gens peuvent comprendre ces mesures.»

Adrian Hauser, conseiller communal Worb

Commencer plus tard, arrêter plus tôt

Comme à Worb, Oftringen et d'autres communes et villes, les illuminations de Noël sont aussi sur la sellette à Sursee (LU). Dans la petite cité au bord du lac de Sempach, elles ne sont toutefois pas totalement supprimées, comme le souligne Erich Felber, responsable du secteur numérique et projets et président de la communauté d'intérêt «Soorser Wiehnacht». Cela signifie que les illuminations sont réduites dans certains endroits et qu'elles sont allumées moins longtemps. Dans la vieille ville, elles n'ont débuté que le 24 novembre et non comme d'habitude le 17 et elles seront éteintes et démontées le 6 janvier déjà au lieu du 12. Et on renonce par ailleurs totalement aux traditionnelles illuminations de Noël le long de la rue de la Gare.

Solutions créatives

Pendant que les illuminations de Noël brillent dans la vieille ville, l'éclairage normal des rues est éteint. La puissance des ampoules LED a été réduite de 15 à 0,7 watt. Selon Erich Felber, la com-

«Grâce à ces mesures, nous voulons donner l'exemple et apporter une petite contribution aux économies d'énergie.»

Erich Felber, responsable du secteur numérique Sursee

mune a aussi renoncé aux illuminations sur des arbres ainsi qu'aux rideaux lumineux sur des bâtiments. Les arbres de Noël près de l'hôtel-de-ville et à la rue de la Gare sont en revanche richement décorés. Devant l'hôtel-de-ville, l'arbre est orné par des écoliers. Une solution créative a aussi pu être trouvée pour l'action «Vieille ville illuminée». L'association de quartier et la communauté d'intérêt des commerçants de la vieille ville décorent et éclairent les rues avec des bougies et des lanternes.

Donner l'exemple

«Grâce à ces mesures, nous voulons donner l'exemple et apporter une petite

contribution aux économies d'énergie», relève Erich Felber. Il est conscient qu'elles n'auront qu'une influence marginale sur la consommation d'électricité. L'écho dans la population est resté mesuré jusqu'ici. «A côté de quelques réactions négatives, l'attitude de la population a été généralement positive», constate Erich Felber.

Fabrice Müller

Traduction: Marie-Jeanne Krill

Initiative économie d'énergie Hiver de la Confédération

La Confédération a lancé l'Initiative nationale économie d'énergie Hiver. La campagne qui l'accompagne montre aux particuliers ainsi qu'aux entreprises comment réduire immédiatement leur consommation d'énergie grâce à des mesures simples. En tant que membre de l'Alliance pour les économies d'énergie, l'Association des Communes Suisses reconnaît que la menace de pénurie d'électricité est un problème sérieux et soutient les efforts visant à réduire la consommation d'énergie. L'Alliance pour les économies d'énergie regroupe des organisations qui, d'une part, soutiennent pleinement les efforts visant à garantir la sécurité d'approvisionnement en hiver et, d'autre part, mettent en œuvre, sur une base volontaire, des mesures en faveur d'une utilisation efficace et économe de l'énergie. Les communes sont également mises à contribution. Cet article fait partie d'une série dans laquelle «Commune Suisse» présente des exemples de bonnes pratiques de communes qui ont lancé des initiatives pour une gestion durable de l'énergie.

Plus d'informations:
www.chgemeinden.ch
www.stopgaspillage.ch

«Le potentiel d'économie est appréciable»

Comment Jörg Haller, responsable éclairage public/Smart City aux Services industriels du canton de Zurich (EKZ), juge-t-il la tendance de cette année à renoncer aux illuminations de Noël dans l'espace public?

De nombreuses communes et villes renoncent cette année partiellement ou totalement aux illuminations de Noël afin d'économiser de l'électricité. Que pensez-vous de cette mesure?

Jörg Haller: D'un côté, nous sommes tous invités à économiser de l'énergie; de l'autre, les illuminations de Noël font partie de notre culture et diffusent une atmosphère pleine d'émotions. Il faut faire preuve de mesure afin également de tenir compte de la réduction des émissions de lumière indésirables.

Quel est le potentiel d'économie en cas de suppression partielle ou totale des illuminations de Noël?

Par rapport à l'ensemble de la consommation d'énergie, le potentiel d'économie est appréciable, notamment si des ampoules LED sont utilisées.

Renoncer totalement ou limiter dans le temps? Qu'est-ce qui est le plus utile?

Nous plaidons pour un compromis équilibré: limiter dans le temps mais ne pas interdire. Contrairement à l'éclairage public, les illuminations de Noël n'ont pas une fonction sécuritaire, mais donnent à beaucoup de gens un sentiment de bien-être, si elles sont mise en place avec mesure.

Quelles sont les différences entre les systèmes d'éclairage pour les illuminations de Noël? Existe-t-il aussi des ampoules LED «économiques» qui ne consomment que peu d'électricité?

Oui, il existe des illuminations de Noël LED très économiques. Il y a toutefois le risque que cette consommation économique provoque au total beaucoup plus de lumière ou plus longtemps, induisant un effet de rebond. Cela signifie que les économies initiales sont annulées.

Die digitale Entwicklung in den Gemeinden ist lanciert

Die Digitalisierung der Behördenleistungen schreitet stetig voran. So auch im vergangenen Jahr. Auf Bundesebene wurde die Digitale Verwaltung Schweiz gegründet, auf Kantonsebene setzten Projekte wie «fit4digital» wichtige Akzente.

Seit Anfang 2022 arbeitet auf nationaler Ebene die neue Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS), welche «die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltungen zwischen und innerhalb der drei Staatsebenen» fördern soll. Entstanden ist die neue Institution aus den beiden vorherigen Organisationen E-Government Schweiz und der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK). Fundamental dabei ist, dass alle drei Staatsebenen – Bund, Kantone und Gemeinden – die Ziele zusammen umsetzen. Auch der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) beteiligt sich an der DVS.

Die Gemeinden sind wohl jene Staatsebene, die am engsten in Kontakt mit der Bevölkerung steht. Deshalb sind sie auch zentral, wenn es darum geht, Behördenleistungen künftig digital anbieten zu können. Die DVS unterstützt dies über konkrete Projekte. Gerade für gemeinsame nationale Dienstleistungen wie eine elektronische Identifikation E-ID kann dieser Ansatz den geforderten Mehrwert schaffen.

Die wesentlichen Umsetzungsprojekte aber finden weit weg von Bundesbern in den Kantonen zusammen mit den Gemeinden statt. Der Kanton Aargau hat etwa zusammen mit seinen Gemeinden die Umsetzungsorganisation «fit4digital» gegründet, die sich der Digitalisierung von zentralen kantonalen und kommunalen Behördenleistungen annimmt. Finanziert wird die Organisation von Kanton und Gemeinden gemeinsam. Auch der Kanton Thurgau setzt auf dieses Modell und hat das Programm «Digitale Verwaltung Thurgau» lanciert. Beide kommunal-kantonalen Programme fokussieren auf zentrale Portallösungen, die in Zukunft Behördenleistungen unab-

Die Digitalisierung beschäftigt die Gemeinden stark.

Bild: Shutterstock/13_Phunkod

hängig von der jeweiligen Staatsebene anbieten werden.

Im Kanton Freiburg gibt es einen virtuellen E-Government-Schalter schon länger. Unterdessen kann man dort digitale Betriebsregisterauszüge, Handelsregisterauszüge, Fischereipatente, Zivilstandsdokumente und anderes mehr beziehen. Andere Kantone wie Solothurn haben diese Lösung adaptiert. Die digitale Entwicklung ist auf Gemeindeebene – entgegen vielen Unkenrufen – lanciert und greift allmählich in der ganzen Schweiz um sich.

Erfa-Austausch und Digital-Pionier

Der SGV unterstützt diese Entwicklung aktiv. Über den Verein «Myni Gmeind» werden Projekte wie die «Digitale Dorfstrasse Adelboden» unterstützt. An monatlichen Erfahrungsaustausch-Veranstaltungen im Rahmen von einstündigen Videokonferenzen wird anhand von guten Beispielen und Lösungen in den Gemeinden voneinander gelernt; im Jahr 2022

konnten diese neu auch in der Romandie durchgeführt werden. Sehr erfolgreich war im Jahr 2022 auch der Grundkurs «Digital-Pionier», der unterstützt von Experten und Fachhochschulen digitale Grundkompetenzen vermittelt. Die drei durchgeführten Kurse wurden von der Gemeindegemeinschaft ebenso wie vom Gemeindepräsidenten besucht. Für 2023 und die folgenden Jahre sind weitere Kurse geplant. Der SGV setzt alles daran, dass der Grundkurs «Digital-Pionier» seine Erfolgsgeschichte fortsetzt.

*Christoph Niederberger
Direktor SGV
Vizepräsident Verein
«Myni Gmeind»*

ePublikation: Amtliche Publikation digital

Über das digitale Amtsblattportal, das von verschiedenen Kantonen als Publikationsplattform genutzt wird, können Gemeinden und Städte «ePublikation» nutzen, um die amtliche Publikation digital vollziehen zu können. Dabei profitieren sie von einer einfachen, betriebs- und rechtssicheren Lösung. Langwierige und teure Ausschreibungsverfahren erübrigen sich, abgerechnet wird pro Eintrag. Bisher nutzen ausschliesslich Zürcher Gemeinden diese Anwendung. Grundsätzlich steht sie aber allen Gemeinden der Schweiz offen. Ab 2023 wird die erste Berner Gemeinde über das digitale Portal publizieren. Der SGV ist Träger für die Lösung «ePublikation für Städte und Gemeinden» und sichert so der kommunalen Ebene den Zugang.

Für eine nachhaltige familienergänzende Kinderbetreuung ab 2025

Im Fokus der Sozialpolitik standen 2022 die Themen familienergänzende Kinderbetreuung und Neuberechnung der IV-Renten. Der SGV setzte sich in beiden Bereichen erfolgreich dafür ein, dass die Anliegen der Gemeinden berücksichtigt werden.

Die kommunale Ebene ist ein zentraler Akteur in der familienergänzenden Kinderbetreuung. Die Gemeinden und Städte schaffen ein breites Unterstützungsangebot und unternehmen grosse Anstrengungen, um den Vorschulbereich zu stärken. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist nicht zuletzt auch aus standortpolitischer Sicht wichtig, weil sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und somit ein effektives Mittel gegen den Fachkräftemangel ist.

Familienergänzende Kinderbetreuung: Kosten der Eltern nachhaltig senken

In den letzten Jahren ist viel passiert. Doch es braucht weitere gemeinsame Anstrengungen für nachhaltige Lösungen, insbesondere für eine wirkungsvolle Reduktion der Elternbeiträge. Letztere ist ein kontinuierliches Ziel und kann nicht einfach den Kantonen und Gemeinden aufgelegt werden. Der Bund ist gemäss Bundesverfassung in einer Mitverantwortung. Die Vorlage zur Umsetzung der Pa.lv. 21.403 des Nationalrats sieht genau das vor. Mit den stetigen Bundesmitteln zur Senkung der Betreuungskosten der Eltern leistet der Bund einen essenziellen Beitrag und setzt seine eigenen Legislativziele für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf um. Der stetige Bundesbeitrag gibt Kantonen und Gemeinden Planungssicherheit und übersteuert bestehende Subventionssysteme nicht. Der Bund bleibt in einer subsidiären Rolle und respektiert die Organisationsfreiheit der Kantone und Gemeinden. Zweitens ermöglichen die Programmvereinbarungen mit den Kantonen, die familienergänzende Kinderbetreuung bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Der SGV brachte sich systematisch ein und wirkte erfolgreich darauf hin, dass die Anliegen der Gemeinden berücksichtigt werden. Als Nächstes

Der SGV setzt sich dafür ein, dass die Elternbeiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung gesenkt werden.

Symbolbild: unsplash/Sigmund

muss das Parlament über die aus Sicht des SGV ausgewogene und wichtige Vorlage entscheiden.

Realistische IV-Berechnung – zum Wohle vieler Versicherter und der Gemeinden

Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Engagement des SGV für die Neuberechnung der IV-Renten. Der Bund stützt sich bei der Berechnung des IV-Grads auf Löhne ab, die Personen mit Einschränkungen gar nicht erwirtschaften können. Die Folgen sind weitreichend: Viele Personen erhalten keine Umschulung oder IV-Rente oder landen direkt in der Sozialhilfe. Damit werden Kosten, die eigentlich in der Verantwortung der IV liegen, auf die Gemeinden abgewälzt. Der SGV setzte sich für eine korrekte IV-Berechnung ein und intervenierte im Parlament – mit Erfolg. Der Handlungsbedarf wurde in beiden Räten klar erkannt, und die Voten waren eindeutig: Bei der Berechnung des IV-Grads sollen künftig die realistischen Ein-

kommensmöglichkeiten für Personen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung berücksichtigt werden. Dank breiter Mobilmachung wurde die Motion 22.3377 zu den IV-Tabellenlöhnen im Parlament deutlich angenommen. Damit hat der Bundesrat beziehungsweise das zuständige Bundesamt für Sozialversicherungen den klaren Auftrag, die Arbeiten rasch anzugehen und bis Ende 2023 eine neue IV-Berechnungsgrundlage zu implementieren.

*Claudia Kratochvil-Hametner
stv. Direktorin
Politikbereiche Bildung,
Gesundheit, Integration und
Soziales
SGV*

Weitere Themen im Bereich Soziales

Im Mai äusserte sich der SGV vor der staatspolitischen Kommission des Ständerats zur erleichterten Einbürgerung der zweiten und dritten Ausländergeneration und wies darauf hin, dass die ordentliche Einbürgerung in der Kompetenz der Gemeinden bleiben muss; im September reichte der SGV seine Stellungnahme zur Pa.lv. 21.403 zur familienergänzenden Kinderbetreuung ein und diskutierte die Vorlage am Herbstanlass der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik. Weiter nahm der SGV zur Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs Stellung und unterstützte die Anpassungen, die den Betroffenen neue Wege für ein Leben ohne Schulden ermöglichen sollen. Schliesslich tauschte sich der SGV im Nationalen Kulturdialog zu den Herausforderungen des Kultursektors aus und setzte sich auf Bundesebene für die Covid-Unterstützungsmassnahmen ein.

Viele Herausforderungen im Bereich Asyl

Das Jahr 2022 war geprägt vom Krieg in der Ukraine und von einer starken Zunahme ordentlicher Asylgesuche. Die Bereitstellung von genügend Unterbringungsmöglichkeiten ist eine grosse Herausforderung für viele Gemeinden.

Die Aktivierung des Schutzstatus S im März 2022 hat es erlaubt, ukrainischen Flüchtlingen rasch und unbürokratisch Schutz und Hilfe in der Schweiz zu gewähren. Seither werden die Flüchtlinge in den Bundesasylzentren registriert und danach rasch auf die Kantone aufgeteilt. Je nach kantonaler Organisation übernehmen der Kanton oder die zugewiesene Gemeinde die Verantwortung für die Unterbringung und Betreuung. Bisher wurde der Schutzstatus S an mehr als 69 000 Personen verteilt (Stand 1. Dezember 2022). Die Gemeinden waren besonders bei der Bereitstellung von Unterkünften stark gefordert. Zudem haben sie die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine rasch eingeschult.

Anfang November hat der Bundesrat beschlossen, den Schutzstatus S nicht vor März 2024 aufzuheben, sofern sich die Lage in der Ukraine bis dahin nicht grundlegend ändert. Dieser Beschluss gibt Planungssicherheit. Zudem muss der Bund zusammen mit den Kantonen und Gemeinden die mögliche Rückkehr der Ukrainerinnen und Ukrainer vorbereiten.

Gleichzeitig ist die Zahl der ordentlichen Asylgesuche in den letzten Monaten angestiegen. Um seine Aufnahmekapazität weiterhin zu gewährleisten, entschied das Staatssekretariat für Migration (SEM), ab Ende Oktober vorübergehend einen Teil der Asylsuchenden den Kantonen früher als üblich zuzuteilen. Diese Massnahme wird ab Mitte Dezember wieder aufgehoben. Die kurzfristige

Die Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine hat viele Gemeinden stark gefordert. Bild: Shutterstock/Halfpoint

Bereitstellung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten stellte Kantone, Städte und Gemeinden vor grosse Herausforderungen.

Die Aktivierung des Schutzstatus S brachte viele praktische und grundlegende Fragen mit sich. Im September hat der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) Stellung genommen im Rahmen der Evaluation der Umsetzung des Schutzstatus durch eine vom Bund eingesetzte Arbeitsgruppe. Er brachte dabei auch Kritikpunkte an, besonders was die private Unterbringung angeht, wenn diese nicht in koordinierter Weise mit den Behörden erfolgte. Der Schutzstatus S ist grundsätzlich «rückkehrori-

entiert» – es stellt sich hier aber die Frage, inwieweit er auch «integrationsorientiert» ist und bis zu welchem Grad der finanzielle Beitrag des Bundes für Sprachkurse und die Integration im Arbeitsmarkt ausreichend ist. Für den SGV braucht es klare Regeln, welche die Verantwortlichkeiten im Bereich der Integration und der Kostenübernahme klären. Ein Zwischenbericht der Arbeitsgruppe ist vor Kurzem erschienen und enthält erste Schlussfolgerungen.

Das Jahr 2022 hat gezeigt, dass das Asylwesen eine Verbundaufgabe des Bundes, der Kantone, der Städte und der Gemeinden ist. Im Sinne eines effektiven Krisenmanagements und einer effizienten Koordination muss die kommunale Ebene konsultiert und in die Diskussionen einbezogen werden. Der SGV ist in Arbeitsgruppen vertreten, die ins Leben gerufen wurden, um die durch den Krieg in der Ukraine entstandene aussergewöhnliche Lage zu meistern. Besonders zu erwäh-

nen gilt es hierbei den Sonderstab Asyl (SONAS), der erstmals im März 2022 einberufen wurde. Der SGV ist aber auch an der Arbeit der regulären Arbeitsgruppen beteiligt, die sich mit der Unterbringung und den Asylverfahren oder dem Resettlement-Programm befassen.

Luisa Tringale
Projektleiterin
Politikbereiche Asyl und Migration,
Partizipation
SGV
Übersetzung: Nadja Sutter

Strommangellage: Eine weitere Krise?

Im Jahr 2022 gab es zahlreiche Kandidaten für den Titel «Krise des Jahres». Nach einem Hitzesommer dominierte der Krieg in der Ukraine die Schlagzeilen – und mit ihm die Nachricht einer möglichen Strommangellage.

Die Schweiz importiert rund 80 Prozent ihrer Energie. Das heisst, dass unser Land energetisch nur zu 20 Prozent unabhängig ist. Bis jetzt wurden diese Importe zu einem tiefen Preis getätigt. Mit der Verknappung des Angebots, besonders des russischen Gases durch den Ukrainekrieg, sind die Preise explodiert, und das setzt die Wirtschaft und Privathaushalte unter enormen Druck. Die Situation ist angespannt, und das limitierte Angebot könnte zu einer Strommangellage führen. Wenn sich die Situation zuspitzt, könnten Stromunterbrüche Realität werden, mit verheerenden Auswirkungen für die Wirtschaft und Private.

Fünf Kriterien werden für die kommenden Monate entscheidend sein: Das Risiko einer Strommangellage hängt direkt mit der Temperatur diesen Winter zusammen. Die Importe sind ebenfalls ein Schlüsselfaktor für unsere Versorgung. Dabei richten sich die Blicke auf Frankreich und dessen Fähigkeit, die Atomkraftwerke wieder in Gang zu bringen. Der Verlauf des Ukrainekrieges beeinflusst die Entwicklung der Exporte, die sich momentan auf einem Niveau von rund fünf Prozent bewegen. Die Niederschlagsmenge ist ebenfalls zentral für unsere Infrastruktur, denn sie beeinflusst die Füllmenge unserer Stauseen. Der Hitzesommer hat viele Pegel absinken lassen. Hinzu kommt schliesslich die Entwicklung in anderen europäischen Staaten – werden sie Energieexporte tätigen können oder nicht?

Alles abschalten oder nicht?

Die Gemeinden müssen jede Stromsparmassnahme individuell betrachten, denn die Massnahmen müssen mit den

Die Beleuchtung abschalten oder nicht? Zahlreiche Gemeinden stellen sich diese Frage. Bild: Shutterstock/Altrendo Images

bestehenden Regeln und Gesetzen in Einklang sein. Die Gemeinden tragen viele Hüte: Sie sind Arbeitgeber (Gemeindeverwaltung), Hausverwaltungen (Immobilienpark und Sportinfrastruktur), Spezialisten für die frühe Kindheit (Kinderkrippen und ausserschulische Betreuung) und Aussenraumgestalter (Parks, Gärten und Friedhöfe).

Die verschiedenen kantonalen Strassenverkehrsgesetze verlangen eine angemessene Beleuchtung von Fussgängerstreifen auf Kantonsstrassen. Der Kanton Neuenburg ist bisher der einzige Kanton, der diese Vorschrift gelockert hat – dies erlaubt den Gemeinden, die Strassenbeleuchtung zu bestimmten Zeiten auszuschalten.

Das Berner Münster wurde zunächst nachts nicht mehr beleuchtet – wie andere historische Gebäude in der Stadt. Das änderte sich aber rasch wieder.

Denn das Münster befindet sich in der Anflugschneise des Flughafens Belp. Aus Gründen des Denkmalschutzes kann kein rotes Licht an seiner Spitze angebracht werden – also wurde es wieder beleuchtet. Diese Beispiele zeigen den Handlungsspielraum der Gemeinden auf, und wie komplex die Situation ist. Zur Entscheidungsgrundlage gehören nämlich auch die Arbeitssicherheit, die Situation von Menschen mit Beeinträchtigungen oder die Strassensicherheit.

Für die Auswahl der zu treffenden Massnahmen gilt es, die Balance zu finden zwischen dem gesetzlich Möglichen, dem Einsparpotenzial sowie der Lebensqualität. Die Frage der Weihnachtsbeleuchtung beschäftigte zuletzt viele Gemeinden, und viele halten in einer reduzierten Form an ihr fest und behalten so den sozialen Aspekt bei. Das Spektrum der bisher getroffenen Massnahmen und die Kreativität gewisser Gemeindeverwaltungen beweisen die Anpassungsfähigkeit der 2145 Gemeinden der Schweiz. Sie gehen als Vorbilder voran und erhalten ihre Dienste und Aktivitäten wie immer aufrecht – auch angesichts dieser weiteren Krise.

Manon Röhli
Projektleiterin
Politikbereiche Energie,
Raumplanung, Umwelt
und Verkehr
SGV

Übersetzung: Nadja Sutter

«Der Stromnetzverkauf hat uns stark beschäftigt»

Der Verkauf des gemeindeeigenen Stromnetzes, ein Generationenwechsel in der Verwaltung und die Einschulung ukrainischer Flüchtlingskinder: Nadja Hallauer, Gemeindepräsidentin von Hallau (SH), blickt auf ein bewegtes Jahr zurück.

Nadja Hallauer vor der Bergkirche St. Moritz, dem Wahrzeichen von Hallau.

Bild: Nadja Sutter

«Zwei grosse Themen haben uns in Hallau im vergangenen Jahr beschäftigt: die Suche nach einem Nachfolger für unseren langjährigen Gemeindevorsitzenden und der Verkauf unseres Stromnetzes. Die Gemeinde Hallau war bezüglich Energie bisher ein Sonderfall im Kanton Schaffhausen, weil wir unser eigenes Stromnetz betrieben haben. Wir haben uns aber entschieden, dieses per 1. Januar 2023 an das Elektrizitätswerk Kanton Schaffhausen (EKS) zu

Per Ende Jahr geht unser Gemeindevorsitzender nach 37 Jahren Arbeit für die Gemeinde in Pension. Damit geht ein gewisses Wissen verloren – wir nannten ihn jeweils scherzhaft das «Gemeindelexikon». Ein solcher Wechsel birgt aber auch Chancen, und uns im Gemeinderat war klar, dass wir ihn sorgfältig und durchdacht angehen müssen. Wir haben uns entschieden, unsere Verwaltung nach dem Geschäftsleitermodell auszurichten, so-

nommen, wodurch in kürzester Zeit 14 Flüchtlingskinder – von Kindergarten bis Oberstufe – eingeschult wurden. Die Integration der Flüchtlingskinder stellte eine besondere Herausforderung dar. Durch die grossen Klassen mit vielen Schülerinnen und Schülern mit speziellen Bedürfnissen waren die Lehrpersonen sehr gefordert. Aber das gesamte Team, von der Schulleitung bis zu den Schulkindern, hat das sehr gut gemeistert.

Das Jahr war aber auch geprägt von Freude: Wir alle waren sehr erleichtert über die Aufhebung der Coronamassnahmen. Dadurch konnte das «Räbhüsli-fest» in den Rebbergen endlich wieder durchgeführt werden. Und auch das Hallauer Herbstfest haben wir erstmals nach einer Pause wieder mit einem Umzug gefeiert. Das waren sehr schöne Momente.

Für mich persönlich ein Highlight war zudem das Treffen der Gemeindepräsidentinnen auf Einladung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga in Bern. Den Austausch mit Kolleginnen aus der ganzen Schweiz empfand ich als sehr bereichernd.»

«Wir alle waren sehr erleichtert über die Aufhebung der Coronamassnahmen. Dadurch konnte das «Räbhüsli-fest» in den Rebbergen endlich wieder durchgeführt werden.»

Nadja Hallauer, Gemeindevorsitzende Hallau

verkaufen. Die Anforderungen an den Betrieb eines Stromnetzes haben in den letzten Jahren zugenommen und sind insbesondere für eine Milizbehörde zunehmend komplizierter, aufwendiger und anspruchsvoller geworden. Wir mussten daher teuer die Dienstleistungen von externen Fachleuten einkaufen. Der Verkauf des Stromnetzes hat die Gemeinde in den letzten Jahren stark beschäftigt und war eine emotionale Angelegenheit für die Bevölkerung. Als eine deutliche Mehrheit an der Gemeindeversammlung vom 18. August für den Verkauf stimmte, war dies ein historischer Moment – für mich auch verbunden mit Erleichterung.

dass die Gemeinderäte mittelfristig von der operativen Verantwortung entlastet werden. Dies verändert auch das Stellenprofil des Gemeindevorsitzenden. Der Fachkräftemangel hat es uns nicht leicht gemacht, jemanden für die Nachfolge zu finden. Dennoch konnte am 1. September der neue Verwaltungsvorstand seine Stelle antreten. Er ist ein Quereinsteiger mit Führungserfahrung, und uns ist bewusst, dass wir genügend Zeit in die Einarbeitung investieren müssen. Die globalen Krisen haben wir natürlich auch in Hallau gespürt. Der Ukrainekrieg betrifft uns und macht uns betroffen. Einige Hallauerinnen und Hallauer haben ukrainische Flüchtlinge aufge-

Aufgezeichnet von Nadja Sutter

Anzeige

ARBEITSSICHERHEIT SCHWEIZ

kostengünstig.
praxiserprobt.
umfassend.
digital.

Die Branchenlösung für Gemeinden

- Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, Betriebliches Gesundheitsmanagement: Branchenspezifische Hilfsmittel für die Umsetzung des Betrieblichen Sicherheitssystems
- Umsetzung wirkt präventiv gegen Unfälle und deren Folgen
- Jederzeit digital on- und offline verfügbar
- Breites Ausbildungs- und Dienstleistungsangebot
- Spart Zeit und Kosten

www.arbeitssicherheitschweiz.ch

Kontaktieren Sie uns: Arbeitssicherheit Schweiz, +41 44 388 71 91, info@arbeitssicherheitschweiz.ch

«2022 war eine grosse Berg-

Wie haben eine kleine Walliser Berggemeinde und eine grosse Berner Agglomerationsgemeinde das die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die drohende Strommangellage wahrgenommen? Das Muriel Favre aus Vérossaz (VS) und Gemeindepräsident Thomas Iten aus Ostermundigen (BE).

Corona, Ukraine, Energie – die Krisen scheinen nicht enden zu wollen. Muriel Favre, war das Jahr 2022 für Sie als Gemeindepräsidentin von Vérossaz anspruchsvoller als sonst?

Muriel Favre: Das Jahr 2022 war anspruchsvoller, was hauptsächlich mit dem angstbesetzten Klima zusammenhängt. Es herrscht eine latente Verunsicherung: sowohl was die Haushaltsbudgets der Menschen als auch das Budget der Gemeinde angeht.

Im Zuge des Ukrainekriegs flüchteten Zehntausende Ukrainer/innen in die Schweiz – und damit in die Schweizer Gemeinden. Haben Bund und Kanton die Gemeinden ausreichend unterstützt?

Ich möchte hier kein Werturteil abgeben, da diese Situation für alle Beteiligten schwierig und neuartig ist. Ich denke, angesichts der Dringlichkeit hat jeder mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das Beste getan.

In der Schweiz droht die Energie knapp zu werden. Hat Ihre Gemeinde Sparmassnahmen beschlossen?

Bereits seit mehreren Jahren investieren wir regelmässig in die Beleuchtung. Ein grosser Teil des Netzes besteht aus LED-Lampen, die mit einem Sensor ausgestattet sind, der eine Dämmung der Beleuchtung ermöglicht. Innerhalb von zehn Jahren ist der Verbrauch bei der öffentlichen Beleuchtung so um 50 Prozent gesunken. Weitere Massnahmen zur energetischen Sanierung von kommunalen Gebäuden und Einrichtungen sind geplant. Wir haben auch ein Förderprogramm für Fotovoltaikanlagen und zum Ersatz von Heizungen.

Die Pandemie könnte wieder aufflammen, die Ukrainekrise akuter werden. Mit welchen Gefühlen sehen Sie dem neuen Jahr entgegen?

Die Gefühlslage ist schwierig. Aber wir müssen optimistisch bleiben und uns auf die Erfahrungen der Vergangenheit stützen. So können wir einer besseren Zukunft entgegensteuern.

Wo steht Ihre Gemeinde in Sachen digitale Verwaltung und E-Government?

Die Implementierung von E-Government-, IT- und Kommunikationslösungen ist die nächste grosse Herausforderung, die auf uns zukommt. Es bleibt noch viel zu tun.

Wenn Sie in Ihrer Funktion als Gemeindepräsidentin einen Wunsch frei hätten: Welcher wäre das?

Ein gutes Umfeld zum Leben bieten und die Familien in der Gemeinde halten. Vérossaz ist die Walliser Gemeinde mit der höchsten Anzahl junger Menschen – 26 Prozent der Bevölkerung.

*Fabio Pacozzi
Leiter Kommunikation
SGV*

Muriel Favre plädiert dafür, sich in schwierigen Zeiten auf die Erfahrungen aus der Vergangenheit zu besinnen.

Bild: zvg/Muriel Favre

Viele Gemeindeverwaltungen klagen über einen Fachkräftemangel. Spüren Sie diesen auch in Vérossaz?

Unsere Situation erlaubt es uns nicht, einen technischen Dienst zu finanzieren, daher haben wir uns für eine interkommunale Zusammenarbeit sowie für punktuelle Aufträge an externe Büros entschieden. Diese Mandanten sind in das lokale Leben eingebunden.

und Talfahrt»

turbulente Jahr 2022 erlebt? Wie unterschiedlich haben sie Doppelinterview zum Jahresende mit Gemeindepräsidentin

Corona, Ukraine, Energie – die Krisen scheinen nicht enden zu wollen.

Thomas Iten, war das Jahr 2022 für Sie als Ostermundiger Gemeindepräsident anspruchsvoller als sonst?

Thomas Iten: Das Jahr 2022 habe ich wie eine grosse Berg- und Talfahrt erlebt. Anfang Jahr haben wir uns noch mit Massentests und Schulschliessungen auseinandergesetzt. Dann dieser schreckliche Krieg. Gleichzeitig fanden im Sommer Anlässe statt, die zuvor zwei Jahre abgesagt wurden. Es war auf jeden Fall ein Wechselbad der Gefühle.

Im Zuge des Ukrainekriegs flüchteten Zehntausende Ukrainer/innen in die Schweiz – und damit in die Schweizer Gemeinden. Haben Bund und Kanton die Gemeinden ausreichend unterstützt?

Zu Beginn hat es etwas gedauert, bis «der Motor gelaufen ist». Seither klappt es aber sehr gut. Wir erhalten beispielsweise einen Newsletter des Kantons mit allen Informationen, die für die Gemeinden wichtig sind.

In der Schweiz droht die Energie knapp zu werden. Hat Ihre Gemeinde Sparmassnahmen beschlossen?

In einem Schulhaus haben wir die Heizradiatoren mit intelligenten Sensoren ausgerüstet, sodass die Klassenzimmer optimal beheizt werden. Zudem haben wir bei zwei kommunalen Liegenschaften Zweistoffanlagen vorbereitet, und ein Gebäude wird nun rascher als ursprünglich geplant an einen Wärmeverbund angeschlossen.

Die Pandemie könnte wieder aufflammen, die Ukraine Krise akuter werden. Mit welchen Gefühlen sehen Sie dem neuen Jahr entgegen?

Ob Gesellschaft, Wirtschaft oder Kultur: Wir alle sind gefordert, diese Themen mit dem nötigen Respekt anzugehen. Wie die Erfahrung gezeigt hat, ist es wichtig, Ruhe zu bewahren: Sobald

zenden Stellen können wir mit einem höheren Lohn auf die Marktsituation reagieren. Auch das klassische «Kreuzlibogen-Mitarbeitergespräch» wird modernisiert, hin zu einem echten Dialog.

Wo steht Ihre Gemeinde in Sachen digitale Verwaltung und E-Government?

Unser grösster Digitalisierungsschritt erfolgte während der Pandemie. Zudem haben wir übergeordnete Projekte von Bund und Kanton implementiert, zum Beispiel den E-Umzug. Nun führen wir sukzessive weitere Tools ein. Mir persönlich kann das nicht schnell genug gehen. Aber man muss auch berücksichtigen, dass rund die Hälfte unserer Mitarbeitenden eher selten mit der digitalen Welt im Arbeitsalltag in Berührung kommt.

Wenn Sie in Ihrer Funktion als Gemeindepräsident einen Wunsch frei hätten: Welcher wäre das?

Wir sollten uns auf unsere Werte besinnen, Probleme wieder vermehrt gemeinsam am Tisch diskutieren und dabei den Mut haben, auch einmal etwas Neues auszuprobieren.

Der Ostermundiger Gemeindepräsident Thomas Iten blickt auf ein turbulentes Jahr 2022 zurück – im positiven wie im negativen Sinn.

Bild: zvg/Christoph Ammann Photography

es hektisch und nervös wird, schauen nicht unbedingt die besseren Lösungen heraus.

Viele Gemeindeverwaltungen klagen über einen Fachkräftemangel. Spüren Sie diesen auch in Ostermundigen?

Der Fachkräftemangel ist überall ein Thema. Wir gehen diesen an, indem wir etwa ein neues Besoldungssystem eingeführt haben. Bei schwierig zu beset-

Fabio Pacozzi
Leiter Kommunikation
SGV

«Ich sehe den Wert der Kleinräumigkeit»

20 Jahre lang leitete Dr. Martin Harris als Geschäftsführer die Geschicke des Verbands der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich, kurz GPV ZH. In zwei Monaten geht er in Pension – Zeit für ein Abschiedsgespräch.

Gemeindeaffin: Martin Harris ist seit 2002 Geschäftsführer des Verbands der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich. In seiner Laufbahn hat er auch für die Gemeinden Einsiedeln, Zollikon und Zürich gearbeitet.

Bild: Fabio Pacozzi

Dr. Martin Harris, der Kampf gegen die Lastenverschiebung vom Kanton hin zu den Gemeinden begleitet Sie quasi seit Ihrem Amtsantritt ...

2003/04 lancierte unser Verband eine Initiative für einen «Gemeindeverträglichkeitsartikel». Da dieses Anliegen dann in die neue Kantonsverfassung

aufgenommen wurde, ist nie darüber abgestimmt worden. Aber seither müssen die Aufgaben, die zu den Gemeinden verschoben werden, in ein Gesetz verpackt werden, sodass zwölf Zürcher Gemeinden oder die Städte Winterthur oder Zürich dagegen das Referendum ergreifen können.

Ein bemerkenswerter Erfolg war auch ein kürzlich ergangenes Bundesgerichtsurteil, das ebenfalls einer Lastenverschiebung zuungunsten der Zürcher Gemeinden einen Riegel geschoben hat. Worum geht es da genau?

Dabei ging es um Jugendliche, die fremdplatziert wurden – die sogenannten Versorgertaxen. Der Kanton hat dafür von den Gemeinden über Jahre hinweg ohne gesetzliche Grundlage Beiträge verlangt. Das hat das Bundesgericht den zwei klagenden Pilotgemeinden nun bestätigt: Der Kanton hat den Zürcher Gemeinden insgesamt rund 600 Millionen Franken zu viel verrechnet. Dieses Geld soll nun zurück an die Kommunen fließen.

Wie ist sonst das Verhältnis zwischen dem Kanton und den 162 Zürcher Gemeinden?

Trotz dieser Episode denke ich nicht, dass es grössere Unstimmigkeiten zwischen den zwei Staatsebenen gibt. Der GPV ZH wird zu allen gemeinderelevanten Vernehmlassungen eingeladen und regelmässig vom Kantonsrat zu den die Gemeinden betreffenden Vorlagen angehört. Unser Grundanliegen ist, dass

und in 90 oder 95 Prozent der Fälle finden wir auch eine gemeinsame Position, mit der alle leben können.

Hört man sich in den kommunalen Exekutiven um, so hört man oft, dass nicht nur finanziell, sondern auch administrativ und technisch immer mehr von den Gemeinden gefordert wird. Kann ein kleines Dorf mit Milizgemeinderat diesen Ansprüchen überhaupt noch gerecht werden?

Das ist die Herausforderung dieser Gemeinden. Und ich denke, dass die wenigen sehr kleinen Gemeinden im Kanton Zürich diese Herausforderung gut meistern. Aber es ist schon so: Kleine Gemeinden, die nicht fusionieren wollen, müssen innovative Lösungen finden. Im Unterland prüfen derzeit etwa vier Gemeinden, ob eine das Bauamt für alle führen kann, während die andere das Sozialamt übernimmt und so weiter.

«Unser Grundanliegen ist, dass Gesetze so ausgearbeitet sind, dass sie auf Gemeindeebene auch umgesetzt werden können.»

Martin Harris, scheidender Geschäftsführer GPV ZH

Gesetze so ausgearbeitet sind, dass sie auf Gemeindeebene auch umgesetzt werden können. Dafür müssen sich Fachleute aus der Praxis schon dort äussern können, wo das Fleisch am Knochen ist: in den vorbereitenden Arbeitsgruppen, also noch vor der Vernehmlassung. Das ist heute im Vergleich zu früher viel besser geworden.

Im Kanton gibt es grosse Städte wie Zürich und Winterthur, aber auch kleine Dörfer wie Volken oder Truttikon. Es liegt auf der Hand, dass deren Interessen nicht immer identisch sind. Wie schafft der GPV ZH diesen Spagat?

Möglichst allen gerecht zu werden, sehe ich tatsächlich als die Hauptaufgabe des GPV ZH an. Wir sind der Transmissionsriemen, der den grössten oder zumindest den kleinsten gemeinsamen Nenner für die Gemeinden finden soll. Aber natürlich gehen die Welten zwischen Stadt und Land manchmal auseinander, typischerweise bei den Themen Sozialpolitik oder Mobilität. Deshalb ist die Diskussion im Gremium so wichtig: Im Ausschuss ist jeder Bezirk vertreten,

Sie würden eher zu einer Fusion raten?

Nein – oder besser gesagt: Ich sehe den Wert der Kleinräumigkeit. Dank der Gemeindeautonomie können auch kleinere Strukturen individuelle und einfache Lösungen finden. Das hat sich etwa während der Pandemie gezeigt. Man sprach zwar oft vom Flickenteppich. Dieser hatte aber auch den Vorteil, dass alle etwas ausprobieren konnten. Hätten alle dasselbe tun müssen, hätten zum Beispiel die Bündner nie ihr eigenes Testkonzept entwickelt, das sich dann schweizweit durchgesetzt hat. Für mich muss das im Prinzip auch für die Gemeinden gelten: Sie sollten ihre Angelegenheiten grundsätzlich individuell angepasst regeln können.

Schlussfrage: In zwei Monaten sind Sie Pensionär. Was tut Martin Harris dann?

Ich bin von Haus aus Historiker. Von daher möchte ich das Familienarchiv aufarbeiten und noch etwas reisen. Das Wichtigste ist aber, gesund zu bleiben. Alles andere ergibt sich ...

Fabio Pacozzi
Leiter Kommunikation SGV

Dank und Willkomm

Gerne nutze ich das Interview mit Martin Harris, ihm zu danken und ihn – mindestens in dieser Zeitschrift – zu verabschieden. Zuerst als Mitglied und später als Präsident des GPV ZH habe ich Martin Harris kennen und sehr schätzen gelernt. Gemeinsam ist es uns gelungen, nicht nur die zunehmende Aufgabenlast zu bewältigen, sondern auch den Verband zu einem wichtigen Ansprechpartner für Regierung und Interessengruppen zu entwickeln. So konnten wir für die Gemeinden und Städte einiges erreichen. Mit seiner ruhigen und verlässlichen Art war er mir wichtige Unterstützung und Ansprechperson, und in den vergangenen Jahren mit Krisensituationen in unterschiedlicher Ausprägung konnten wir gemeinsam die anstehenden Herausforderungen bewältigen. Dafür möchte ich Martin Harris herzlich danken und wünsche ihm auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute.

Die Nachfolge von Martin Harris wird Frau Ricarda Zurbuchen antreten. Die jetzige Leiterin der Parlaments- und Kanzleidienste des Kantons Thurgau wechselt per 1. März 2023 zum GPV ZH. Ich bin überzeugt, dass der Leitende Ausschuss sowie die Stadt- und Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich eine Geschäftsführerin bekommen, die bestens verankert ist und auf die sie sich verlassen können. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und heisse sie auf diesem Weg herzlich willkommen.

Jörg Kündig, Präsident Verband Gemeindepräsidenten Kanton Zürich, Vizepräsident Schweizerischer Gemeindeverband, Gemeindepräsident Gossau (ZH)

Verzicht auf weihnachtlichen Lichterglanz

In vielen Gemeinden fällt die Weihnachtsbeleuchtung dieses Jahr teilweise oder ganz aus. Die Behörden wollen damit angesichts der Energiemangellage ein Zeichen setzen.

Das Städtchen Sursee verzichtet nur teilweise auf den weihnachtlichen Lichterglanz.

Bild: zvg/Bruno Meier

Worb (BE) ist seit 2005 zertifizierte Energiestadt und hat nach eigenen Angaben auf diesem Weg «sehr grosse Fortschritte bezüglich Energiesparmassnahmen und einer nachhaltigen Energieversorgung» gemacht, zum Beispiel mit PV-Anlagen auf fünf Dächern von Schulhäusern und Kindergärten sowie dem Anschluss von vier Schulhäusern ans Fernwärmenetz. Energiesparmassnahmen konnten laut Gemeinderat Adrian Hauser unter anderem bei der Umrüstung der Strassen- und Gebäudebeleuchtung auf LED erzielt werden. Aufgrund der befürchteten Energiemangellage hat der Gemeinderat der

11566-Einwohner-Kommune verschiedene Energiesparmassnahmen im öffentlichen Raum beschlossen; dazu zählt auch der Verzicht auf die diesjährige Weihnachtsbeleuchtung.

«Wir sind überzeugt, dass die Leute die Massnahmen nachvollziehen können.»

Adrian Hauser, Gemeinderat Worb

Wenig Reaktionen

Konkret bedeutet dieser Entscheid für Worb: keine leuchtenden Sterne an den Strassenlampen, keine Weihnachtsbäume mit Lichterketten im öffentli-

chen Bereich während der Advents- und Weihnachtszeit. «Wir haben uns für diesen Weg entschieden, weil wir als Gemeinde gegenüber der Bevölkerung wie auch dem Gewerbe unsere Vorbildfunktion wahrnehmen wollen», begründet Adrian Hauser diesen Schritt. Für den Gemeinderat habe diese Massnahme eher Signalcharakter, denn die Einsparungen durch den Verzicht auf die Weihnachtsbeleuchtung dürfte – so Adrian Hauser – wohl nicht allzu gross sein. Bisher seien keine Rückmeldungen vonseiten der Bevölkerung oder des Gewerbes eingetroffen. «Wir sind überzeugt, dass die Leute die Massnahmen nachvollziehen können.»

Auch im aargauischen Oftringen verzichtet der Gemeinderat dieses Jahr auf gut 120 Adventssterne entlang der Hauptachsen, wie Gemeindeammann Hanspeter Schläfli berichtet. Dafür werden die Weihnachtsbäume auch dieses Jahr geschmückt und mit einer LED-Lichterkette versehen. «Grundsätzlich ist ein solcher Verzicht schade,

«Wir wollen mit diesen Massnahmen ein Zeichen setzen und einen kleinen Beitrag zum Energiesparen leisten.»

Erich Felber, Leiter Bereich Digitales und Projekte Stadt Sursee

aber es ist auch ein Zeichen der Zeit, in schwierigen Situationen entsprechende Massnahmen anzuordnen und ein Zeichen zu setzen», begründet Hanspeter Schläfli den Entscheid.

Später anfangen, früher aufhören

Wie in Worb, Oftringen und manch anderen Gemeinden und Städten geht es auch in Sursee (LU) der Weihnachtsbeleuchtung an den Kragen. Allerdings soll im Städtchen am Sempachersee nicht ganz auf die Weihnachtsbeleuchtung verzichtet werden, wie Erich Felber, Leiter Bereich Digitales und Pro-

jekte und Vorsitzender der IG «Soorser Wiehnacht», informiert. Das heisst: Die Beleuchtung wird an gewissen Orten reduziert und weniger lang brennen als bisher. So erstrahlten die Lichter in der Altstadt erst ab dem 24. November; normalerweise wurden die Strassen von Sursee bereits ab dem 17. November weihnachtlich beleuchtet. Statt erst am 12. Januar wird die Weihnachtsbeleuchtung schon am Dreikönigstag ausgeschaltet und demontiert. Entlang der Bahnhofstrasse wird auf die traditionelle Weihnachtsbeleuchtung in diesem Jahr verzichtet.

«Das Sparpotenzial ist überschaubar»

Wie beurteilt Jörg Haller, Leiter öffentliche Beleuchtung/Smart City, bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) den diesjährigen Trend, auf Weihnachtsbeleuchtungen im öffentlichen Raum zu verzichten?

Viele Schweizer Gemeinden und Städte verzichten dieses Jahr teilweise oder ganz auf die Weihnachtsbeleuchtung, um Strom zu sparen. Was halten Sie von dieser Massnahme?

Jörg Haller: Einerseits sind wir alle aufgefordert, Energie zu sparen; andererseits gehört die Weihnachtsbeleuchtung zu unserer Kultur und sorgt für eine emotionale Atmosphäre. Es geht um einen massvollen Einsatz, nicht zuletzt auch um der Reduktion unerwünschter Lichtimmissionen Rechnung zu tragen.

Wie hoch schätzen Sie das Sparpotenzial ein, wenn die Weihnachts-

beleuchtung teilweise oder gar ganz heruntergefahren wird?

Im Verhältnis zum ganzen Energieverbrauch ist das Sparpotenzial bei der Weihnachtsbeleuchtung überschaubar, vor allem wenn LED-Leuchtmittel verwendet werden.

Ganz darauf verzichten oder zeitlich begrenzen? Was bringt aus Ihrer Sicht mehr?

Wir plädieren für einen gesunden Kompromiss: zeitlich begrenzen, aber nicht verbieten. Die Weihnachtsbeleuchtung hat im Vergleich zur öffentlichen Beleuchtung keine Sicherheitsfunktion, sorgt aber bei vielen Menschen für ein Wohlgefühl, wenn sie in sinnvollem Mass eingesetzt wird.

Welche Unterschiede gibt es bei den Leuchtsystemen für die Weihnachtsbeleuchtung? Gibt es auch sparsame LED-Leuchtmittel, die nur wenig Strom verbrauchen?

Ja, es gibt sehr sparsame LED-Weihnachtsbeleuchtungen. Das Risiko besteht aber, dass durch den sparsamen Verbrauch in der Summe viel mehr oder länger Licht brennt, was zu einem «Rebound-Effekt» führt. Das bedeutet, dass die ursprünglichen Einsparungen aufgehoben werden.

Winter-Energiespar-Initiative des Bundes

Der Bund hat Ende August die Winter-Energiespar-Initiative lanciert. Sie soll Privatpersonen, aber auch Institutionen und Unternehmen motivieren, keine Energie zu verschwenden. Als Teil der Energiespar-Alliance anerkennt der Schweizerische Gemeindeverband die drohende Strommangellage als ernstes Problem und unterstützt die Anstrengungen zur Senkung des Energieverbrauchs. Die Energiespar-Alliance vereint Organisationen, welche die Bemühungen für die Versorgungssicherheit im Winter unterstützen, indem sie freiwillig Massnahmen ergreifen, um Energie effizienter und sparsamer zu nutzen. Auch die Gemeinden sind gefordert. Dieser Artikel ist Teil einer Serie, in der die «Schweizer Gemeinde» Best-Practice-Beispiele von Gemeinden vorstellt, die Initiativen zum nachhaltigen Umgang mit Energie lanciert haben.

Weitere Informationen:
www.chgemeinden.ch
www.nicht-verschwenden.ch

Weniger Licht, dafür mehr Dekoration: Sursee reagiert mit Kreativität auf den Beleuchtungsverzicht.

Bild: zvg

Kreative Lösungen

Während die Weihnachtsbeleuchtung in der Altstadt von Sursee brennt, wird die normale Strassenbeleuchtung ausgeschaltet. Die Leistung der LED-Leuchtmittel wurden von 15 auf 0,7 Watt reduziert. Ganz verzichtet wird laut Erich Felber auf die Einzelbeleuchtung von Bäumen sowie auf Lichtervorhänge an Gebäuden. Dafür werden die Weihnachtsbäume beim Rathaus und an der Bahnhofstrasse festlich dekoriert. Beim Rathaus wird der Baum durch Schulkin-

der geschmückt. Eine kreative Lösung konnte auch für die Aktion «Altstadt im Lichterglanz» gefunden werden: Der Quartierverein und die IG der Altstadtgeschäfte schmücken und beleuchten die Gassen mit Kerzen und Laternen.

Ein Zeichen setzen

«Wir wollen mit diesen Massnahmen ein Zeichen setzen und einen kleinen Beitrag zum Energiesparen leisten», sagt Erich Felber. Er sei sich bewusst, dass diese Massnahmen nur einen mar-

ginalen Einfluss auf den Stromverbrauch hätten. Das Echo aus der Bevölkerung sei bisher verhalten ausgefallen. «Neben einigen negativen Reaktionen ist die Haltung der Bevölkerung zu diesem Thema grundsätzlich positiv», stellt Erich Felber fest.

Fabrice Müller

Anzeige

LÄNGER DAHEIM WOHNEN. DANK BEZUGSPFLEGE DER PRIVATEN SPITEX.
Gleiche Person, gleiche Zeit, gleicher Ort – das einzigartige Pflege- und Betreuungskonzept.

Die ASPS vertritt 330 Organisationen mit über 14 000 Mitarbeitenden. Der Marktanteil in der Pflege beträgt je nach Region 10 bis 45%. Private Spitex-Organisationen leisten einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit. Sie sind systemrelevant.

Gratisnummer 0800 500 500, www.spitexprivee.swiss

ASPS
SPITEXPRIVEE.SWISS

Sozialhilfestatistik wird moderner und digitaler

Die Sozialhilfestatistik, die auch für die Gemeinden wichtige Daten liefert, wird derzeit modernisiert. Sie soll damit nicht nur zuverlässiger, sondern auch aktueller und einfacher im Handling werden.

Die Sozialhilfestatistik ist ein wichtiges Instrument für die Sozialpolitik.

Symbolbild: Shutterstock/kirill_makarov

Die Sozialhilfeempfängerstatistik (SHS) basiert auf der gemeinsamen Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden. Sie liefert Steuerungsinformationen zur Sozialhilfe und ist ein unerlässliches Instrument der Sozialpolitik. Die Grundlagen wurden vor mehr als 20 Jahren erarbeitet. Sie werden nun im Rahmen eines Modernisierungsprojekts an die aktuellen Bedingungen und die sich verändernden Bedürfnisse angepasst.

Die Modernisierung der Sozialhilfestatistik wurde ab Januar 2019 in einem iterativen Prozess vorangetrieben. Das

Bundesamt für Statistik (BFS) hat dabei zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Sozialbehörden der Kantone, Gemeinden und Städte, aus Sozialdiensten, aus kantonalen Statistikämtern und der SKOS die konzeptionellen Grundlagen in Arbeitsgruppen erarbeitet. Basierend auf einem Variantenentscheid per Ende 2020 konnte das BFS die Konzeptarbeiten mithilfe von Pilotdaten verifizieren und zusammen mit den Datenlieferanten besprechen. Die Arbeiten wurden in enger Abstimmung mit der für die Modernisierung eingesetzten Steuerungsgruppe mit

Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie Städten konsolidiert.

Monatliche Übermittlung und häufigere Auswertungen

Neu basiert die modernisierte Statistik auf der monatlichen Übermittlung produktiver Daten aus der Fallführung der Datenlieferanten. Die Analyse erfolgt auf der Grundlage automatisch verarbeiteter Daten durch das BFS. Der Katalog für die bereitzustellenden Daten wurde im Vergleich zur ursprünglichen Jahresstatistik erheblich reduziert. Bei

den durch die Datenlieferanten mittels sedex an das BFS zu übermittelnden Variablen handelt es sich um 20 Grunddaten mit Informationen zu den Personen und Dossiers. Die restlichen Auswertungen basieren auf Daten aus der Klientenbuchhaltung, die als Buchungstabelle extrahiert und im BFS harmonisiert werden.

Mithilfe statistischer Verknüpfungen können Informationen aus anderen Statistikquellen herangezogen werden, um einerseits die Datenlieferanten zusätzlich zu entlasten und andererseits die Mehrfachnutzung von Statistikdaten zur Bereitstellung steuerungsrelevanter Indikatoren zuhanden der Anspruchsgruppen vorwärtszubringen. Die Publi-

kation der öffentlich zugänglichen Statistikresultate erfolgt wie gewohnt über die Homepage des BFS. Mit der neuen Datenbasis können die Auswertungen auch während des Jahres zur Verfügung gestellt werden.

Mit den ab Januar 2023 bis Ende 2024 geplanten Umsetzungsarbeiten werden die Voraussetzungen geschaffen, dass

Stimmen zur modernisierten Sozialhilfestatistik

Bild: zvg/Urs Bucher/ubupix

Roger Hochreutener, Delegierter Gemeindepräsident des SGV, Gemeindepäsident Eggersriet (SG)

«Für die Gemeinden und Städte, also die Hauptlieferanten der Daten, war von Anfang an klar, dass die Datenerhebung wesentlich weniger Aufwand generieren muss als bisher. Grössere Gemeinden haben Fallführungssysteme, welche die Daten periodisch auswerfen können, wenn die Datenarchitektur definiert ist. Somit müssen die IT-Lieferanten die harmonisierten Grunddatenkataloge kennen und die Schnittstellen danach bauen können. Dies bedingt einen gewissen Vorlauf in der Planung der IT-Releases.

Die Fallführungssysteme können aber mehr als nur statistische Daten aufbereiten. Heute können die Vorgaben des Asyl- und Flüchtlingswesens mit den Integrationsplänen genauso gut verarbeitet werden, wie die Finanzdaten in den einzelnen Dossiers. Es war deshalb entscheidend, dass in der Projektgruppe auch diverse Praktikerinnen und Praktiker tätig waren, die nicht nur Grosslösungen im Fokus hatten, sondern auch die Bedürfnisse von überblickbareren Sozialämtern.

Gesicherte Daten und Fallführungen sind aber auch für die Weiterbehandlung der Themen wichtig. Bei den Sozialämtern sind zahlreiche Rückerstattungs-möglichkeiten bei den Versicherern und

der Klientel gegeben. Dafür müssen aber die Daten über eine längere Zeit betreffend Leistungserbringung, Rückerstattung und Dritteleistungen verlässlich sein. Manuelle Dossiers und nicht nachgeführte Sozialhilfe-Buchhaltungen sind dafür nicht mehr tauglich. Ein integriertes Fallführungssystem zahlt sich in diesen Fällen aus, weil es nicht nur kurzfristige statistische Daten liefert, sondern eine Datenreihe über die Bezugsdauer und darüber hinaus.

Eine sukzessive Umstellung in den nächsten zwei bis drei Jahren ist gut zu realisieren und bringt allen Akteuren einen spürbaren Mehrwert in der täglichen Arbeit.»

Bild: SGV

Boris Tschirky, Vorstand SGV, Gemeindepäsident Gaiserwald (SG)

«Bund und Kantone haben die Überarbeitung der Sozialhilfestatistik in Auftrag gegeben, damit die Entscheidungsgrundlagen für die Sozialthemen aktueller und diverser sind. Dadurch können die Beschlüsse seitens des Bundesparlaments und der Kantone besser nachvollzogen werden. Darüber hinaus haben auch die Gemeinden sowie die Städte für die statistische Auswertung via Webportal die umfassenden Grundlagen.

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) hat ebenso wie der Städtever-

band besonderen Wert darauf gelegt, dass die Erhebung der Daten weniger Aufwand generiert als im heutigen System. Die Erhebung per Jahresende hat wichtige Angaben im Jahreszyklus nicht abgebildet, und regelmässige, automatische Auswertungen sind viel aussagekräftiger.»

Bild: zvg

Marc Dubach, Sektionschef Sozialhilfe, Bundesamt für Statistik

«Statistische Daten sind vielfältig verwendbar, wenn sie systematisch und in einer verlässlichen Datenreihe aufgearbeitet sind. Auch für die wissenschaftlichen Arbeiten sind die anonymisierten Ergebnisse von besonderem Wert. Vor allem in der Zukunft, wenn die Daten nicht nur die reinen Sozialhilfedaten referenzieren, sondern auch die anderen Datensätze aus der Sozialversicherung und weiteren Statistiken einbezogen werden, gewinnt man konzisere Gesamtdaten.

Für das statistische Amt ist diese Kooperation über alle Staatsebenen hinweg und mit den übrigen Partnern ein innovatives und zukunftsgerichtetes Projekt. Es zeigt sich, dass auch sehr komplexe Datenmengen gut implementiert werden können, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben sind und die Partner gewillt sind, ein gemeinsames Ziel zu erreichen.»

Die Grafik zeigt den Datenfluss in der modernisierten Sozialhilfestatistik.

Grafik: Bundesamt für Statistik

die Daten liefernden Stellen ab Januar 2025 in der Lage sind, die Sozialhilfestatistik nach modernisiertem Vorbild zu übermitteln. Für die Datenlieferanten bietet dies den Vorteil, monatliche Auswertungen einsehen und weiterverwenden zu können. Gerade in Zeiten, in denen eine grosse Dynamik herrscht, können diese unterjährigen Auswertungen einen Mehrwert für die Steuerung beitragen.

Relevante Daten auswählen und übermitteln

Die monatliche Datenübermittlung erfolgt durch eine Datenextraktion produktiver Daten aus den Fallführungssystemen. Es geht darum, dass die Datenlieferanten die relevanten Verwaltungs- und Buchhaltungsdaten auswählen und diese nach einem festgelegten Verfahren an das BFS übermitteln. In der Realisierungsphase werden die Datenextraktion und die Datenübermittlung mit Testlieferungen realisiert und getestet. Für Dienste ohne eigenes Fallführungssystem wird ein Erfassungsinstrument zur Verfügung gestellt werden.

Zusammen mit den monatlichen Indikatoren wird den Datenlieferanten eine Übersicht zur Qualität ihrer Datenlieferung und ein Qualitätsmonitoring zur kontinuierlichen Optimierung der Daten zur Verfügung gestellt werden.

Für die Aufbereitung und Harmonisierung der Buchungsdaten werden die Kontenpläne bei den Datenlieferanten ermittelt, damit die Zuordnung der Bu-

chungspositionen der Datenlieferanten auf die statistischen Auswertungsvariablen beim BFS erfolgen und die Vergleichbarkeit der Auswertungen sichergestellt werden kann. Die Auswertung und die Aufbereitung der regelmässigen Datenlieferungen werden weitestgehend automatisiert erfolgen. In der Realisierungsphase werden die Bearbeitungen anhand von Testlieferungen umgesetzt, und der in der Konzeptphase geplante webbasierte Zugang zu den Resultaten soll in der Realisierungsphase umgesetzt und getestet werden.

Marc Dubach
Sektionschef Sozialhilfe
Bundesamt für Statistik

Informationen:
www.bfs.admin.ch

Die Modernisierung der SHS bietet folgende Verbesserungen:

- Stärkung der Analysen
- zuverlässige, steuerungsrelevante Indikatoren
- erhöhte Aktualität der publizierten Informationen
- reduzierte Belastung der Datenlieferanten

Anzeige

DIGITALE GEMEINE.

DAMIT AUF DEM WEG ZUR DIGITALEN GEMEINDE NICHTS VERLOREN GEHT.

Wir begleiten Gemeinden zuverlässig in ihre digitale Zukunft. Menschen verstehen, Prozesse neu denken, Projekte umsetzen – Das ist unsere Stärke. Was ist Ihr Digitalisierungsprojekt? www.strubpartner.ch

STRUB & PARTNER

CADDY 75 Liter

SÄNTIS 150 Liter

CERVIN 400 Liter

SAN GOTTARDO 500 Liter

Der Winter will gut vorbereitet sein.

TAUFIX Box.

Witterungsbeständige Streugutbehälter.

Attraktiv, stabil, sicher, mobil, korrosions- und wartungsfrei.

Eine Marke der
**SCHWEIZER
SALINEN
SALINES
SUISSES**

Wir beraten Sie gerne:
T 061 825 51 15 ou ksc@saline.ch
Schweizer Salinen AG
Schweizerhalle, CH-4133 Pratteln 1, www.salz.ch

TAUFIX[®]
SCHWEIZER AUFTAUSALZ
SEL À DÉGELER SUISSE
SALE DISGELO SVIZZERO

Diskutieren Sie gerne mit Ihrer Bevölkerung?

Engagierte Bürgerinnen und Bürger möchten in die Regional- und Gemeindeentwicklung miteinbezogen werden. Mit der Moderation von grossen Gruppen helfen wir Ihnen, eine moderne Gemeinde mitzugestalten.

Federas Beratung AG, www.federas.ch

Mainaustrasse 30, Postfach, 8034 Zürich,
Telefon +41 44 388 71 81, info@federas.ch
Casinoplatz 2, 3011 Bern,
Telefon +41 58 330 05 10, info.bern@federas.ch
Austrasse 26, 8371 Busswil,
Telefon +41 58 330 05 20, info@federas.ch

federas
für die öffentliche Hand

Hilfe für unsere Bergbevölkerung schafft neue Perspektiven

Die Schweizer Patenschaft für Berggemeinden fördert die Solidarität mit der Schweizer Bergbevölkerung und mindert das Gefälle zwischen wohlhabenden und wirtschaftlich benachteiligten Regionen. Mit projektbezogener Hilfe an unterstützungswürdige Gemeinden, Korporationen usw. hilft sie, dass unsere Bergregionen bewohnbar bleiben und aktiv bewirtschaftet und gepflegt werden. Die Spenden werden ohne Spesenabzug den Begünstigten weitergereicht.

Unsere Bergbevölkerung verdient unsere volle Anerkennung und unsere Solidarität. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Werner Luginbühl, Präsident

**PATENSCHAFT
BERGGEMEINDEN**

Asylstrasse 74
8032 Zürich
Telefon

berggemeinden.ch
info@patenschaft.ch
044 382 30 80

Postkonto 80-16445-0
IBAN CH51 0900 0000 8001 6445 0

Wie ich bereits in der Chaosphase Lösungen finde

Vor einem Jahr wurde der von Experten erarbeitete KRISENKOMPASS® lanciert, mit Unterstützung des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Zwei kurze Erfahrungsberichte mit der digitalen Lösung zeigen, wie hilfreich und entlastend der Wegweiser ist.

«Hilft allen, die in der Krisen- und Notfallintervention tätig sind.» Franco Aeberhard

Nach der Pandemie beschäftigt Gemeinden aktuell die Energiemangellage - was kommt noch auf die Behörden zu? Und wie sollen sich die Verantwortlichen richtig vorbereiten? Franco Aeberhard ist einer, der es weiss. Als Fachbereichsleiter Sicherheit und als Polizeichef ist er verantwortlich für die Bereiche Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Seerettung und für die Krisenorganisation der Gemeinde Küssnacht (ZH). Seine ersten Erfahrungen mit dem KRISENKOMPASS® sind positiv.

Franco Aeberhard, Sie als Profi verstehen am besten, warum es bei Krisen geht. Wie hilft Ihnen dieser digitale Wegweiser dabei?

Bei Notfällen und Krisen steht am Anfang immer eine Chaosphase. Um diese Phase zeitnah in den Griff zu bekommen bin ich angewiesen, dass alle Informationen, die ich dafür benötige, mir jederzeit und überall zur Verfügung stehen. Alle im KRISENKOMPASS® hinterlegten Informationen sind eben auch offline verfügbar was sehr wertvoll ist. Der KRISENKOMPASS® hilft mir in der Abarbeitung eines Ereignisses den roten Faden nicht zu verlieren.

Wem innerhalb der Behörde oder in der Region (RFS / RFO) empfehlen Sie den KRISENKOMPASS®?

Allen, die in den Bereichen Krisen- und Notfallintervention tätig sind.

Wo könnte der KRISENKOMPASS® verbessert werden, resp. was sollte ergänzt oder weiterentwickelt werden?

Da ich erst seit kurzem mit dem KRISENKOMPASS® arbeite, kann ich diese Fragen noch nicht beantworten. Was ich aber bis jetzt gesehen habe, überzeugt mich sehr. Einfach in der Handhabung und gut strukturiert und deshalb sehr benutzerfreundlich. Von Profis für Profis gemacht - es lohnt sich.

In Partnerschaft mit: Schweizerischer Gemeindeverband

SGV-Mitglieder erhalten 10% Rabatt.

Schlaue Behörden lassen ihre Krisenkonzepte (von Gemeinde / Schule) kostenlos überprüfen (im Wert von 650.-).

Schreiben Sie dafür **bis Ende Jahr** an: gutschein@krisenkompass.ch

Im Kanton Nidwalden wird der KRISENKOMPASS® auf Stufe der Notorganisation und in allen Gemeinden genutzt. Verantwortlich dafür ist Toni Käslin. Er kennt den digitalen Wegweiser schon länger und meint:

«Der KRISENKOMPASS® ist die ideale Plattform, welche in der Vorbereitung und bei der Bewältigung wertvolle Hilfe leistet.»

Toni Käslin stv. Chef Kantonalen Führungsstab, Feuerwehrinspektor OW / NW.

Der Zugang muss auch bei Ausfall der IT oder in Gebieten, wo das Mobilfunknetz nicht sichergestellt ist gewährleistet sein. Dafür ermöglicht der KRISENKOMPASS® sämtlichen Mitgliedern der Notorganisationen jederzeit Einblick in die vorhandenen Unterlagen. So werden veraltete Dokumente oder Fehler schneller entdeckt, gemeldet und danach rasch aktualisiert.

Alle Gemeindeführungsstäbe (GFS) im Kanton NW nutzen den KRISENKOMPASS® – was ist der Vorteil dabei?

Durch den gegenseitigen Einblick wichtiger Informationen können unnötige Medienbrüche verhindert werden. Der Kantonale Führungsstab kann allen GFS gleichzeitig und schnell Informationen zukommen lassen. Die GFS ihrerseits können einfach und schnell ihre Bedürfnisse und Lageberichte dem KFS zustellen. So haben alle Beteiligten jederzeit und schnell Zugriff auf einsatzrelevante Informationen - und das sogar offline auf dem Smartphone und Tablet.

Das ganze Interview auf: www.krisenkompass.ch/referenzen/

Augmented Reality: Revolution für die Raumplanung

Virtuell durchs zukünftige Wohnquartier flanieren statt Baupläne studieren: Augmented Reality macht's möglich. Ein Forschungsteam der HSLU lotet gemeinsam mit Gemeinden und Firmen das Potenzial der Technologie aus.

AR-Visualisierungen – wie hier in Glarus – sind bei der Bevölkerung populär.

Bild: zvg/HSLU, Tobias Matter

Grosse Bauvorhaben haben es in der Schweiz mitunter schwer: Hier scheitert das geplante neue Fussballstadion an der Urne; da verzögert eine Einsprache die vom Souverän abgenickte Überbauung. Nun wäre es einfach, auf Vertreterinnen von Partikularinteressen und Neinsager zu schimpfen. Doch Designforscher Tobias Matter von der Hochschule Luzern (HSLU) weiss, dass es nicht so simpel ist: «Meistens bremsen die Leute ein Projekt nicht aus Böswilligkeit, sondern weil sie sich schlecht informiert und mit ihren Anliegen nicht ernst genommen fühlen.»

Dabei kommt es zum sogenannten Beteiligungsparadoxon: In der Planungsphase, zu Beginn eines Bauprojekts, hätte die Anwohnerschaft eigentlich

den grössten Spielraum, Einfluss zu nehmen. Gleichzeitig sei da aber der Abstraktionsgrad meistens noch zu hoch, erläutert Matter. «Wie genau sieht die geplante Lärmschutzwand aus? Wie viel Grünfläche fällt der neuen Turnhalle zum Opfer? Laien fällt es oft schwer, sich anhand von technischen Plänen vorzustellen, wie Bauprojekte in der Realität aussehen werden. Eine Einsprache scheint dann der einzige Weg für eine Einflussnahme.»

Forschende rücken dem Paradox zu Leibe

Design- und Informatikforschende der HSLU arbeiten derzeit unter Tobias Matters Projektleitung daran, das Beteiligungsparadoxon aufzulösen. Das Mittel

der Wahl: Augmented Reality (AR). Die Technologie erlaubt es, reale Gegenstände und Umgebungen um digitale Inhalte zu ergänzen und diese auf Tablets und Smartphones zu projizieren. «Solche Visualisierungen machen Abstraktes nachvollziehbar, weil sie Betrachterinnen und Betrachtern das Gefühl vermitteln, die digitalen Objekte wirklich vor sich zu sehen», erläutert Matter.

Damit sei AR bestens dazu geeignet, die Bevölkerung nicht nur transparenter über anstehende Bauprojekte zu informieren, sondern sie bereits von Beginn an zur Mitwirkung zu motivieren – dies insbesondere jüngere Bevölkerungsgruppen, die sich bisher wenig von Beteiligungsprozessen angesprochen

fühlten. Je aktiver Betroffene in die Planung involviert sind, so der Gedanke, desto breiter ist ein Projekt abgestützt und desto unwahrscheinlicher wird ein Scheitern an der Urne oder aufgrund von Einsparungen.

Mal eben den Baum verpflanzen

Folgendes Beispiel zeigt auf, wie die AR-Technologie bei der Raumplanung zum Einsatz kommen kann: Eine Gemeinde möchte beim Bahnhof eine neue Velostation errichten und plant einen Informationsanlass für die Bevölkerung vor Ort. Die HSLU gestaltet zu diesem Zweck die Velostation als 3-D-Modell für eine AR-Umgebung. Am Infoanlass erhalten die Teilnehmenden Tablets mit der AR-Anwendung ausgehändigt. Auf dem Display erscheint via Kamerafunktion die reale Umgebung, die mit der 3-D-Visualisierung der geplanten Velostation überlagert wird. Die Teilnehmenden können sich frei um das digitale Modell bewegen und es aus

Das HSLU-Team kreierte auch eine AR-Visualisierung für den geplanten Park im Glarner Stadtzentrum.

Bild: zvg/HSLU, Tobias Matter

Beispiel Glarus: Hier spielt die Musik

Das Kartoni-Quartier ist ein Entwicklungsschwerpunkt der Stadt Glarus. In den nächsten Jahren soll auf dem ehemaligen Industrieareal ein neues Quartier mit Wohn- und Gewerbeflächen entstehen. Forschende der HSLU arbeiten derzeit mit der Gemeinde an der Planung einer neuen Musikschule am Rande des Quartiers, die auch als Kulturzentrum fungieren soll. Das AR-Team unterstützt die Planerinnen und Planer der Immobilienfirma Sutter Projects bei der Gestaltung des Kartoni-Parks, der das östliche Tor zum Quartier bildet. In einem Workshop im Mai 2022 brachten Anwohnerinnen und Anwohner ihre Gestaltungsideen ein; vom Pavillon bis zum Mehrgenerationen-Spielplatz. Die Design- und Informatikforschenden setzen die dabei entstandenen Skizzen und Kartonmodelle bis zum nächsten Workshop Ende Juni als AR-Umgebung um. «Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten so ein gutes Bild davon, wie ihre Ideen im Raum wirken und ob sie funktionieren würden oder nicht», sagt Projektmitarbeiter und Informatikforscher Dario Lanfranconi. Die Teilnehmenden sollen ihr Feedback zudem direkt in die AR-Umgebung einfügen können.

verschiedenen Perspektiven betrachten, so, als wäre es wirklich da.

«Je nach Phase des Projekts kann es sich bei einem Modell für Augmented Reality um eine simple Skizze oder um eine detaillierte Darstellung des geplanten Bauwerks handeln», sagt Tobias Matter. Neben der Form würde dann auch ein Eindruck der Farbe und der verwendeten Materialien geliefert. So könnte die AR-Anwendung verschiedene Bauvarianten der Velostation zeigen. Sogar interaktive Elemente sind

möglich, etwa digitale Bäume und Sitzgelegenheiten, die sich verschieben lassen oder deren Form man verändern kann.

Martin Zimmermann
Hochschule Luzern

Informationen:

Dieser Artikel erschien zunächst in leicht geänderter Form als Blogbeitrag der HSLU. HSLU-Website: hslu.ch
HSLU-Blog: news.hslu.ch

Mehr Demokratie in der Raumplanung wagen

Das Team von Tobias Matter vereint das Know-how aus der Forschungsgruppe Visual Narrative, die sich auf die Vermittlung von Inhalten in digitalen und mobilen Medien fokussiert, und vom Immersive Realities Research Lab. Das Lab erforscht Anwendungsmöglichkeiten von Augmented und Virtual Reality. Punktuell liefern zudem Forschende der HSLU-Departemente Technik & Architektur, Soziale Arbeit und Musik ihre Expertisen. Die Projekte werden vom Interdisziplinären Themencluster (ITC) Raum und Gesellschaft unterstützt. Mit den ITCs bündelt die Hochschule Luzern das

Fachwissen von Forschenden über die Departementsgrenzen hinweg. Tobias Matter selbst forscht bereits seit Jahren an der Schnittstelle zwischen analog und digital. Er ist überzeugt, dass es ohne diesen inter- und transdisziplinären Ansatz nicht geht. Matter: «Bei raumplanerischen AR-Projekten ist es nicht das Ziel, hübsche digitale Umgebungen zu programmieren, sondern diese auch einem nicht technikaffinen Publikum zugänglich zu machen. Augmented Reality kann so im besten Fall die gesamte Raumplanung demokratischer gestalten.»

EnergieSchweiz fördert aktive Gemeinden

Städte, Gemeinden und Regionen spielen eine entscheidende Rolle, um die Ziele der Schweizer Energiestrategie 2050 zu erreichen. «EnergieSchweiz für Gemeinden» unterstützt sie beim Umsetzen ihrer Energie- und Klimaprojekte.

Der Bund unterstützt Gemeinden in ihrer Energie- und Klimapolitik.

Bild: zvg

Die Ziele der Energiestrategie 2050 und des Pariser Klimaabkommens sind klar. Sie fordern unter anderem: Umsteigen auf erneuerbare Energien, Optimieren der Energieeffizienz und Fördern der nachhaltigen Mobilität. Schweizer Städte und Gemeinden sind aufgefordert, sich eigene Energieziele zu setzen und notwendige Massnahmen zu ergreifen. Für die meisten Gemeinden

und Städte oder für Verbände von zu meist kleineren Gemeinden kann dies eine grosse Herausforderung darstellen. Oft fehlen ihnen schlicht die Mittel. «EnergieSchweiz für Gemeinden», ein aktives und vielfältiges Förder- und Unterstützungsprogramm des Bundesamts für Energie (BFE), stellt für Städte, Gemeinden und Regionen Fördergelder bereit.

Für jede Gemeinde die passende Unterstützung

Das Programm «Projektförderung» von EnergieSchweiz für Gemeinden unterstützt Städte, Gemeinden und Regionen, die bereits eine aktive Klima- und Energiepolitik verfolgen oder dies anstreben. Je nach Entwicklungsstand und Bedürfnis bietet die Projektförderung verschiedene Förderkategorien

an: Die Kategorie «Front Runner» richtet sich an ambitionierte Städte, die bereits Smart-City- sowie 2000-Watt/Netto-null-Konzepte oder Strategien verfolgen und diese nun aufeinander abstimmen wollen. Städte und Gemeinden in einem interkommunalen Verbund können Projektideen in der Kategorie «Energie-Regionen» eingeben. Energie- und klimapolitisch fortschrittliche Städte und Gemeinden erhalten

mit der gleichnamigen Kategorie die Gelegenheit, Einzelprojekte in den Bereichen Mobilität, Gebäude, erneuerbare Energien sowie Anlagen und Prozesse in Industrie und Dienstleistungen umzusetzen.

Bei der letzten Ausschreibung 2021 hatten sich rund 330 Städte und Gemeinden beworben. Davon haben 250 den Zuschlag bekommen und von einer För-

dersumme von insgesamt rund drei Millionen Franken profitiert.

Fördergelder für Studien und Monitoring

Das Prüfen von potenziellen Projekten, zum Beispiel in Form von Machbarkeitsstudien, birgt hohe Kosten und Aufwände. An diesem Punkt setzt die Projektförderung an: Sie fokussiert auf das strategische Planen und Erarbeiten von Grundlagen, Konzepten bis hin zur Projektierung. Damit setzt sie einen Impuls für das Realisieren von Strategien und Projekten im Energie- und Klimabereich.

Vorzeigeprojekt der Dorfgemeinde Triengen

Die Dorfgemeinde Triengen im Kanton Luzern bekam den Förderzuschlag 2021 in der Kategorie «Fortschrittliche Städte und Gemeinden» für ihr Projekt «Umsetzung der räumlichen Wärme- und Kälteversorgungsplanung». Ziel ist es, die ersten Massnahmen der räumlichen

Energiebilanz der Region Surselva

Die Energie-Region Surselva erstellte 2017 ihre erste regionale Energiebilanz. Dabei prüfte sie, wie hoch ihr Energieverbrauch ist und wie sich dieser mit erneuerbaren Energien decken lässt. Seither aktualisiert sie die Energiebilanz periodisch und verfügt so über eine Diskussionsgrundlage und Entscheidungshilfe beim Ausgestalten und Planen ihrer energiepolitischen Zukunft. Beim Erstellen der Bilanz im Jahr 2017 und beim Aktualisieren im Jahr 2021 konnte Surselva gleich zweimal von der Projektförderung Energie-Region profitieren. Die 2021 aktualisierte Bilanz zeigte auf, dass erstens die Region ein grosses noch nicht ausgeschöpftes Potenzial an erneuerbaren Energien bietet; dass zweitens sich der Ersatz von fossilen Brennstoffen noch auf einem geringen Niveau befindet und dass drittens der Verbrauch von Wärme und Strom (absolut und pro Kopf) über die Jahre gestiegen ist. Darauf aufbauend ergreift die Region nun Massnahmen und passt ihr weiteres Vorgehen an. Ihr Ziel: Die nächste Energiebilanz soll den Fortschritt und Erfolg dieser Massnahmen auf ihrem Weg zum Erreichen der Pariser Klimaziele zeigen.

Energieplanung im Bereich Wärme und Kälte der Gemeinde aus dem Jahr 2020 zu realisieren. Triengen führt hierzu eine vertiefte Machbarkeitsstudie zusammen mit aktuellen und potenziellen Betreibern durch. Sie prüfen die Weiterentwicklung eines Wärmeverbundgebietes im Gemeindezentrum sowie eines neuen Verbundes in Winikon. Doch Triengen geht noch einen Schritt weiter: Die Gemeinde übernimmt eine aktive Rolle beim Entwickeln der Wärmeverbunde und strebt eine frühzeitige Prüfung des Anschlusses der kommunalen Gebäude an. Zudem führt sie Energiebestimmungen im Bau- und Zonenreglement ein und plant eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung.

Jacqueline Kost, Bereichsleiterin Bauamt Triengen, sagt: «Mit der Unterstützung der Projektförderung von «EnergieSchweiz für Gemeinden» können wir die gewünschte aktive Rolle in der Ausgestaltung der Energie- und Klimaziele verstärkt wahrnehmen und wichtige Massnahmen umsetzen.»

Triengen möchte nach Abschluss des Projekts die Grundlagen für die Entwicklung des Wärmeverbundes geschaffen haben. Zudem sollen alle Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer der Gemeinde die erneuerbaren Heizmöglichkeiten für ihre eigene Liegenschaft kennen. Das Projekt hat die Fachjury mit seinen ambitionierten Zielen, sauberen Antragsunterlagen und innovativen Ideen überzeugt. Es läuft seit Januar 2022 bis Dezember 2023.

*Patrick Schenk
Externer Projektleiter für die
Projektförderung von
EnergieSchweiz für Gemeinden*

Am 1. März 2023 startet die nächste Projektausschreibung

Profitieren auch Sie von den Fördergeldern von EnergieSchweiz für Gemeinden. Ab dem 1. März 2023 können Sie wieder eine oder mehrere Projektideen einreichen und Unterstützung beim Realisieren ihrer Energie- und Klimaziele erhalten. Eingabeschluss ist der 31. Juli 2023. Weitere Informationen zum Projektförderprogramm finden Sie ab 1. März 2023 unter <https://www.local-energy.swiss/programme/projektfoerderung.html#/>

Standortförderung: Neues Projekt in Luzern

Die Wirtschaftsförderung Luzern will einen erweiterten Mehrwert für die 80 Gemeinden des Kantons schaffen. Man will zusammen am Markt noch stärker werden, Schnittstellen besser regeln und Verantwortlichkeiten klären.

Ivan Buck, Direktor der Luzerner Wirtschaftsförderung, begrüsst das Publikum am Workshop vom 25. Oktober 2022 in den Räumlichkeiten der Hochschule Luzern.

Bild: Bruno Hofer

Die kantonale Standortförderung Luzerns hat einen Leitfaden entwickelt als Hilfe für die Standortförderung auf der kommunalen Ebene. In zwei Workshops hat die kantonale Standortförderung gemeinsam mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) den Leitfaden vorgestellt. Bis Ende 2022 soll er in der Endfassung vorliegen.

Standortförderung als Stiftung

Im Kanton Luzern ist die Wirtschaftsförderung als Stiftung in einem Public-Private-Partnership-Modell organisiert. Über 180 Firmen machen mit, der Kanton und die allermeisten Gemeinden leisten auch ihren Beitrag. Für Ivan Buck, den Direktor dieser Stiftung und obersten Standortförderer im Kanton, ist es wichtig, dass alle zum Zuge kommen. «Nicht nur die Ansiedlungen sind

wichtig, es geht auch um Bestandespflege. Es geht uns darum, für die kommunale Ebene im Bereich der Standortförderung Mehrwerte zu schaffen, die nachhaltig sind und somit auch Multiplikatoreffekte auslösen können.»

So wurde vor rund einem halben Jahr zusammen mit dem VLG ein Projekt gestartet, um die Gemeinden zu unterstützen, ihre kommunale Standortförderung zu optimieren. Als externer Berater wurde Bruno Hofer Kommunalmanagement beigezogen.

Das Projektteam unter der Leitung von Kathrin Scherer, Leiterin Unternehmensentwicklung, kam zum Schluss, dass es Grundlagen braucht. «Die Aufgaben der Standortförderung auf kommunaler Ebene sind vielfältig, die Ressourcen der Gemeinden sind aber beschränkt», meint Kathrin Scherer.

Was gehört zum Geschäft der Standortförderung? Worauf sind Prioritäten zu richten? Was ist ein «nice to have»? Wie müssen die Strukturen definiert werden, braucht es Regelungen von Zuständigkeiten? Und vor allem natürlich: Welches sind die Abläufe in den eigentlichen Prozessen?

Schnittstelle sauber definieren

Eine Systematisierung ergab: Man muss unterscheiden zwischen Aufgaben und Zuständigkeiten des Kantons und jenen auf Stufe der Gemeinden. Zudem ist die Schnittstelle zu den Aufgaben der regionalen Entwicklungsträger einerseits sauber zu definieren und andererseits auch synergetisch zu beleuchten.

So wurde intern der Entwurf eines Leitfadens entwickelt. Dieser enthält Be-

griffsdefinitionen und Zielsetzungen, Beschreibung der Akteure und deren Aufgaben und ist aufgeteilt in einen allgemeinen und einen praktischen Teil. In Letzterem sind zahlreiche Tipps und

Was andere Kantone tun

Wir haben exemplarisch ein paar Kantone angefragt, wie sie mit den Gemeinden zusammen das Thema Standortförderung anpacken. So wird im Kanton Bern der Austausch mit den Gemeinden teils ad hoc, teils systematisch gepflegt, wie Sebastian Friess, Vorsteher Amt für Wirtschaft, mitteilt. So finden beispielsweise «Semestergespräche mit den Städten Bern, Biel und Thun statt». Mit vielen weiteren Gemeinden gebe es zudem projektbezogene Aktivitäten. Im Kanton Solothurn hält, wie Karl Brander, Leiter Standortpromotion und Ansiedlungen, mitteilt, die kantonale Standortförderung den Kontakt eher zu den fünf Regionalpartnern, «die sich erfahrungsgemäss mit der kommunalen Ebene kurzschliessen». Im Kanton St. Gallen pflegt man, wie Karin Jung, Amtsleiterin des Amtes für Wirtschaft und Arbeit meldet, mit den Gemeinden vor allem eine projektbasierte Zusammenarbeit. Ein regelmässiger Austausch finde statt mit St. Gallen, Wil und Rapperswil. Diese Gemeinden verfügen über eine eigene Standortförderung. Wichtige Entscheide würden auch mit der Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) in einem Kontaktgremium besprochen. Im Kanton Zürich ist man seit über 20 Jahren im regelmässigen Austausch mit den regionalen Standortförderungen, wobei hier auch einzelne Städte teilnehmen, wie Anita Martinecz, die stellvertretende Leiterin der kantonalen Standortförderung, berichtet. Neu wird nun ein Dialogforum zu Standortfragen durchgeführt, wozu auch die Gemeindevertreter eingeladen sind. Im Kanton Aargau tauscht sich Aargau Services intensiv mit den zwölf Regionen aus, wie Leiterin Verena Rohrer mitteilt. An den dreimal jährlich stattfindenden Regionentreffen wird an aktuellen Standortförderthemen und -projekten gearbeitet, die dann über die Regionen an die Gemeinden gelangen.

Tricks enthalten, aber auch Musterformulare.

Alle Strukturen und Prozesse, die in der Standortförderung wesentlich zum Gelingen beitragen, werden definiert und priorisiert. Der Lifecycle von Firmen von der Ansiedlung bis zum allfälligen Wegzug wird beschrieben. Zudem wird definiert, welche dieser Fragestellungen eher auf kantonaler Ebene anzupacken sind und was gezielt auf Stufe Gemeinde gehört. Und wichtig ist auch die Standortpromotion. Diese soll letztlich dazu führen, dass Firmen sich im Raum Luzern ansiedeln.

Gemeindevertreter schätzen Initiative
All diese Grundlagen wurden in den Workshops präsentiert und zur Diskussion gestellt. Je rund 30 Gemeindevertretungen nahmen an den beiden Austragungen teil. Allgemein wurde die Initiative der kantonalen Standortförderung sehr geschätzt, und auch die Inhalte stiessen auf Goodwill. Da und dort gab es noch zusätzliche Impulse. An den Workshops wurden zudem Praxisbeispiele aus den Gemeinden Ebikon,

Hochdorf, Buttisholz, Reiden und Sursee vorgestellt.

Die Gemeinden sind dankbar für die Unterstützung, und die definitive Fassung des Leitfadens, der auf das Jahresende in Aussicht steht, wird allseits mit Spannung erwartet. In den kommenden Monaten soll das, was nun mit zwei Workshops begann, verstetigt werden. In einer Umfrage gaben die Teilnehmenden unisono zu Protokoll, diese Art des Austauschs zwischen der kantonalen und der kommunalen Ebene im Kanton Luzern müsse fortgesetzt und institutionalisiert werden. Die Form und der Rhythmus sind noch zu diskutieren. Sicher aber ist: Der Dialog zwischen kantonalen und kommunalen Ebene im Kanton Luzern in Sachen Standortförderung wird noch intensiver geführt als bisher.

Bruno Hofer
Hofer Kommunalmanagement

Umfrage

Schweizer Gemeinden gehen unterschiedlich mit dem Thema Standortförderung um. Dies ergab eine nicht repräsentative Umfrage von Hofer Kommunalmanagement im Rahmen von dessen Newsletter. Die Mehrheit der Befragten bestätigt zwar, das Thema aktiv zu adressieren, aber eine beachtliche Minderheit widmet sich

dem Thema nicht. Deutlicher ist die Zustimmung zur Frage, ob die Gemeinde auch Teil eines regionalen Standortförderungsnetzwerks ist oder Kontakt zu einer kantonalen Instanz hält. Bei rund einem Drittel der Antworten ist jedoch geplant, das Thema auf lokaler Ebene neu aufzugleisen.

Gibt es in Ihrer Gemeinde eine explizit bezeichnete Stelle, die sich mit dem Thema der kommunalen Standortförderung beschäftigt?

Fake News: Wie sich Gemeinden schützen können

Fake News können Gemeinden schwächen. Die Kommunikation der eigenen Werte bietet Gegensteuer. Das darauf aufbauende Führungsprinzip «Diskursive Rechenschaftspflicht» lässt sich in vier Schritten in der Praxis umsetzen.

«Fake-Infos in den kommunalen Abstimmungsunterlagen», «Gemeinderat nimmt Stellung zu Vorwürfen in sozialen Medien» und «Die brodelnde Gerüchteküche lähmt die Verwaltung»: So oder ähnlich lauten Schlagzeilen in den Schweizer Medien. Sie belegen: Fake News und Halbwahrheiten sind eine konkrete Bedrohung für Städte und Gemeinden.

Wie funktionieren Fake News und Halbwahrheiten? Was wirkt dagegen? Und mit welchen praxisbezogenen Massnahmen können Führungskräfte der Verwaltung und Exekutive Gegensteuer geben? Dieser Beitrag gibt darauf Antworten und schlägt als Gegenmittel ein Führungsprinzip vor.

Fake News streben nach Glaubwürdigkeit

Als Fake News werden (Online-)Veröffentlichungen absichtlicher oder wesentlich falscher Tatsachenbehauptungen mit dem Zweck der Irreführung verstanden. Halbwahrheiten sind Informationen, die auf subjektiven Interpretationen beruhen (also beispielsweise Gerüchte).

Fake News und Halbwahrheiten machen es sich zunutze, dass Organisationen, wie das Städte und Gemeinden sind, nur bedingt steuerbar sind: Zwischen Führungsimpuls und dessen beabsichtigter Wirkung finden unberechenbare soziale Prozesse statt. Führungskräfte können diese Prozesse nur am Rande beeinflussen: mittels Kommunikation und Diskurs. In diesen sozialen, diskursiven Prozessen tritt der Impuls der Führungskraft in Konkurrenz zu Fake News und Halbwahrheiten. Es mündet diejenige Information in der Handlung, die am glaubwürdigsten ist. Am Beispiel der Schlagzeilen: Es besteht das Risiko, dass eine Abstimmungsvorlage verworfen wird, weil die irreführenden Fake News glaubwürdiger als die wahren Argumente waren. Oder: Eine Führungskraft gerät in Verfall, weil Halbwahrheiten in Form von Gerüchten mehr Glauben geschenkt wird als ihren ehrbaren Absichten.

Fake oder Fakt? Fake News beschäftigen auch Führungskräfte in Gemeinden.

Bild: Shutterstock/Dilok Klaisataporn

Weil Fake News und Halbwahrheiten Gemeinden mit der Konkurrenzierung der Glaubwürdigkeit schwächen können, sollten Führungskräfte ein vitales Interesse haben, zu verstehen, wie die eigene Glaubwürdigkeit erhöht werden kann.

Kommunikation der eigenen Werte erhöht Glaubwürdigkeit

Wie lässt sich also die Glaubwürdigkeit der Führungskräfte erhöhen? Glaubwürdigkeit ist zwar nicht direkt beobachtbar, indirekt aber können die Träger von Glaubwürdigkeit beobachtet und beurteilt werden: Inhalte und Quellen.

Da die Glaubwürdigkeit vor allem mit den sozialen Medien manipuliert werden kann, dürfte sich als Führungskraft anbieten, die Glaubwürdigkeit auf dem Weg zu erhöhen, der sich am wahrscheinlichsten der (digitalen) Manipulation entziehen dürfte: im persönlichen Kontakt. Denn die positive Vertrautheit mit jemandem und darauf aufbauend das Vertrauen zu jemandem erhöhen direkt die Glaubwürdigkeit.

Und wie kann Vertrauen aufgebaut werden? Ein aufgeklärtes Verständnis geht davon aus, dass sich Handelnde auf der Grundlage der verfügbaren Gründe dafür entscheiden, ob sie jemandem vertrauen oder misstrauen. Wenn nun Führungskräfte ihre eigenen Werte mitteilen und nach diesen Wer-

ten handeln, so bieten sie im besten Fall gute Gründe an, dass der Führungskraft Vertrauen geschenkt werden kann. Und wenn Vertrauen geschenkt wird, erhöht sich die Glaubwürdigkeit der Führungskraft und damit der Schutz vor Fake News und Halbwahrheiten.

Schaffen von Diskursraum

Dieser Schutz kann verstärkt werden: Wenn sich die Führungskräfte zusätzlich zur Rechenschaft verpflichten, schaffen sie einen diskursiven Raum, in dem die Mitarbeitenden über das Recht verfügen, die angebotenen Werte im Austausch mit der Führungskraft zu klären. Im besten Fall führt diese Klärung dazu, dass der Führungskraft noch verstärkter Vertrauen geschenkt werden kann. Und wenn Vertrauen geschenkt wird, erhöht sich, wie bereits ausgeführt, die Führungsglaubwürdigkeit.

Umsetzung in der Praxis

Die Anwendung des Führungsprinzips erfolgt in vier konkreten Schritten:

1. Erarbeitung der eigenen Werte: Damit Werte mitgeteilt werden können und nach Werten gehandelt werden kann, besteht die Notwendigkeit, die eigenen Werte zu klären.
2. Kommunikation der eigenen Werte: Da das Führungsprinzip einen Austausch von Führungskraft und Mitarbeitenden vorsieht, sind die eigenen Werte zumindest den direkt unterstellten Mitarbeitenden zu kommunizieren. Eine weiter gehende Kommunikation gegenüber allen Mitarbeitenden und sogar gegenüber der Öffentlichkeit (als Führungskräfte der Exekutive zum Beispiel im Rahmen von Wahlwerbung) empfiehlt sich.
3. Wertekonformes Handeln: Die Glaubwürdigkeit der kommunizierten Werte ist ein fragiles Gut: So, wie man sie in langwierigen und zuweilen mühsamen Prozessen entwickeln muss, so kann man sie in kurzen Momenten der Versuchung und fatalen Entscheidung nachhaltig zerstören. Das Führungsprinzip setzt ein Mindestmass an Integrität voraus.
4. Rechenschaftspflicht gegenüber Mitarbeitenden deklarieren und Diskursanreiz setzen: Die Mitarbeitenden sind einzuladen, in den Diskurs zu treten, und es ist zu avisieren, dass das Einfordern der kommunizierten Werte nicht sanktioniert, sondern anerkannt wird.

Dass ein solcher diskursiver Raum durch die Mitarbeitenden angesichts wahrscheinlicher Machtasymmetrien tatsächlich in Anspruch genommen wird, bedarf eines Anreizes: nämlich des Einforderns und des Nichtsanktionierens der Nutzung dieses Diskursangebots durch die Führungskraft.

Fazit: Führungsprinzip «Diskursive Rechenschaftspflicht»

Aus diesen Überlegungen lässt sich auf das glaubwürdigkeitserhöhende und damit vor Fake News und Halbwahrheiten schützende Führungsprinzip «Diskursive Rechenschaftspflicht» schliessen: Die Führungskraft sollte ihre Werte gegenüber den Mitarbeitenden kommunizieren (und in der Folge wer-tekonform handeln) und ist dafür rechenschaftspflichtig, ohne das Einfordern dieser Rechenschaftspflicht zu sanktionieren.

Und was ist nun mit der Anwendung des Führungsprinzips in Bezug auf die Schlagzeilen gewonnen? Wenn Mitarbeitende und Stimmberechtigte zum Austausch mit Führungskräften der Verwaltung und der Exekutive eingeladen sind, so erhöht sich deren Glaubwürdigkeit bereits präventiv: Es besteht gegenüber Fake News in Abstimmungsunterlagen, Vorwürfen in den sozialen Medien und Gerüchten ein Glaubwürdigkeitsvorsprung. Allfällige Irritationen können im Diskurs zeitnah geklärt und eine dynamische Verbreitung von irreführenden Informationen kann so verhindert werden. Mit der «Diskursiven Rechenschaftspflicht» wird das Risiko, dass sich Fake News und Halbwahrheiten in der Praxis durchsetzen, minimiert.

*Patrick Müller
Leiter Stab
Gemeinde Urdorf*

Informationen:

Der Autor Patrick Müller hat den Zertifikatslehrgang «CAS Diskurskompetenzen für Führungskräfte» an der Universität Luzern absolviert. Dieser Beitrag ist die Zusammenfassung eines im Rahmen dieser Weiterbildung erarbeiteten Leistungsnachweises. www.diskurskompetenzen.ch www.urdorf.ch

Neue Kalkulationshilfen von SGV und Grüner Branche

Der Schweizerische Gemeindeverband und die Grüne Branche präsentieren die Kalkulationshilfen für Gärtnerarbeiten 2023 für Gemeinden und Unternehmen. Die Kooperation für dieses Hilfsmittel hat sich in den letzten Jahren bewährt.

Die Kalkulationshilfe 2023 für Gärtnerarbeiten wird bereits ab Ende Dezember an Unternehmen und Gemeinden ausgeliefert. Die Zusammenarbeit des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV) mit dem Gärtnermeisterverband des Kantons Zürich (GVKZ) für dieses Produkt leistet einen wettbewerbsfördernden Beitrag. Die Kalkulationshilfen unterstützen mit ihren Angaben Effizienz, Angebotstransparenz und Planungssicherheit.

GVKZ und SGV stellen seit mehr als sechs Jahren mit den Kalkulationshilfen den Mitgliedern von JardinSuisse (Unternehmerverband Gärtner Schweiz), den Gemeinden sowie der gesamten Grünen Branche das praxistaugliche Hilfsmittel Kalkulationshilfen für Gärtnerarbeiten in Regie zur Verfügung. Die Kalkulationshilfen beruhen auf jährlich erhobenen empirischen Durchschnittswerten und sind somit kalkulatorisch herleitbar. Ausserdem werden sie von einem unabhängigen Auditor überprüft.

Die Kalkulationshilfen unterstützen die Angebotstransparenz in der Grünen Branche.

Symbolbild: zvg/JardinSuisse

GVKZ und SGV: erfolgreiche Zusammenarbeit

Der Erfolg der Zusammenarbeit beruht auf dem konstruktiven, kontinuierlichen Dialog beider Partner, die beide für fairen Wettbewerb und Transparenz einstehen. Viele Gemeinden und die Unternehmen der Grünen Branche profitieren von diesem Hilfsmittel. Die Kalkulationshilfen bieten Unterstützung für Planung und Budgetierung, wirken wettbewerbsintensivierend, können den administrativen Aufwand mindern und für mehr Planungssicherheit sorgen.

«Für die Gemeinden bieten die Kalkulationshilfen einen wichtigen Mehrwert, weil sie einen marktgerechten Preisrahmen abbilden und vor allem zur Qualitätssicherung beitragen», sagt Christoph Niederberger, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbandes. «Wir freuen uns, dieses Hilfsmittel den Gemeinden erneut zur Verfügung stellen zu können.»

*Petra Hausch
Gärtnermeisterverband
des Kantons Zürich*

Informationen:

Bezogen werden können die Kalkulationshilfen für Gärtnerarbeiten in Regie beim Gärtnermeisterverband des Kantons Zürich
Hörnlistrasse 77
8330 Pfäffikon
www.gaertnermeister.org unter «Kalkulationshilfen»

Anzeige

n | w

Alle Bürger:innen mit verständlicher Kommunikation und Information erreichen:

CAS Adressatengerechte und barrierefreie Kommunikation

<https://www.fhnw.ch/de/weiterbildung/soziale-arbeit/9270393> (Module auch einzeln buchbar)

Canobbio: Ein Paradies für den Fussverkehr

Das Tessiner Dorf Canobbio hat seinen Dorfkern aufgewertet und für Fussgängerinnen und Fussgänger attraktiver gestaltet, sie geniessen hier nun Vorrang gegenüber dem Autoverkehr.

Für Menschen zu Fuss ist das Gehen nun viel angenehmer und sicherer geworden.

Bild: zvg/Camille Decrey

Für Menschen zu Fuss ist Canobbio, schön an einem Hang nördlich von Lugano gelegen, zu einem kleinen Paradies geworden – das Dorf mit rund 2200 Einwohnerinnen und Einwohnern erstrahlt in neuem Glanz und bietet nun mehr Ruhe und Lebensqualität. Dies alles dank dem 2019 fertiggestellten Projekt «Il Salotto», einer umfassenden Erneuerung und Aufwertung des Dorfkerns zugunsten des Fussverkehrs – und obwohl die Fahrzeuge nicht vollständig aus dem Zentrum verbannt sind. Gemeindepäsident Roberto Lurati sagt dazu in einem Video zum Projekt: «Den Fussgängern wird Vorrang gegenüber den Fahrzeugen gegeben, um Canobbio neues Leben einzuhauchen.»

Auf sechs kleinen Plätzen im Zentrum wurden jeweils rechteckige Teppiche verlegt. Diese sollen quasi das «Wohnzimmer» (daher der Projektname «Il Salotto») von Canobbio darstellen. Sie laden die Leute ein, dort zu verweilen und die ruhige Atmosphäre des gut erhaltenen, historischen Dorfkerns zu geniessen, und die Kinder können dort in Ruhe spielen. Jeder Teppich hat eine andere Farbe. Dazu sagt der mit der

Umsetzung beauftragte Planer Lorenzo Custer ebenfalls im erwähnten Video: «Mit der Realisierung dieser sechs farbigen Plätze ist das Grau des Automobilzeitalters verschwunden.» Ein neuer Pflasterbelag zwischen den Gebäuden signalisiert, dass dieser den Leuten zur Nutzung zur Verfügung steht; auch nivellierende Stufen und Mauern wurden eingebaut. Das Beleuchtungskonzept wurde angepasst, neue LED-Lichtsäulen ermöglichen auch ruhige und sichere Abendspaziergänge.

Der Nutzen der Umgestaltung ist gross, und die Kosten von 1,8 Millionen Franken für die Gemeinde hielten sich in Grenzen. Eine Investition, die sich für Canobbio gelohnt hat. Das erfolgreiche Projekt erhielt 2020 eine Auszeichnung vom Fussverkehrspreis «Flâneur d'Or». Durch die Aufwertung können mehr Besucherinnen und Besucher ins Dorf gelockt und die Umsätze der lokalen Läden und Restaurants angekurbelt werden. Eine Win-win-Situation für mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität, sowohl für die Einheimischen als auch für die Touristen; zudem leistet die Tessiner Ortschaft so auch einen kleinen

Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. Es wäre wünschenswert, dass dem Vorbild von Canobbio noch viele weitere Gemeinden in der Schweiz folgen.

Jenny Leuba
Projektleiterin
Fussverkehr Schweiz

Flâneur d'Or 2023

Ihre Gemeinde hat zu einem Projekt beigetragen, welches das Gehen fördert? Nehmen Sie am Flâneur d'Or teil! Der «Flâneur d'Or – Fussverkehrspreis Infrastruktur» prämiiert die Gestaltung öffentlicher Räume, die den Fussverkehr fördern und die Qualität, Attraktivität und Sicherheit des Gehens erhöhen. Der Hauptpreis beträgt 10000 Franken, ausserdem gibt es weitere Auszeichnungen zu den verschiedenen Projektkategorien.

Anmeldung und Information:
www.flaneurdor.ch
Eingabefrist: 31.3.2023

17. Politforum Thun 10./11. März 2023

«Ruhe bewahren und weiter- machen» – Der Krisenmodus als Dauerzustand

Am Politforum 2023 wollen wir das Thema «Sicherheit» in den verschiedensten Dimensionen untersuchen und Lösungsansätze für die Zukunft bieten.

Die Krisen häufen sich: Pandemie. Krieg. Klimawandel. Unwetter. Flucht. Vertreibung. Versorgungsengpässe. Mangellagen (Strom, Gas, Benzin, Bau- material). Preiserhöhungen. Inflation. Cyber-Angriffe.

Welche Auswirkungen hat das auf die Gemeinden? Wie reagieren wir auf diese Herausforderungen und auf den Verlust von Sicherheit?

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann sichern Sie sich jetzt Ihr Ticket für das 17. Politforum Thun.

www.politforumthun.ch
oder scannen Sie einfach
den QR-Code

Anzeige

confer!

Lohnsysteme für Gemeinden

Ist Ihr Lohnsystem diskriminierungsfrei?

Lassen Sie es von unseren
Experten überprüfen.

Weitere Dienstleistungen

Compensation &
Job Grading

Elektronisches
Personaldossier

Arbeitszeugnis
Manager

**Kontaktieren
Sie unsere
Experten**

confer! AG
Eichli 9, 6370 Stans
confer.ch

+41 41 610 83 11
info@confer.ch

SUISSE PUBLIC
Schweizer Fachmesse für öffentliche Betriebe und Grossunternehmen

Bern, 6.–9. Juni 2023

Die Schweizer Leitmesse für den öffentlichen Sektor

www.suissepublic.ch

**NEUES
MESSEFORMAT:
suissepublicsmart.ch**
SMART

Veranstalterin

Patronatspartner

Schwizerischer Städteland
Union des villes suisses
Union de cités suisses

Schweizerischer Verband Kantons- und kommunaler Assoziationen
Association des Cantons Suisses
Association de la Vallée romande

Schweizerischer Verband Kommunaler Infrastrukturbetriebe
Association suisse Infrastructures communales
Associazione società Infrastrutture comunali

Arbeitsbühnen

SKYWORKER®
Arbeitsbühnen-Vermietung

mietservice schweizweit 0800 813 813
Basel - Bern- Luzern - Züroch - Winterthuer - Mittelland

Facility Management/Software

campos
Immobilien Daten einfach,
digital und überall

www.campos.ch

coded with love by icfm

Eventaustattung

Schöni Festbankgarnituren
PartyWare Faltzelte

Schöni PartyWare AG
8617 Mönchaltorf • 044 984 44 05
info@partyware.ch • www.zeltshop.ch

Arbeitsschutzprodukte

Thomi + Co AG
Rütschelenstrasse 1
Postfach 18
4932 Lotzwil

Telefon 062 919 83 83
Telefax 062 919 83 60
Internet <http://www.thomi.com>
E-Mail info@thomi.com

Ihr Partner für den Schutz von Kopf bis Fuss.

Geräteträger/Kompakttraktoren

ISEKI TRAKTOREN

ISEKI Traktoren
kontakt@iseki.ch - Tel +41 56 544 55 20

ISEKI France S.A.S. Aubière
Zweigniederlassung Fischbach-Göslikon
Brühlmattenstrasse 24a
CH-5525 FISCHBACH-GÖSLIKON

Schwimmbadplanung

beck
schwimmbadbau
ihr planer.

Beck Schwimmbadbau AG
Bürglistrasse 29
CH-8400 Winterthur

Telefon +41 (0)52 224 00 88
mail@beck-schwimmbadbau.ch
www.beck-schwimmbadbau.ch

Informatik

HÜRLIMANN INFORMATIK

www.hi-ag.ch | 056 648 24 48

Schneeräumung

Geh deinen Weg!

Holzmatte 651b | CH-3537 Eggwil
www.zaugg.swiss
+41 (0)34 491 81 11
info@zaugg.swiss

Spielplatzeinrichtungen

IRIS
Spielwelten

lehrreiche langlebige Spielplätze

www.iris-spielwelten.ch

Nachhaltigkeit

NACHHALTIGKEITS AUSWEIS?

Einfach und zeitsparend,
klar und auf die Schweiz zugeschnitten,
preiswert und doch sicher.
Kompatibel mit IVÖB.

Info & Doku jetzt auf esg2go.org/rfp

esg ²/_{go}
rating & reporting standard

PSA

FURTER
MIT SICHERHEIT BESSER.

Furter + Co. AG | Tel. +41 44 711 13 13
furter.com

Ihre Nummer 1 für PSA

Corporate- & Markenbekleidung

FURTER
MIT SICHERHEIT BESSER.

Furter + Co. AG | Tel. +41 44 711 13 13
furter.com

Corporate- & Markenbekleidung

Anzeige

Life Sciences und Facility Management
IUNR Institut für Umwelt und Natürliche Ressourcen

Unsere Weiterbildungen am IUNR.

Jetzt anmelden!

Lehrgang Natur im Siedlungsraum
Start: 17.03.2023
www.zhaw.ch/iunr/naturimsiedlungsraum

CAS Therapiegärten Gestaltung & Management
Start: 17.03.2023
www.zhaw.ch/iunr/therapiegaerten

CAS Wald, Landschaft & Gesundheit
Start: 21.04.2023
www.zhaw.ch/iunr/wald-landschaft-gesundheit

Cybersicherheit: Info-Anlass für Gemeinden

Gemeinsam mit dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) und dem Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) führt der Schweizerische Gemeindeverband Sensibilisierungsanlässe zum Thema Cybersicherheit für Gemeinden durch. Alle Gemeindevertreter/innen sind herzlich eingeladen, teilzunehmen. Interessierte sind gebeten, sich bis zum 24. Dezember 2022 kostenlos anzumelden.

24. Januar 2023, 13 bis 17.30 Uhr. Zurzach. Anmeldung unter www.chgemeinden.ch/de/veranstaltungen/

24. Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz

Die 24. Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz und die 10. Netzwerktagung Psychische Gesundheit Schweiz werden von Gesundheitsförderung Schweiz und der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Psychische Gesundheit Schweiz durchgeführt. An der Konferenz wird erörtert, wie und wo wir uns im Laufe des Lebens innerhalb der beiden Achsen «Gesundheit» und «Krankheit» der Psyche positionieren.

7. März 2023. Kursaal, Bern.
<https://konferenz.gesundheitsfoerderung.ch/de/>

17. Politforum Thun

Die Krisen häufen sich. Welche Auswirkungen hat das auf die Gemeinden? Wie reagieren wir auf diese Herausforderungen und auf den Verlust von Sicherheit? Am Politforum 2023 wollen wir das Thema «Sicherheit» in den verschiedensten Dimensionen untersuchen und Lösungsansätze für die Zukunft bieten.

10. und 11. März 2023. Kultur- und Kongresszentrum Thun.
www.politforumthun.ch

Suisse Public 2023

Die Suisse Public ist der wichtigste Treffpunkt für Fachleute und Beschaffungsverantwortliche. Sie ist aber auch Treiberin für neue Produkte, aktuellste Dienstleistungen und zukunftsweisende Neuheiten. 2023 wird die neu lancierte Veranstaltung «Suisse Public SMART» erstmals in die Messe integriert.

6. bis 9. Juni 2023. Bernexpo-Gelände, Bern.
www.suissepublic.ch

Cybersécurité: séance d'information pour les communes

En collaboration avec le Centre national pour la cybersécurité (NCSC) et le Réseau national de sécurité (RNS), l'Association des Communes Suisses organisera des événements de sensibilisation sur la cybersécurité pour les communes en janvier 2023. Lors de ces événements, les représentantes et représentants des communes suisses, qui sont, par ailleurs, considérées comme des infrastructures critiques, seront directement informés des cybermenaces actuelles. Les personnes intéressées sont priées de s'inscrire gratuitement jusqu'au 24 décembre 2022.

31 janvier 2023, 13h à 17h30. Rolle. Inscription sur www.chgemeinden.ch/fr/manifestations/

24^e Conférence nationale sur la promotion de la santé

La 24^e Conférence nationale sur la promotion de la santé et la 10^e Rencontre du Réseau Santé Psychique Suisse sont organisées par Promotion Santé Suisse et la Conférence des directrices et directeurs cantonaux de la santé, en partenariat avec le Réseau Santé Psychique Suisse. La conférence expliquera comment notre positionnement sur les deux axes de la santé et des maladies psychiques évolue durant les différentes phases de notre vie.

7 mars 2023. Kursaal, Berne
<https://konferenz.gesundheitsfoerderung.ch/fr/>

Suisse Public 2023

Le salon Suisse Public est le lieu de rencontre le plus important pour les professionnels et les responsables des achats. Mais il est aussi un moteur pour les nouveaux produits, les services les plus actuels et les nouveautés tournées vers l'avenir. En 2023, la nouvelle manifestation «Suisse Public SMART» sera intégrée pour la première fois dans le salon. Les solutions et produits SMARTS pour les institutions SMARTS seront au centre de l'attention.

6 au 9 juin 2023. Bernexpo, Berne.
www.suissepublic.ch

Impressum

59. Jahrgang / Nr. 602 / Dezember/décembre

Herausgeber/éditeur

Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses

Partnerschaften/partenariats

Fachorganisation Kommunale Infrastruktur
Organisation Infrastructures communales

Verlag und Redaktion/éditions et rédaction

Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 380 70 00
www.chgemeinden.ch
www.chcommunes.ch

Nadja Sutter (nas), Chefredaktorin
Daniel Frauchiger, Layout
info@chgemeinden.ch

Nachdruck

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Verlinkung erwünscht.

Druck und Spedition/impression et expédition Anzeigenmarketing/marketing des annonces

Stämpfli Kommunikation, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 300 63 83, Fax 031 300 63 90
inserate@staempfli.com

Die nicht autorisierte und ohne gewichtige Eigenleistung erfolgende Bearbeitung und Verwertung von abgedruckten oder in elektronische Datenbanken eingespeisten Inseraten durch Dritte ist unzulässig und wird vom Inserenten untersagt. Dieser überträgt der Werbegesellschaft insbesondere das Recht, nach Rücksprache mit dem Verlag mit geeigneten Mitteln dagegen vorzugehen.

Auflage/tirage (WEMF/REMP 2021/2022)

Verkaufte Auflage/tirage vendu	2186 Ex.
Gratisauflage/tirage gratuit	1138 Ex.
Total/total	3324 Ex.

gedruckt in der
schweiz

Jetzt
informieren!

Weiterbildung im öffentlichen Umfeld

Gestaltung und Führung
an den Schnittstellen
zu Gesellschaft und Politik

MAS Public Management
hslu.ch/pm

CAS Public Management und
Politik
hslu.ch/pm

CAS Educational Management &
Governance
hslu.ch/emg

CAS Gemeinde- und Stadt-
entwicklung im Wandel
hslu.ch/c143

FH Zentralschweiz

ELTERNBRIEFE: WIRKUNGSVOLLER BEITRAG ZUR FAMILIENPOLITIK

Über 1300 Gemeinden schenken die Elternbriefe den Eltern bei der Geburt des ersten Kindes. Mit Informationen zur Entwicklung und praxisorientierten Tipps stärken sie die Elternkompetenz, von Geburt bis Schulanfang.

FÜR EINE
UNVERBINDLICHE OFFERTE:
elternbriefe@projuventute.ch

PROJUVENTUTE.CH

Energie ist knapp. Verschwenden wir sie nicht.

In der gegenwärtigen Situation können wir alle etwas tun, um den Energieverbrauch deutlich zu reduzieren. Im Alltag und mit ganz einfachen Massnahmen, etwa beim Warmwasser.

Die richtige Menge Wasser kochen:

Wasser zum Kochen bringen braucht viel Energie. Überlegen Sie sich immer vorher, wie viel Heisswasser Sie wirklich benötigen.

Wasserkocher statt Pfanne:

30% weniger Energie benötigt ein Wasserkocher gegenüber einer Pfanne mit Deckel beim Erhitzen von Wasser.

Niedrig temperiert waschen:

Waschen Sie Ihre Kleider bei möglichst niedriger Temperatur und nutzen Sie Sparprogramme.

Spar-Armaturen einbauen:

Verwenden Sie in Küche und Bad Armaturen und Brausen der Effizienzklasse A. Die modernen Durchflussregler lassen sich ganz einfach anstelle der alten Strahlregler in die Armaturen einschrauben und sparen bis zu 50% Wasser.

Duschen statt baden:

Sparen Sie viel Warmwasser, indem Sie nur kurz und nicht zu heiss duschen. Eine Wassertemperatur um 37°C ist für den Körper und fürs Energiesparen ideal.

Weitere einfache und schnell umsetzbare Empfehlungen finden Sie auf [nicht-verschenden.ch](https://www.nicht-verschenden.ch)

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF